

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### Körper

Fast bedaure ich, daß heute nicht schon der 21. Dezember ist. Denn dann könnte ich, zugleich im Namen aller Anwesenden, Herrn Pöhl unsere Glückwünsche zu seiner Amtseinführung als Präsident der Deutschen Bundesbank zum Ausdruck bringen. So bleibt es bei meiner Freude, daß wir Sie, verehrter Herr Pöhl, so kurz vor Ihrer Krönung zum Währungshüter bei uns haben. Ich hoffe, daß Sie uns mit Ihrem Referat einige Ihrer strategischen Überlegungen zum Wohle der Bundesrepublik preisgeben werden. Besondere Rücksichten auf delikate Währungsfragen brauchen Sie schon deshalb nicht zu nehmen, weil unser Protokoll für die Öffentlichkeit nicht vor Beginn des nächsten Jahres erscheinen wird.

Daß Sie, lieber Herr Giersch, zur thematischen Vorgabe für unsere Diskussion zusammen mit Herrn Pöhl referieren, ist eine Garantie dafür, daß unserem Gespräch außer dem politischen auch das wissenschaftliche Profil nicht fehlen wird. Denn abgestimmte Gutachten haben wir ja inzwischen reichlich. So haben die wissenschaftlichen Institute ihre Prognosen abgegeben, und der Sachverständigenrat für die wirtschaftliche Entwicklung ist ihnen gefolgt. Wir täten uns sicher keinen großen Gefallen, wollten wir im Thema unseres heutigen Gesprächs nur die Herausforderung zu einer weiteren Prognose sehen.

Aber einerlei, ob man nun "gedämpft optimistisch" ist oder eher zum Pessimismus neigt: Wir alle wissen, welche Rolle Energiepreis und Energieversorgung für den wirtschaftlichen Ablauf in einem Industriestaat wie dem unseren spielen. Darüber hinaus kann niemand heute vorhersagen, welche Entwicklung die Politik im Mittleren Osten morgen nehmen wird. Somit ist zu der Sorge um Preise und Erschöpfung des Rohstoffs Erdöl nun auch noch die Sorge um die politische Stabilisierung getreten. Das begrenzt die Exaktheit aller Vorhersagen.

Um so mehr müssen wir unsere Navigationsinstrumente einsatzbereit halten, um so mehr kommt es auf die wirtschaftspolitische Disziplin aller Gruppen der Bevölkerung an und, nicht minder, auf die Führungskraft der Regierung. Es scheint bisher so, daß Regierung und Opposition in diesen Fragen zwar keinen Konsens herstellen wollen - schließlich sind wir ja im Wahljahr, und Streit ist Bürgerpflicht. Dennoch dürfen wir davon ausgehen, daß auch im Wahlkampf die Grundsätze der Stabilitätspolitik nicht in Frage gestellt werden. Leider werden aber durch den Wahlkampf notwendige Entscheidungen in der Energiepolitik noch einmal verzögert. Das ist kein guter Start für die 80er Jahre.

Unser Thema "Weltrezession 1980?" zielt jedoch nur primär auf die Entwicklung der Weltwirtschaft im kommenden Jahr, sie wird natürlich auch auf die nachfolgenden Jahre von Einfluß sein. Dabei geht es aber nicht nur um Tatbestände, die unmittelbar mit der nationalen Konjunkturerwartung zusammenhängen, wie zum Beispiel die Garantie der Renten, die Eindämmung der Inflation, die Reduzierung der Arbeitslosigkeit, sondern es geht zugleich um die politische und wirtschaftliche Stabilität sowohl der Industriestaaten als auch der Entwicklungsländer.

Was mich als Unternehmer betrifft, so sehe ich dem nächsten Jahr ohne Nervosität, fast mit Optimismus entgegen. Aber wir in der industriellen Wirtschaft können uns nicht nur auf das nächste Jahr beschränken. Niemand möchte bloß von der Hand in den Mund leben. Und weil es keine Garantie für die Richtigkeit von Prognosen gibt und geben kann, brauchen wir um so mehr Gewißheit, daß wir die Voraussetzungen schaffen, um unruhigen Zeiten, die eine Weltrezession zur Folge haben könnten, gewachsen zu sein. Und diese Voraussetzungen liegen nicht nur in der Bewältigung des Energieproblems.

Ich bin sicher, daß Herr Schneider, Steuermann des heutigen Gesprächs, unser Schiff aus dem Prognose-Hafen ins Meer der großen Probleme steuern wird, wo die Ungewißheiten lauern. Aber er wird uns auch ermahnen, das Instrumentarium nicht aus den Augen zu verlieren, mit dem wir uns durch die Klippen der auf uns zukommenden Gefahren hindurchmanövrieren können.

Wenn wir in dieser Weise den Horizont der heutigen Tagung erreichen, können wir die Hoffnung hegen, einen Beitrag zur Versachlichung einiger zentraler Probleme unserer Wirtschaftspolitik zu

leisten. Man kann zwar leider keinen Wahlkampf um "Probleme" führen - dazu stehen die Kandidaten zu sehr im Vordergrund. Aber wenn bei allem notwendigen Getöse der Parteienkonkurrenz als Ergebnis unseres Gesprächs den Politikern die Konturen der echten Schwierigkeiten sichtbar bleiben, beziehungsweise sichtbar werden, haben wir allen ein bißchen geholfen.

## Giersch

Am Ende eines Jahrzehnts und am Beginn eines neuen herrscht Hochkonjunktur - wie im Raum der Bundesrepublik 1949/50, 1959/60 und 1969/70. Dann ist die kurzfristig verfügbare Produktionskapazität in relativ hohem Maße ausgelastet. Dies gilt auch für 1979/80. Und es gilt nicht nur für die Sachkapital-Kapazitäten, die hoch ausgelastet sind, und für die Arbeitskräfte, die etwas leisten können und arbeiten wollen, sondern es gilt auch - wenn ich das scherzhaft hinzufügen darf - für die "Kapazitäten" unter den Konjunkturprognostikern, einschließlich der Konjunktur-Ayatollahs, die sich selbst dafür halten oder nur von anderen dafür gehalten werden. Ein Indiz für die große Nachfrage nach Zukunftsvermutungen ist ja diese Veranstaltung, die sich auf 1980 bezieht, und die - wenn auch mit einem Fragezeichen - eine Rezessionshypothese enthält, also die Möglichkeit eines Rückgangs im Auslastungsgrad des Produktionspotentials.

Da im Untertitel zunächst von Befürchtungen und erst danach von Hoffnungen die Rede ist, und Herr Pöhl nicht als erster spricht, bietet sich als Regel für eine vernünftige Arbeitsteilung an, daß ich mich auf die Befürchtungen konzentriere, damit er sich danach als Träger der amtlichen Hoffnungen profilieren kann.

Ich darf mich in diesem Kreise auch als Theoretiker bekennen, obwohl nicht alle meine Fakultätskollegen dies akzeptieren werden. Ein Theoretiker ist nach meinem Verständnis jemand, der aufgrund von Vorwissen und Vorurteilen Hypothesen vorträgt, die sich durch spätere Beobachtungen falsifizieren lassen. Zu meinem Vorwissen, das mir bis auf weiteres einigermaßen gesichert zu sein scheint, gehört folgendes:

1. Der Konjunkturzyklus lebt. Es hat auch im Zeitalter keynesianischer Vollbeschäftigungspolitik nach 1945 immer Schwankungen im Auslastungsgrad unseres Produktionspotentials gegeben. Manchmal stieg das Sozialprodukt schneller, als das Produktionspotential wuchs, so daß der Auslastungsgrad zunahm, und manchmal langsamer, so daß wir eine Rezession erlebten. In den USA, wo mangels einer militärischen Niederlage im eigenen Lande wie auch in England - das Produktionspotential in den letzten Jahrzehnten langsamer gewachsen ist als bei uns und die Arbeitsproduktivität jetzt sogar nachhaltig zu sinken scheint, spricht man von Rezession nur dann, wenn das Sozialprodukt absolut sinkt, und zwar mindestens während zweier aufeinanderfolgender Quartale. Ich hoffe, daß der andere Sprachgebrauch mit seiner Orientierung am Auslastungsgrad und damit am Wachstum des Produktionspotentials für unseren Kontinent noch recht lange der zweckmäßigere bleibt, also Rezessionen nicht notwendig mit einem Sinken des Sozialprodukts einhergehen.

2. Obwohl der Auslastungsgrad bisher nie konstant geblieben ist, besteht eine verbreitete Neigung, den Zuwachs des Sozialprodukts im jeweils kommenden Jahr in Höhe der Wachstumsrate des Produktionspotentials zu veranschlagen. Das waren zu Beginn der 60er Jahre bei uns noch 5 Prozent, gegen Ende der 60er Jahre noch 4 Prozent; es sind jetzt nur noch 2,5 bis 3 Prozent. Herr Schiller, mit dem ich mich schon in den 60er Jahren über Prognosen unterhalten durfte, war vorgestern abend bei mir auf dem Bildschirm zu Besuch und hat sich dabei deutlich von einem "Minirezessionisten" wie mir distanziert, indem er für 1980 3 bis 2,5 Prozent prognostizierte - im Gegensatz zu Otto Wolff, der 2,5 bis 3 Prozent nannte. Damit hat er, wie viele andere auch, das Risiko einer maximalen Fehlprognose minimiert und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß er den erreichten Auslastungsgrad des Produktionspotentials für eine Art stabiles Gleichgewicht hält. Diese Stabilitätshypothese widerspricht der Erfahrung und bedürfte deshalb für die Gegenwart einer besonderen Begründung.

3. Die Erfahrung, die mich die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik zu lehren scheint, besagt indessen: Auf einen Anstieg im Auslastungsgrad des Produktionskapitals, wie wir ihn - mit einer kurzen Unterbrechung 1977 - seit nunmehr viereinhalb Jahren erlebt haben, folgt ein Rückgang. Dieser pflegt allerdings schwach und kurz zu sein, weil sich in einem so langen Aufschwung das Vertrauen in die langfristigen Investitionschancen sehr gefestigt hat und die Langfrist-Investoren in den wachstumsträchtigen Branchen in der Regel über relativ große Gewinnpolster verfügen. Die Risikofaktoren, die den Aufschwung zur Umkehr bringen, treffen deshalb auf eine robuste Investitionsneigung. Für die Bundesrepublik und die Gegenwart kommt hinzu, daß sich jetzt die angebotsorientierte Politik der letzten Jahre bezahlt macht, vor allem die gezielte Innovationsförderung und das Bemühen, den Frontantrieb der autonomen Unternehmensinvestitionen zu stärken. Anderswo war und ist das anders.

4. Es gibt Risikofaktoren, die jeden Aufschwung zunehmend gefährden. Was die Nachfrageseite anlangt, so ist folgendes wichtig: Erstens entsteht in jedem Aufschwung im späteren Stadium eine Preiswelle, die den Realwert der Geldmenge reduziert. Zweitens, die Preiswelle zwingt die

Bundesbank oder die Zentralbank zu einer Verlangsamung der nominalen Geldmengenexpansion. Beides, Preiswelle und die Verlangsamung der nominalen Geldmengenexpansion, bewirkt einen Rückgang der wirksamen Nachfrage nach solchen dauerhaften Gütern, die nichts mit den Langfrist-Investitionen zu tun haben. Typische Beispiele sind Käufe von Kraftfahrzeugen, Investitionen im Wohnungsbau, vor allem Eigenheime, und Vorratsinvestitionen.

Außer der Preiswelle und dem geldpolitischen Gegendruck wird der Aufschwung in der Regel belastet durch Angebotsengpässe. Diese bewirken einen Anstieg der realen Preise in den speziellen Bereichen - real, das heißt im Vergleich zu dem allgemeinen Preisdurchschnitt. Auf dem Arbeitsmarkt holen die Reallöhne auf gegenüber dem Fortschritt der Arbeitsproduktivität; spezifisch knapp werden heute vor allem Facharbeiter. Auf den Märkten der Rohstoffe und der industriellen Vorerzeugnisse steigen die realen Preise jetzt vor allem beim Öl, aber auch bei anderen Rohstoffen, die zu den erschöpfbaren Ressourcen zählen und sich daher - ich möchte jedes Wort betonen - in einer inflationsgefährdeten Zeit als gute Kapitalanlage anbieten.

Welchen Einfluß der Risikofaktor "reale Geldmenge" hat, zeigen die beigefügten Schaubilder.

Schaubild 1 vergleicht die tatsächliche Veränderung des realen Sozialprodukts in Westeuropa - das sind die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien (unterer Teil des Schaubildes) - und im Westen überhaupt - das sind die vier genannten Länder plus USA und Japan (oberer Teil des Schaubildes) mit einer geschätzten Entwicklung. Der geschätzten Entwicklung liegt eine Schätzgleichung zugrunde, in der die Veränderung des realen Sozialprodukts bestimmt wird durch die Veränderung der realen Geldmenge im laufenden Halbjahr und in den beiden Halbjahren zuvor. Der Zusammenhang ist für die erweiterte Ländergruppe - westliche Industrieländer - strammer ( $R^2 = 0,69$ ) als für Westeuropa ( $R^2 = 0,33$ ). Der Unterschied bringt unter anderem zum Ausdruck, wie stark Europa von der Geld- und Konjunkturpolitik in den USA und Japan abhängt.

Obwohl die Ölpreis-Explosion von 1973/74 in der realen Geldmenge ihren Niederschlag gefunden hat, läßt das Schaubild doch erahnen, wie stark die Rezession von 1974 durch die Weltinflation von 1973 und den Kurs der Geldpolitik seit Frühjahr 1973 beeinflusst wurde. Der Zusammenhang ist für jedes der größeren Länder nachweisbar. Er wird besonders deutlich, wenn man an die Stelle des realen Sozialprodukts die realen Inlandsausgaben setzt, also das Bruttosozialprodukt plus Importe minus Exporte.

Schaubild 2 zeigt dies für die Bundesrepublik anhand von Jahresdaten. Der Einfluß von Preiserhöhungen ist hier expliziert. Dabei wirkt die laufende Inflationsrate positiv, also stimulierend, die Inflationsrate des Vorjahres negativ, und zwar weit stärker.

Prognostischen Wert hat nach den Kieler Untersuchungen vor allem die Geldmenge in der Definition  $M_1$  - das ist Bargeld plus Sichtguthaben. Schaubild 3 vergleicht für die USA die Dezeleration der realen Geldmenge, die der Rezession von 1974 vorangegangen ist, mit der Dezeleration, die seit Anfang 1978 stattgefunden hat und dort viele Beobachter schon 1979 eine Rezession nach amerikanischer Definition erwarten ließ. Daß diese Rezession bisher ausgeblieben ist, gibt manchen Experten in den USA Anlaß zu einem um so stärkeren Konjunktur-Pessimismus für 1980, zumal das Stabilisierungsprogramm vom Herbst mit einer Präferenz für eine reine Geldmengenpolitik weiterhin negative Zuwachsraten der realen Geldmenge  $M_1$  erwarten läßt.

Anders wäre es, wenn meine früher einmal geäußerte Hypothese zuträfe, daß der Währungsraum des Dollars implodiert und infolgedessen die reale Geldmenge nicht mehr die Bedeutung hat, die sie für ein geschlossenes System oder für einen konstant bleibenden Währungsraum hat. Inzwischen lese ich in der "Business Week" vom 14. Dezember: "the leading business indicators which have been moving along sidewise since early last spring have finally given a definite signal - downward."

Für Westeuropa läßt der Geldmengenindikator im Jahre 1980 für sich genommen eine Entwicklung befürchten, die der von 1974/75 nicht unähnlich ist. Daß der Geldmengendezeleration von 1976 im Jahre 1977 nur eine Minirezession folgte, stimmt zwar hoffnungsvoll, aber man muß dabei bedenken, daß die Dezeleration nicht so nachhaltig war und - im Gegensatz zu jetzt - keine Parallele in den USA hatte. Das ist der Unterschied zwischen der Entwicklung 1976/77 und der Zukunft.

Unterschiede in der Schärfe, mit der sich der Geldmengenindikator in den vier Ländern nach unten gewendet hat, sind aus dem unteren Teil von Schaubild 3 erkennbar. Sie haben Ähnlichkeiten mit den Unterschieden in den prognostizierten Zuwachsraten für das reale Sozialprodukt in Tabelle 1.

Es sind dies Schätzwerte, die im Institut für Weltwirtschaft auch mit Hilfe anderer Indikatoren und Informationen gewonnen wurden. Der Wert für Großbritannien mit minus zwei Prozent für das reale Bruttosozialprodukt 1980 deckt sich im übrigen mit den pessimistischen Vorstellungen des

Schatzkanzlers, nicht ganz mit denen des National Institute, das optimistischer ist. Für die Bundesrepublik gilt die 1,5 Prozent-Prognose, die vom Institut für Weltwirtschaft vorgelegt worden ist, in amtlichen Kreisen als hoffnungslos unrealistisch. Die französische Regierung sagt für 1980 2,5 Prozent statt der 1,5 Prozent in der Tabelle voraus; und für Italien gibt es eine Regierungsprognose, die bei 1,5 Prozent liegt (statt bei 1,0 Prozent in der Tabelle).

Selbst wenn man alle diese Schätzwerte für 1980 um einen Prozentpunkt nach oben korrigiert, was uns für die Bundesrepublik in die Nähe des derzeitigen Stimmungskonsenses brächte, ergäbe sich für Westeuropa (mit 2 Prozent) und wohl auch für die Industrieländer insgesamt (mit 1 Prozent) doch so etwas wie eine "Minirezession" im Sinne unserer Definition. Wer eine solche Abnahme im Auslastungsgrad des Produktionspotentials in Zweifel zieht, wird sich die Frage gefallen lassen müssen, wie er die Chancen für eine Eindämmung der Weltinflation beurteilt. Bisher jedenfalls ist es mit traditionellen Instrumenten - das heißt für mich ohne einen kunstvollen Rückgriff auf Indexklauseln, wie sie 1973 einmal für eine Stabilisierung ohne Stagnation vorgeschlagen wurden - noch nirgendwo gelungen, die Inflationsraten herunterzudrücken, ohne mit negativen Mengeneffekten bei Sozialprodukt und Beschäftigung dafür zu bezahlen.

Mich selbst zähle ich zwar immer noch zu den Gradualisten und nach wie vor zu den Befürwortern einer Politik der koordinierten rationalen Erwartungen, wie sie bei uns in der Konzierten Aktion unter Schiller versucht wurde. Aber mehr und mehr meiner Freunde in Ländern mit zweistelligen Inflationsraten sehen kaum noch einen anderen Ausweg als eine geldpolitische Vollbremsung, selbst wenn der Wagen der Wirtschaft dabei ins Schleudern geraten sollte. Im Vergleich zu diesen anderen Ländern können wir in der Bundesrepublik froh darüber sein, daß bei uns eigentlich immer noch recht früh den Anfängen gewehrt wurde.

Bei Konvertibilität der Währungen steht das nationale Geld in internationaler Konkurrenz. Anbieter von gutem Geld gewinnen, und Anbieter von schlechtem Geld verlieren Kunden und Absatzgebiete. Das Währungskartell von Bretton Woods ist zusammengebrochen, weil der Kartellführer USA schlechter werdendes Geld zu unverändertem Wechselkurs in den Markt gedrückt und dabei Vertrauen und Hegemonialstellung verloren hat. Als Ersatz haben wir jetzt das Wechselkurskartell des Europäischen Währungssystems, das nach Lage der Dinge ein D-Mark-Standard werden oder zusammenbrechen wird. Die Konstruktion des EWS hat eine konjunkturpolitische Implikation für die Bundesrepublik. Sollten wir auch 1980 gehalten sein, an die Partnerländer Stabilität zu liefern, so wäre dies nur vereinbar mit einem realen Wechselkurs, der dem Standort Bundesrepublik Wettbewerbsvorteile bringt. Als die Welt nur an Unterbeschäftigung litt - und nicht vorwiegend an Inflation;-, nannte man dies nicht Stabilitätsexport, sondern Export von Arbeitslosigkeit und sprach von beggar-thy-neighbour-policies. Hoffentlich wird man uns im Jahre 1980/81 im EWS nicht mit solchen Attributen belegen.

Die D-Mark wird in die Rolle einer internationalen Schlüsselwährung hineingedrängt werden, ob wir es wollen oder nicht - faute de mieux. Der Prozeß wird sich langsam vollziehen und deshalb auch 1980 noch keine übermäßig großen Lernaufgaben für die Bundesrepublik, genauer für die Bundesbank stellen. Wichtig ist, daß man aus der Veränderung von Zentralbankgeldmenge und Dollarkurs genügend Informationen darüber gewinnt, ob und wie stark die internationale Nachfrage nach D-Mark zunimmt, so daß man diese Ausweitung des Währungsraumes geldpolitisch akkommodieren kann, ohne das Ziel der binnenwirtschaftlichen Geldwertstabilität aus dem Auge zu verlieren.

Ein binnenwirtschaftlicher Risikofaktor für 1980, der hier noch erwähnt werden muß, liegt in der Lohnpolitik. Wenn der Beschäftigungsgrad nicht absackt oder absacken soll, kann in der Bundesrepublik wohl mit einem verteilbaren Produktivitätszuwachs, das heißt unter Berücksichtigung der Terms-of-trade-Änderungen, von 2 bis 2,5 Prozent gerechnet werden. Der unvermeidliche Anstieg des Preisniveaus im Jahre 1980, der abgegolten werden müßte, so als ob wir eine Lohnindexierung hätten, dürfte angesichts der bisherigen Geldmengenentwicklung bei 3,5 Prozent liegen. Was also über 5,5 bis 6 Prozent mehr an der Lohnfront kostenwirksam herausgeholt oder konzediert wird, ginge zu Lasten der Gewinnmargen und der gewinnabhängigen Investitionen 1980 und danach.

Ich will bewußt den Zeitraum über das Jahr 1980 hinaus ausdehnen; denn sobald die längerfristigen Investitionsabsichten zur Sprache kommen, können wir uns nicht an den Kalenderrhythmus halten. Außerdem würde ein über 5,5 bis 6 Prozent hinausgehender Lohnanstieg das Beschäftigungsniveau im späteren Verlauf des Jahres 1980 und im Jahr 1981 beeinträchtigen. Die Vermutung eines negativen Beschäftigungseffekts gift unter der Annahme, daß sich die Bundesbank nicht sehr schnell nach der Lohnrunde entschließt, die Geldmengenexpansion so zu akzelerieren, daß für die Unternehmen entsprechend größere Überwälzungsspielräume entstehen und der Anstieg der Reallöhne dann durch ein Mehr an Inflation auf 2 bis 2,5 Prozent gedrückt würde.

Daß der Produktivitäts- und Reallohn-Anstieg mittelfristig nicht sehr viel höher sein wird - außer auf Kosten der Beschäftigung;- , hängt mit dem langfristigen Anstieg des realen Preises für Energie zusammen. Als in früheren Jahrzehnten Energie immer billiger wurde, haben sich die Terms of trade des Produktionsfaktors Arbeit bei uns und anderswo verbessert. Jetzt heißt das Thema der Dekade nicht mehr Steigerung der Arbeitsproduktivität, sondern Steigerung der Energieproduktivität unserer Wirtschaft. Je weniger Optionen wir dabei wahrnehmen, desto mehr müssen wir auf sonst vorhandene Möglichkeiten zur Erhöhung des Lebensstandards und zur Verkürzung der Arbeitszeit verzichten. Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik haben zu erkennen gegeben, daß sie dies wissen. Das stimmt mich mittelfristig optimistisch.

Kurzfristig sehe ich Schwierigkeiten - an der Lohnfront wie an der Energiefront, wie im Bereich der internationalen Finanzmärkte. Von einer Krise in der Bundesrepublik wird man nachher aber nur dann reden können, wenn man versäumt hat, diese Schwierigkeiten rechtzeitig zu erkennen und ihnen durch Vorausdenken und präventives Handeln zu begegnen.

In diesem Sinne bin ich persönlich für Vorsicht und daher für eine kurzfristige Konjunkturskepsis im Interesse der Krisenprophylaxe. Mein mittelfristiger Energie- und Konjunkturoptimismus stützt sich auf das Vertrauen in die Anpassungselastizität unserer Unternehmen und Haushalte, wie sie auch in einem kürzlich veröffentlichten Kieler Diskussionsbeitrag von Günter Flemig über "den Einfluß der Preise auf Einfuhr und Verbrauch von Mineralöl" in der Bundesrepublik seit 1973 erkennbar wird. Langfristig bin ich ein Optimist, solange der Anpassungsprozeß über Preise und nicht über bürokratische Verordnungen gesteuert wird. Dieser Langfrist-Optimismus gilt auch für die Weltwirtschaft.

Für die Weltwirtschaft muß ich einen Vorbehalt hinzufügen. Der Optimismus gilt nur, wenn wir das Gespenst des Protektionismus im Käfig halten können und die Importe auch dann nicht zusätzlich behindern

- wenn Japan und die Vereinigten Staaten aufgrund der günstigen Wechselkursrelationen zu einer Exportoffensive antreten sollten und

- wenn die Schwellenländer der Weltwirtschaft verstärkt auf den Märkten der reichen Industrieländer vordringen.

Kurz zusammengefaßt möchte ich meinen Standpunkt wie folgt kennzeichnen: kurzfristige Skepsis, um eine Krise zu vermeiden; mittelfristig eine leicht optimistische Haltung wegen der bewiesenen Anpassungsfähigkeit eines dezentralisiert gesteuerten marktwirtschaftlichen Systems und langfristig ein Optimismus, der sich gründet auf die Erkenntnis, daß die Menschen, wenn sie vor Problemen stehen, mit ihrer Findigkeit immer auch in der Lage sein werden, brauchbare Lösungen zu finden.

### **Schneider**

In welcher Richtung geht es jetzt weiter, Herr Pöhl? Wir sind gespannt, ob Sie den Part spielen werden, den Herr Giersch Ihnen hier zugedacht hat.

### **Pöhl**

Leider muß ich Herrn Giersch enttäuschen; ich sehe mich nicht in der Lage, seinen Ausführungen einen optimistischeren, hoffnungsvolleren Kontrapunkt entgegenzusetzen. Es fiel mir sogar schwer, Herr Giersch, Ihren Optimismus für die mittlere und längere Zukunft zu teilen; aber dies ist ein weites Feld, das ja heute nicht zur Diskussion steht. Ich will meine Ausführungen deshalb auf die Frage beschränken, ob wir im nächsten Jahr mit einer Weltrezession rechnen müssen, das heißt mit einem Wachstumseinbruch in den wichtigeren Industrieländern, der dann sicherlich auf den Rest der Welt ausstrahlen müßte.

Bekanntlich stimmen die Prognosen der Wirtschaftsexperten im In- und Ausland zu dieser Frage weitgehend überein: Einhellig ist man der Auffassung, daß es 1980 zu einer deutlichen Abschwächung der internationalen Konjunktur und des globalen Wirtschaftswachstums kommen wird. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Voraussagen sind in erster Linie gradueller Natur und betreffen das tatsächliche Ausmaß der Abkühlung. Dabei wird allgemein unterstellt, daß die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern sehr differenziert verlaufen wird. Die Spannweite der Schätzungen reicht von durchaus befriedigenden Wachstumsraten für das Sozialprodukt bis hin zur Rezession.

So stehen die USA nach einhelliger Auffassung mit großer Wahrscheinlichkeit vor einem effektiven Rückgang ihrer wirtschaftlichen Aktivität. Diese Entwicklung wird, wie Sie wissen, bereits seit einem

Jahr immer wieder als unmittelbar bevorstehend angekündigt, und auch heute erscheint es mir keineswegs ausgemacht, daß die Frühindikatoren, die Sie, Herr Giersch, angeführt haben, nun wirklich den großen Umschwung anzeigen. Tatsächlich deuten andere Indikatoren auf eine sehr widerstandsfähige Konjunktur in den Vereinigten Staaten, wie etwa die Arbeitslosenquote, die im September und erneut im November zurückgegangen ist. Dennoch ist kaum zu bezweifeln, daß die amerikanische Wirtschaft im Laufe des Jahres 1980 in eine rezessive Entwicklung eintreten wird.

Demgegenüber wird für das japanische Sozialprodukt mit einer realen Wachstumsrate von 4 bis 5 Prozent ein durchaus respektables Ergebnis für das kommende Jahr vorausgesagt, das allerdings deutlich hinter dem diesjährigen Wachstum von rund 6 Prozent zurückbleiben wird.

Auch in den übrigen Ländern zeichnet sich eine deutliche konjunkturelle Abschwächung gegenüber 1979 ab, ohne daß man jedoch generell von einer rezessiven Entwicklung sprechen könnte. Dabei werden auch die Aussichten innerhalb der EG sehr differenziert beurteilt. Mit einem Rückgang des realen Sozialprodukts um 2 Prozent erwarten wohl alle Fachleute für Großbritannien eine deutlich rezessive Entwicklung. Demgegenüber erschiene es mir im Falle der Bundesrepublik bei einem voraussichtlichen realen Wachstum von 2,5 bis 3 Prozent ungerechtfertigt, von einer Rezession zu sprechen. Ein solches Ergebnis stünde vielmehr durchaus im Einklang mit der verlangsamten Expansion unseres Produktionspotentials.

Alle diese Prognosen leiden natürlich darunter, daß sie die bestehenden Risiken nicht quantifizieren können. Die größte Unbekannte in den zugrundeliegenden Berechnungen ist derzeit zweifellos die künftige Entwicklung des Ölpreises, und hier gehen alle bekannten Prognosen für das Jahr 1980 von der Annahme eines unveränderten realen Preisniveaus aus. Es wird mit anderen Worten unterstellt, daß die Verteuerung des Öls im kommenden Jahr nicht über den Preisanstieg in der industrialisierten Welt hinausgeht. Es handelt sich hierbei natürlich um eine stark vereinfachende Arbeitshypothese, die einerseits mangels konkreter Anhaltspunkte über die tatsächliche Entwicklung verwendet wird. Andererseits wollen vor allem Institutionen von internationalem Gewicht wie der IWF oder die OECD durch diese Vereinfachung verhindern, daß die künftige Ölpreisentwicklung durch ihre Arbeiten präjudiziert wird. Wie dem auch sei, wir wissen bereits heute nach den jüngsten Ankündigungen aus dem Lager der öllexportierenden Länder, daß die Ölpreise im kommenden Jahr aller Voraussicht nach stärker steigen werden, als durch die zu erwartende Inflation in den Industrieländern gerechtfertigt wäre.

Weitaus realistischer erscheint mir hingegen, für das kommende Jahr von einem Anstieg der Ölpreise auf etwa 30 US-Dollar pro Barrel auszugehen, was auf der Basis des derzeitigen Preisniveaus einer Verteuerung von rund 30 Prozent gleichkäme. Bekanntlich gibt es Voraussagen über eine sehr viel stärkere Ölverteuerung.

Welche Konsequenzen hätte eine derartige Entwicklung für Wachstum, Inflation und Zahlungsbilanzen? Die OECD hat hierüber Modellrechnungen durchgeführt. Diesen Berechnungen zufolge schließe eine zusätzliche Erhöhung der Ölpreise um 30 Prozent mit einer Verringerung des Wirtschaftswachstums im Durchschnitt der OECD-Länder um 2,5 bis 3 Prozentpunkte zu Buche. Die durchschnittliche Inflationsrate dieser Länder würde unter Berücksichtigung auch der indirekten Preiswirkungen um etwa 3 Prozentpunkte steigen, die Verschlechterung ihrer aggregierten Leistungsbilanz infolge der gestiegenen Ölimportrechnung wäre schließlich auf etwa 70 bis 80 Mrd. US-Dollar zu veranschlagen.

Obwohl derartigen Modellrechnungen mit großen Vorbehalten zu begegnen ist, so machen sie doch deutlich, daß die Voraussagen, die bislang über die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1980 gegeben wurden, inzwischen keine Gültigkeit mehr besitzen. Andererseits erscheint es kaum möglich, alle Implikationen der bisherigen und voraussichtlichen Ölpreiserhöhungen zu erfassen. Insgesamt gesehen bin ich jedoch der Auffassung, daß die augenblickliche Ölkrise schwerer ist als die im Jahre 1974 und daß wir es nicht mit einem vorübergehenden Phänomen zu tun haben. Wir stehen meines Erachtens vielmehr am Beginn einer anhaltenden und äußerst schwerwiegenden Störung der Weltwirtschaft mit sehr ernstzunehmenden Folgen, die sich heute zum Teil nur erahnen lassen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die hier anwesenden Herren, die die energiepolitischen Aspekte besser beurteilen können als ich, das Bild aus ihrer Sicht etwas stärker aufhellen könnten.

Im folgenden möchte ich auf einige währungspolitische Aspekte der Ölkrise und die wirtschaftspolitischen Antworten auf diese Herausforderung eingehen. Die Leistungsbilanzüberschüsse der OPEC-Länder sind nach der Vervierfachung der Ölpreise 1973/74 in den darauffolgenden Jahren sukzessive zurückgegangen, und noch bis vor wenigen Monaten bestand die Aussicht, daß wir uns 1979/80 einem Gleichgewicht im globalen Leistungsbilanzgefüge nähern würden. Alles deutete darauf hin, daß die OPEC-Überschüsse im laufenden Jahr bis auf einen

kleinen, tolerablen Saldo abschmelzen würden. Gleichzeitig schien auch die Beseitigung des hohen Zahlungsbilanzdefizits der USA, das ja zum Teil eng mit den OPEC-Überschüssen verbunden ist, zum Greifen nahe. Diese Trends zu einem besseren internationalen Zahlungsbilanzgleichgewicht wurden durch die jüngsten Ölpreisbeschlüsse abrupt gestoppt.

Die OPEC-Überschüsse werden bereits im laufenden Jahr und unter Berücksichtigung der sich abzeichnenden Ölpreisentwicklung vor allem 1980 sehr viel stärker und auf ein weitaus höheres Niveau ansteigen als in den Jahren 1974/75. Bei einem Ölpreis von 30 Dollar pro Barrel dürfte der Leistungsbilanzüberschuß der ölexportierenden Länder 1980 auf gut 80 bis 90 Mrd. US-Dollar ansteigen. Die amerikanische Leistungsbilanz würde wahrscheinlich erneut in ein Defizit in der Größenordnung von 10 Mrd. USDollar abrutschen. Insoweit sind die Unterschiede gegenüber 1974 zunächst nur gradueller Natur. Im Gegensatz zu damals ist aber die heutige außenwirtschaftliche Lage durch eine bessere Verteilung der Ungleichgewichte innerhalb der Gruppe der Industrieländer gekennzeichnet, nachdem die Leistungsbilanzüberschüsse von Ländern wie der Bundesrepublik und Japan verschwunden sind. Unter den Voraussetzungen des hier unterstellten Szenariums müßten Japan und die Bundesrepublik im nächsten Jahr mit Leistungsbilanzdefiziten von etwa 18 Mrd. beziehungsweise 5 bis 6 Mrd. US-Dollar rechnen.

Trotz dieser gewaltigen Verschiebungen in der Leistungsbilanzstruktur ist - anders als 1974/75 - wohl kaum mit krisenhaften Zahlungsbilanzentwicklungen innerhalb der Gruppe der Industrieländer zu rechnen. Wie Sie sich vielleicht erinnern werden, waren damals die globalen Defizite vor allem auf die Industrieländer konzentriert, und zwar in erster Linie auf Großbritannien und Italien und teilweise auch auf Frankreich. Großbritannien erlebte 1976 eine schwere Krise; in einer ähnlichen Situation befand sich Italien. Die Bundesbank hat seinerzeit mit größeren Krediten geholfen. Heute weisen jedoch diese Länder eine sehr viel günstigere Zahlungsbilanzlage aus als in den Jahren 1974/75, und es ist auch davon auszugehen, daß die Bundesrepublik und Japan ihre hohen Fehlbeträge im internationalen Leistungsverkehr problemlos finanzieren können.

Vor gravierenden Zahlungsbilanzproblemen stehen allerdings die Entwicklungsländer. Bei einem angenommenen Ölpreis von 30 US-Dollar pro Barrel dürfte ihre aggregierte Leistungsbilanz im kommenden Jahr einen Fehlbetrag in der Größenordnung von 70 Mrd. US-Dollar aufweisen. Erschwerend kommt hinzu, daß es anders als in den Jahren nach der ersten Ölkrise nicht ohne weiteres möglich sein dürfte, die Überschüsse der OPEC-Länder weitgehend reibungslos in die Defizitländer umzuleiten. Seinerzeit haben die international operierenden Banken beim sogenannten Recycling der Ölgelder bekanntlich eine außerordentliche Leistungsfähigkeit gezeigt; sie haben entscheidend dazu beigetragen, daß es trotz verbreiteter gegenteiliger Befürchtungen gelungen ist, große Zahlungsbilanzkrisen und den Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems zu vermeiden.

Diese Erfahrung kann unter den heutigen Voraussetzungen nicht ohne weiteres in die Zukunft projiziert werden; das Recycling dürfte sich in den kommenden Jahren schwieriger gestalten als in der Vergangenheit. Hierfür spricht, daß heute das Länderrisiko für die einzelne Bank angesichts der hohen Verschuldung vieler Entwicklungsländer unvergleichlich höher ist als 1974/75. Zu dieser Ländergruppe gehören vor allem lateinamerikanische Länder, die in den letzten Jahren ihre Industrialisierung stark vorangetrieben haben, aber auch einige Ostblockstaaten. Hinzu kommt, daß der Schuldendienst dieser Länder und besonders der wohlhabenderen Entwicklungsländer infolge der stark gestiegenen Zinsen enorm angewachsen ist, wodurch die Grenzen für eine weitere Verschuldung zusätzlich eingeengt werden.

Wenn ich die Schlußfolgerung dieser Überlegungen mit Rücksicht auf die mir verbleibende kurze Zeit etwas kursorisch wiedergeben darf, so bedeutet dies, daß angesichts der enormen Leistungsbilanzüberschüsse der OPEC-Länder und der wachsenden Defizite vor allem der Entwicklungsländer Spannungen im internationalen Finanzierungssystem, genauer: auf den Euromärkten, nicht ausgeschlossen werden können. Die konjunkturelle Quintessenz ist wohl, daß die Entwicklungsländer ihre Importnachfrage einschränken müssen, soweit sie an ihre Verschuldungsgrenzen stoßen.

Der wachsende Wunsch nach einer Diversifizierung offizieller und privater Devisenguthaben stellt ein weiteres währungspolitisches Problem dar, und er dürfte durch die zunehmenden Zahlungsbilanzüberschüsse eher noch größer werden. Diese Entwicklung wird gerade in jüngster Zeit durch politische Pressionen verstärkt, wie das Verlangen des Iran, daß seine Ölexporte künftig nicht mehr in Dollar, sondern in anderen Währungen bezahlt werden. Hierzu gehört aber auch - ohne Kritik an den amerikanischen Reaktionen üben zu wollen - die Blockade der offiziellen persischen Dollarguthaben.



Dieser Diversifizierungsprozeß ist im übrigen schon sehr viel weitergediehen, als allgemein bekannt ist. Bezogen auf den Gesamtbestand der Devisenreserven ausländischer Währungsbehörden werden heute etwa 11 Prozent in D-Mark gehalten. Klammert man allerdings die Reserven der größeren Länder einschließlich der Schweiz aus, die ihre Devisenguthaben, wie übrigens auch die Bundesrepublik, praktisch zu 100 Prozent in US-Dollar halten, so liegt der D-Mark-Anteil an den Devisenreserven beträchtlich höher. Dabei dürften gerade auch die OPEC-Länder einen recht hohen Teil ihrer liquiden Mittel in D-Mark-Titeln investiert haben. Die D-Mark ist damit heute, wenn auch mit weitem Abstand, nach dem US-Dollar die zweitwichtigste Reservewährung der Welt.

In Anbetracht der eben erwähnten politischen Unsicherheiten und der zeitweilig ausgeprägten Kursverschiebungen zwischen den wichtigeren Währungen ist es sicherlich völlig legitim, wenn sich private und offizielle Anleger wie auch die OPEC-Länder bemühen, ihre Devisenbestände durch eine breitere Streuung auf mehrere Währungen vor Wertverlusten zu schützen. Bekanntlich bereitet dieser Prozeß der Bundesbank erhebliche Kopfschmerzen. Trotz aller Bemühungen konnte bislang jedoch nicht verhindert werden, daß die D-Mark so stark in die Rolle einer Reservewährung hineingewachsen ist, wie dies heute der Fall ist. Ich bin deshalb der Auffassung, daß die internationale Währungspolitik diesem Problem verstärkte Aufmerksamkeit einräumen muß.

Bereits heute gibt es weitreichende Vorschläge, die dafür plädieren, daß wir den Wünschen der OPEC-Länder entgegenkommen, indem wir ihnen D-Mark-Papiere anbieten, um so den Diversifizierungsprozeß besser unter Kontrolle halten zu können. Ein weiterer Vorschlag, der derzeit intensiv erörtert wird, ist bekanntlich das Substitutionskonto beim Internationalen Währungsfonds. Dieses Konto soll diversifizierungswilligen Währungsbehörden und vor allem den OPEC-Ländern die Möglichkeit eröffnen, USDollars gegen SZR-denominierte Titel zu tauschen. Bis zur Verwirklichung dieses Vorschlags, der in vielen Ländern wie auch in den USA von den Parlamenten ratifiziert werden müßte, kann es allerdings noch Jahre dauern. In der Zwischenzeit, und das ist das eigentlich Beunruhigende, wird die Reservenstreuung aus den erwähnten Gründen eher beschleunigt zunehmen, ob wir das wollen oder nicht. Entsprechend werden wir auch auf absehbare Zeit mit den monetären und wechselkurspolitischen Konsequenzen dieser Entwicklung leben müssen.

Grundsätzlich stehen der Notenbank eines Reservewährungslandes drei Möglichkeiten zur Verfügung, mit denen sie auf eine starke Verwendung ihrer Währung reagieren kann. Die eine dieser Möglichkeiten, die Verhängung von Kapitalverkehrskontrollen, sei hier jedoch nur der Vollständigkeit halber erwähnt; als realistische Alternative kann dieses Instrument sicherlich von vornherein ausgeschlossen werden. Die leidvollen Erfahrungen, die wir auf diesem Gebiet gesammelt haben, zeigen unmißverständlich, daß durch Kapitalverkehrskontrollen zumindest ebenso viele Schlupflöcher für internationale Kapitalbewegungen neu geöffnet werden, wie damit geschlossen werden sollen. Aber auch abgesehen hiervon bin ich aus prinzipiellen Gründen strikt gegen derartige Kontrollen. Wir sollten nicht vergessen, daß unser aller Wohlstand ganz entscheidend auf der Freizügigkeit des internationalen Kapitalverkehrs aufbaut.

Mithin verbleiben der Notenbank nur zwei Reaktionsmöglichkeiten: Sie kann entweder die am Markt angebotenen US-Dollar aufkaufen und - in unserem Fall - das D-Mark-Angebot entsprechend erhöhen, wobei sie Gefahr läuft, daß die von ihr verfolgte Geldpolitik unterminiert wird; oder sie verzichtet auf den Ankauf der US-Dollars und setzt sich dem Risiko aus, daß der Wechselkurs infolge des Drangs in ihre Währung so stark in die Höhe getrieben wird, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird.

Welche der beiden Reaktionen jeweils angemessen ist, kann von vornherein sicherlich nicht allgemeinverbindlich entschieden werden. Meine persönliche Präferenz ist - und daraus möchte ich kein Hehl machen;- , so lange wie irgend möglich Interventionen an den Devisenmärkten zu vermeiden oder jedenfalls in Grenzen zu halten - in Grenzen, die mit unserer inneren Geldpolitik vereinbar sind. Dies gilt übrigens auch, Herr Giersch, für das Europäische Währungssystem, was natürlich von Zeit zu Zeit Wechselkursanpassungen erforderlich macht, um den von Ihnen zitierten Inflationsimport zu unterbinden.

Mit dem Problem des Recycling der Ölüberschüsse vor allem zu den Entwicklungsländern und der Diversifizierung der Währungsreserven habe ich bislang nur zwei Aspekte der währungspolitischen Problematik behandelt, die natürlich viel breiter ist. Aus Zeitgründen möchte ich mich aber im folgenden auf zwei Bemerkungen zu den wirtschaftspolitischen Konsequenzen der absehbaren Entwicklung beschränken.

Die wirtschaftspolitische Reaktion auf die jüngste Ölkrise wird in den meisten Ländern entscheidend durch die Erfahrungen in den Jahren 1974/75 beeinflußt. Mithin ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß die damaligen Fehler wiederholt werden, als man in vielen Ländern versuchte, die angeblich

deflationären Effekte der gestiegenen Ölpreise durch eine expansive Fiskal- und Geldpolitik aufzufangen. England und Italien sind geradezu klassische Beispiele für diese Politik, die zu einem Druck auf den Wechselkurs führte und den Circulus vitiosus von Abwertung und Inflation auslöste. Je höher die Inflation kletterte, um so stärker sank der Wechselkurs, wodurch der inländische Preisauftrieb neue Nahrung erhielt. Diese Entwicklung mußte unweigerlich zu den bekannten Wirtschaftskrisen führen, die letztlich um so drastischere Stabilisierungsmaßnahmen erforderlich machten.

Die meisten Länder haben aus diesen Erfahrungen gelernt; sie reagieren entsprechend auf die erneute Herausforderung durch die Inflation und die gestiegene Öleinfuhrrechnung durch eine teils sehr restriktive Fiskal- und Geldpolitik. Dies trifft nicht zuletzt auch auf die Vereinigten Staaten zu, die anerkanntermaßen trotz der bevorstehenden Wahlen eine eindrucksvolle Schwenkung in ihrer Geldpolitik vollzogen haben. Deutlichstes Indiz für diese Politik sind die außerordentlich starken Zinssteigerungen im letzten Jahr in praktisch allen Industrieländern. So hat zum Beispiel Großbritannien derzeit einen Diskontsatz von 17 Prozent, und auch Frankreich und Italien haben, um einige weitere Beispiele zu nennen, zweistellige Notenbankleitzinsen.

Vor noch nicht allzu langer Zeit wurde in diesem Zusammenhang von einer internationalen Zinseskala­tion gesprochen, und einige Beobachter haben behauptet, diese Eskala­tion sei durch eine besonders restriktive Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank ausgelöst worden. Diese Behauptung läßt sich allerdings leicht entkräften. So haben wir es in erster Linie nicht mit einer Eskala­tion der Zinsen, sondern mit einer Eskala­tion der Inflation zu tun. Und daß in den USA die Zinsen für bestimmte Titel auf das ungewöhnlich hohe Niveau von 15 bis 17 Prozent geklettert sind, kann man, vor allem angesichts einer amerikanischen Inflationsrate von gut 13 Prozent, wohl kaum mit der Zinspolitik in der Bundesrepublik begründen. Der amerikanische Notenbankpräsident Volcker hat diese Zusammenhänge mehrfach in aller Deutlichkeit öffentlich vorgetragen.

Auf einem anderen Blatt steht natürlich die Frage nach den Konsequenzen dieser Zinspolitik. Hier möchte ich vorausschicken, daß ich ebensowenig wie Sie, Herr Giersch, an das Konzept des Gradualismus glaube. Wie nicht zuletzt unsere eigenen Erfahrungen zeigen, wirkt die Zinspolitik bei derart hohen Inflationsraten, wie wir sie zur Zeit erleben, nur dann, wenn die Zinsen ausreichend hoch sind, um die Inflationserwartungen zu brechen. Inwieweit dieser Punkt bereits erreicht wurde, ist wohl vorläufig noch offen; es sieht jedoch nicht danach aus, daß die Notenbanken in den wichtigsten Ländern bereit wären, den Fuß von der monetären Bremse zu nehmen. Entsprechend ist es in meinen Augen recht wahrscheinlich, daß man die Frage, die als Überschrift über dieser Einladung steht, bejahen muß.

In der Tat erscheint mir die Gefahr einer weltweiten Rezession, zumindest aber einer weltweiten Stagnation, angesichts der jüngsten Ölpreisentwicklung doch als sehr groß. Ich bin allerdings nicht der Meinung, daß man hierauf mit den klassischen Methoden des demand management, also etwa mit Zinssenkungen oder höheren Budgetdefiziten reagieren könnte, da es sich nicht um eine konjunkturelle Krise handelt. Wir befinden uns vielmehr in einer Krise, die durch einen internationalen Verteilungskampf verursacht wird und entsprechend auch mit anderen Instrumenten zu behandeln ist. Letztlich müssen wir uns darauf einstellen, daß wir einen größeren Teil unseres Sozialprodukts an das Ausland, in diesem Fall an die OPEC-Länder, abzugeben haben.

Die Notenbanken können auf diese Herausforderung nur mit einer Politik des knappen Geldes reagieren; alles andere würde nur zu einer Beschleunigung des Inflationsauftriebs, günstigstenfalls lediglich zu einem vorübergehenden Aufschub der Anpassung an die gestiegene Öleinfuhrrechnung führen. Mehr Geld zu drucken wäre jedenfalls keine Lösung: Die Deutsche Bundesbank - es sind ja immerhin drei Mitglieder des Zentralbankrates hier anwesend - denkt jedenfalls nicht im Traum daran, dies zu tun.

Die Geldpolitik wäre aber zweifellos überfordert, wollte man ihr die Anpassungslast allein aufbürden. Wo liegt die Lösung? Leider kenne ich kein Patentrezept; ich bin deshalb auf mittlere und längere Sicht auch nicht übermäßig optimistisch. Es wäre allerdings schon viel gewonnen, wenn die internationale Kooperation in diesen Fragen intensiviert würde, um im Dialog mit den Ölländern eine geordnete Verteilung der knappen Ölvorkommen anzustreben. Hält man sich jedoch vor Augen, wie wenig die führenden Länder der Welt zu solidarischem Handeln in der Lage sind, so fürchte ich, daß auch auf diesem Weg keine raschen Ergebnisse zu erwarten sind.

### **Schneider**

Ich halte es nicht für sinnvoll, die Diskussion jetzt schon weitgehend vorzustrukturieren. Einen Punkt möchte ich aber auf jeden Fall festhalten, daß nämlich eine wesentliche Größe für die Beurteilung der

gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in unseren Ländern und der internationalen Zusammenarbeit die Situation im Energiebereich ist. Herr Giersch hat diese Thematik mehr im Zusammenhang mit der Verteilungsfrage im Hinblick auf die stabilitätspolitisch zulässigen Steigerungsraten für die Lohnsätze verknüpft, während Herr Pöhl die Problematik direkt angesprochen hat. Damit würden wir eine gute Ausgangsbasis für die Diskussion der eigentlichen Frage bekommen, ob wir 1980 mit einer Weltrezession rechnen müssen.

### **Kloten**

Zuvor eine Frage an Herrn Giersch: Welche Rolle spielt die Ölpreissteigerung, so wie sie Herr Pöhl beschrieben hat, in Ihrer Analyse? Hat sie ein ähnliches Gewicht, wie Herr Pöhl dies herausstellte, oder ist dies nicht der Fall, wie ich glaubte verstehen zu können. Sind es also andere Gründe, die auf eine Weltrezession hinwirken, wobei das Gewicht der Preispolitik der OPEC-Staaten noch hinzukommt, also die Tendenzen verstärkt, nicht aber die Tendenzen selbst erzeugt?

### **Giersch**

Die Prognose, die ich vorgetragen habe, endogenisiert die Ölpreisentwicklung viel stärker, als das bei anderen Prognosen der Fall ist, auch bei denjenigen, die in der Bundesrepublik gehandelt werden. Der Grund - Herr Schiller hat das neulich im Fernsehen betont - liegt unter anderem darin: Wir müssen uns in Zukunft darauf einstellen, daß bei im Trend real steigendem Ölpreis der Ölpreis immer dann besonders nach oben springen wird, wenn in der Welt eine Hochkonjunktur herrscht. Ich rechne jetzt alle vier bis fünf Jahre, wann immer wir in der Welt Hochkonjunktur haben werden, mit einem kräftigen Anstieg des Ölpreises. In einer Phase mit schwacher Nachfrage oder gar in einer Rezession mag der Ölpreis langsamer steigen oder sogar sinken.

Ein weiterer Punkt, den ich nur in einem Nebensatz angesprochen habe, der aber mit berücksichtigt ist, besteht darin, daß Zurückhaltung in der Ölförderung immer dann gegeben sein wird, wenn die Inflationsraten nach oben gehen. Denn Öl ist jetzt auch ein Kapitalanlagegut, das einen Inflationsschutz bietet. Es wird um so mehr begehrt, je weniger andere wertgesicherte Anlagemöglichkeiten vorhanden sind. So gibt es Zusammenhänge auch mit dem Goldpreis und dem Silberpreis.

Wenn wir von vornherein bedenken, daß diese Preise im Rhythmus der Konjunktur und der Inflationserwartungen steigen werden, können wir uns darauf einstellen. Von einer Öl- oder Rohstoffkrise kann man auf einem freien Markt nur reden, wenn die Verknappung und Preiserhöhung überraschend, also unerwartet, kommt. Wer in diesem Sinne mehr bedenkt, hat später natürlich auch weniger Möglichkeiten, einen Prügelknaben für etwaige Fehlprognosen zu finden.

### **Schneider**

Hinzu kommt wohl auch, daß Sie bei Ihrer Schätzung das Modell, das bei der OECD gehandelt wird, mit akzeptieren, was auch Ihren theoretischen Vorstellungen entsprechen dürfte, Herr Giersch.

### **Schuster**

Die beiden Referate zeichneten sich ja durch einen recht moderaten Skeptizismus oder Optimismus - je nachdem aus, wobei sich eine merkwürdige Umkehrung der von den Referenten ursprünglich eingenommenen Positionen ergab. Die Bedeutung eines kurzfristigen Skeptizismus wurde auch noch im Hinblick auf seine pädagogisch oder psychologisch heilsame Wirkung betont: als Mittel wirksamer Gegensteuerung, zur Erhöhung der Anpassungselastizität.

Ich möchte in dem Zusammenhang eine Äußerung von Guido Brunner, Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, zitieren, die er vor kurzem gemacht hat, als man viel über das Jubiläum des "Schwarzen Freitag" 1929 diskutierte und allgemeiner Konsens herrschte, so etwas könne sich aus den verschiedensten Gründen nie wieder ereignen. Brunner meinte, wenn wir es nicht schafften, die lähmenden Tendenzen, die von der Energielage ausgehen, zu bewältigen, würden wir in eine Rezession geraten, wie wir sie auf der Welt noch nie erlebt haben. Wenn man an die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre und die Stimmung damals denkt, ist das eine starke Formulierung.

Der Zeitpunkt dieser Brunnerschen Äußerung liegt nicht sehr fern - kaum zwei Monate - von der Veröffentlichung der Gutachten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute in der Bundesrepublik, wo es hieß, die Versorgung mit Erdöl werde im kommenden Jahr ausreichend bleiben und der Ölpreis auf dem Weltmarkt nicht nennenswert stärker steigen als der Preis der Industrieprodukte. Das war ein Ausgangspunkt dieser Gutachten.

Optimismus wurde aber nicht nur im Hinblick auf den Ölpreis, sondern betonter noch unter anderen Gesichtspunkten geäußert. Ich darf aus dem Gutachten zitieren: "Damals" - das bezieht sich jetzt auf 1973/74 und nicht auf die Weltwirtschaftskrise 1929 - "war in vielen Ländern ein inflationärer Aufschwung mit überaus kräftigen Erhöhungen von Anlagen- und Lagerinvestitionen und einer Verschärfung der Verteilungskämpfe der Ölpreiserhöhung vorangegangen. Diesmal gab es derart ausgeprägte Steigerungen nicht, wengleich die Ölverteuerung keineswegs allein für die Inflationsbeschleunigung ursächlich ist. Darüber hinaus sind die Leistungsbilanzen der wichtigsten Industrieländer ausgewogener".

Es ist seit der Veröffentlichung des Gutachtens eben sehr viel passiert; es sind beispielsweise neue, gravierende politische Daten hinzugekommen. Es ist für einen politischen Beobachter immer wieder verblüffend, wie schnell wissenschaftliche Prognosen von bestimmten politischen Daten und Ereignissen einfach unterlaufen werden.

### **Caspari**

Das Thema, das wir hier zu diskutieren haben, scheint mir weniger zu lauten: "Weltrezession 1980?", sondern: "Welche Politik ist angesichts der erwarteten Rezession 1980 zu führen, damit wir aus dieser Weltrezession wieder herauskommen, ohne langfristig allzu großen Schaden zu nehmen?"

Das heißt, es geht um eine Politik, die nicht versucht, die Rezession kurzfristig mit irgendwelchen Mittelchen zu überwinden, sondern die wieder die Basis für ein gesundes Wachstum ist. Welche Politik müßten wir also angesichts der Weltrezession 1980 betreiben, um darauf aufbauend wieder eine Konjunktur auf die Beine zu bringen?

### **Schneider**

1980 ist natürlich nicht als Kalenderjahr zu nehmen, sondern ist Ausdruck des kurzfristig vor uns stehenden Problems. Dabei kommt es zweifellos entscheidend darauf an, wie wir die Rolle der Stabilitätspolitik und der Wirtschaftspolitik in den anderen Bereichen definieren. Angebotspolitik war ein wichtiges Stichwort, das wir in Zusammenhang mit der These bringen müssen, die Herr Giersch erwähnte, nämlich die Steigerung der Energieproduktivität. Denn da ergeben sich ganz neue Chancen.

Wir sollten aber zunächst die Energiesituation für sich diskutieren, weil sich das sonst mit der Diskussion über die Stabilitätsfragen vermischt.

### **Lantzke**

Die Daten, die Herr Pöhl genannt hat, werden von der Internationalen Energie-Agentur preäter propter geteilt; vielleicht sind wir noch ein wenig pessimistischer. Die einzige Korrektur, die ich anfügen möchte, ist: Sie nannten als Durchschnittspreis 24 Dollar. Das war der Durchschnittspreis von gestern morgen; heute abend beträgt er 27,50 Dollar. Denn Saudi-Arabien, die Emirate und Venezuela machen zusammen etwa die Hälfte - 40 bis 50 Prozent - der OPEC-Produktion aus. Rechnen wir noch einmal 15 Prozent hinzu, dann sind wir schon fast bei 30 Dollar.

Wie sehen wir die kurzfristige Lage? Herr Giersch sprach davon, daß wir jetzt alle vier bis fünf Jahre Preisexplosionen erleben werden, und zwar immer dann, wenn wir bei einer guten Konjunktur angelangt sind. Ich fürchte, wir müssen uns außerdem darauf einrichten, daß wir in zunehmendem Maße politische Erschütterungen erleben werden, die niemand voraussagen kann. Diese können aber genauso wie eine Nachfrageerhöhung aufgrund guter Konjunktur eine solche Preisexplosion auslösen. Das größte Risiko für das kommende Jahr sehe ich also in einer politischen Erschütterung.

Davon einmal abgesehen sind wir in der Beurteilung für 1980 etwas optimistischer. Wenn es nicht zu neuen politischen Reaktionen kommt, dürfte der Rückgang der Förderung der OPEC-Länder in der Größenordnung von 1 -1,5 Millionen Barrel pro Tag liegen. Der Rückgang im Iran ist zwangsläufig, auch rein technisch bedingt, und auch die Emirate werden etwas zurückgehen müssen. Wir glauben nicht, daß Saudi-Arabien in der Förderung zurückgehen muß - trotz allen Geredes um die Politik in diesem Lande. Wenn Saudi-Arabien weiterhin ein stabilisierender Faktor bleiben will, muß seine Politik darauf gerichtet sein, nicht zusätzlich zu einer Verschärfung der Angebotssituation beizutragen. Daß Saudi-Arabien es ernst meint, ein solcher stabilisierender Faktor sein zu wollen, steht unserer Meinung nach außer Zweifel.

Nun kann es in der Entwicklung 1980 sehr wohl eintreten, daß der erwähnte Rückgang in der OPEC-Förderung durch einen Rückgang der Nachfrage aufgrund geringeren wirtschaftlichen Wachstums in den Industrieländern kompensiert wird. Niemand weiß, wieviel das ausmachen wird. Es gibt Experten,

die meinen, das kann bis zu 2,5 Millionen Barrel gehen; daran glaube ich nicht ganz. Aber immerhin könnte es nach der Hektik und der Anspannung des Jahres 1979 zu einer Scheinberuhigung auf dem Ölmarkt kommen aufgrund der beiden obigen Tendenzen, so daß wir nicht unbedingt damit rechnen müssen, daß die Preisentwicklung, so wie sie sich bisher dargestellt hat - und wir sie vermutlich auch in Caracas sehen werden;- , sich in das Jahr 1980 fortsetzen wird.

Möglicherweise kommt es zu Beginn der 80er Jahre sogar zu einem Vorratsabbau. Wir haben jetzt ungefähr 420 Millionen Tonnen Vorräte in den OECD-Ländern - eine Größenordnung, wie sie noch nie erreicht wurde. Absurderweise sind in dem hektischen Jahr 1979 die Vorräte noch einmal um ungefähr 25 Millionen Tonnen aufgebaut worden, zusätzlich zur Nachfrageerhöhung. In der ganzen Preisdiskussion haben die Befürchtungen einer neuen Krise eben eine große Rolle gespielt und eine Übervorsorge sowohl bei den Regierungen als auch bei den Verbrauchern und nicht zuletzt bei den Ölgesellschaften selbst ausgelöst.

Das ändert aber nichts daran, daß wir längerfristig die Besorgnisse teilen. Eine Besorgnis ist beispielsweise: Wenn es zu einer Entspannung am Ölmarkt kommt, könnte sehr schnell die Reaktion sein: Das Problem hat sich gottseidank wieder einmal von selbst erledigt. Bei einer solchen psychologischen Einstellung würde es nicht ausbleiben, daß wir dann in Kürze mit einer sehr viel härteren Situation konfrontiert werden.

So sieht im Augenblick unsere kurzfristige Beurteilung aus. Von der Angebotsseite werden wir in den 80er Jahren kaum eine Erleichterung erfahren; das heißt, an der gegenwärtigen Situation wird sich nichts ändern; wir werden mit ihr leben müssen. Denn wir glauben nicht, daß Saudi-Arabien seine alten Pläne verwirklichen und wesentlich über die gegenwärtige Förderung hinausgehen wird. Vielleicht werden die Saudis irgendwann auf 12 Millionen Barrel gehen; aber selbst das erscheint sehr optimistisch.

Andere Alternativen werden so schnell nicht zur Verfügung stehen. Deshalb müssen wir uns im energiepolitischen Bereich kurzfristig, wie Herr Giersch sagte, auf die Steigerung der Energieproduktivität konzentrieren, ohne dabei für die mittlere Sicht die Politik hinsichtlich einer Änderung des Angebots aus dem Auge zu verlieren.

Diese Auffassung haben wir in der vergangenen Woche auch unseren Ministern vorgetragen, wobei es in der Lagebeurteilung keine wesentlichen Abweichungen gegeben hat. Lediglich die Vereinigten Staaten sehen die Situation auch in der kurzfristigen Betrachtung etwas ernster als wir. Während wir auf der Produktionsseite nur 1 -1,5 Millionen Barrel als risikobehaftet ansehen, sagen die Amerikaner, es könnten sehr gut auch 2,5 Millionen sein. Das ist natürlich ein beträchtlicher Unterschied.

Um noch einmal kurz zusammenzufassen: Der Verlauf des Jahres 1980 könnte sich sehr wohl als weitaus ruhiger erweisen als das Jahr 1979, das von starker Hektik und auch von hartem Wettbewerb der Industrieländer untereinander um das knapper werdende Öl gekennzeichnet war.

### **Schneider**

Sie sehen aber keinen wesentlichen neuen Preisimpuls?

### **Lantzke**

Das ist schwer zu sagen. Bei den Preisimpulsen geht es nicht zuletzt darum, ob die Einstellung der Nachfrager unverändert bleiben wird. Die Nachfrage war primär der preistreibende Faktor in der zweiten Hälfte des Jahres 1979. Ob die Nachfrager weiterhin nahezu jeden Preis zu zahlen bereit sind, um extreme Vorsorge zu betreiben, ist schwer zu sagen. Wenn es auch nur zu kleinen politischen Erschütterungen im Nahen Osten kommt, kann die Psychologie der Nachfrager geradewegs wieder dazu führen. Wir können aber auch, ich will das nicht ausschließen, von der rein sachlichen Ausgangslage her zu einer Klimaberuhigung kommen.

### **Pöhl**

Ist es nicht auch denkbar, Herr Lantzke, daß der eine oder der andere Produzent angesichts des hohen Preisniveaus, das jetzt offensichtlich erreicht wird - fast 30 Dollar-, eher die Produktion drosseln wird? Denn bei einem so hohen Preis haben diese Länder ja ein so hohes Einkommen, daß sie gar nicht darauf angewiesen sind, mehr zu produzieren, um ihre Importe bezahlen zu können.

Das trifft zum Beispiel schon im Falle des Iran zu, der bei einer stark gedrosselten Produktion fast das gleiche Einkommen erreicht wie vor zwei oder drei Jahren. Zum allgemeinen Erstaunen hat der Iran ja

keinerlei Finanzierungsprobleme für seine Einfuhren. Erstens kauft der Iran keine Waffen mehr, und zweitens bekommt er sehr viel mehr Geld für eine geringere Menge Öl.

### **Lantzke**

Wir sind Land für Land durchgegangen. Im Iran sind wir sicher, daß es - auch ohne zusätzliche politische Störungen - eine technisch bedingte Senkung im Jahresdurchschnitt von etwa 0,5 Millionen Barrel geben wird. Dem Iran fehlt es derzeit an technischem "know-how", um beispielsweise neue Produktionsbohrungen vorzunehmen. Aus technischen Gründen gilt dies im wesentlichen auch für Venezuela, allerdings mit einer sehr viel geringeren Menge. Weiterhin wollen, aus den von Ihnen genannten Gründen, wahrscheinlich Kuwait und Abu Dhabi beziehungsweise die Emirate insgesamt eine Rücknahme betreiben. Ebenso dürfte es sich im Irak verhalten. Im Irak ist in der Vergangenheit die Möglichkeit von Produktionsdrosselungen häufig diskutiert worden. In der Praxis hat der Irak dann aber eigentlich immer so viel produziert, wie er gerade produzieren und am Markt unterbringen konnte.

Ich sagte schon, ich glaube nicht daran - trotz aller Diskussionen;- , daß sich Saudi-Arabien nach unten bewegen wird; denn die Saudis wollen nicht zu einer zusätzlichen politischen Unruhe in der Welt beitragen. Es ist bezeichnend, daß gleichzeitig mit der heutigen Preiserhöhung erstmalig auch eine Veröffentlichung über mögliche Kapazitätserhöhungen von Saudi-Arabien in den Zeitungen annonciert wurde, und zwar von einem Vertreter Saudi-Arabiens in die Öffentlichkeit lanciert, der eher dafür bekannt ist, für eine niedrige Produktion zu plädieren. Aus all diesen Gründen glaube ich nicht, daß Saudi-Arabien seine Produktion einschränken wird.

### **Burchard**

Ich wünschte mir die Worte von Herrn Lantzke in Gottes oder Allahs Ohr.

Herr Lantzke, ich teile im Prinzip Ihre Auffassung. Ich bin lediglich etwas beunruhigt hinsichtlich dessen, was sich in Saudi-Arabien möglicherweise politisch tun könnte. Diejenigen, die heute dort das Sagen haben, mögen so denken, wie Sie es charakterisiert haben. Ich bin nur etwas skeptisch, ob da nicht Kräfte am Werk sind, die in eine andere Richtung tendieren. Wenn das passieren würde und in dem Punkt dürften wir uns einig sein;- , wäre das für die Versorgung der Welt mit Mineralöl ein sehr schwerwiegendes Ereignis.

Ich darf dann an Herrn Pöhl anknüpfen, der darauf hingewiesen hat, daß die Ereignisse von 1973/74 und die von 1979 völlig unterschiedlich sind, und zwar sowohl in ihren Ursachen als auch ihren Auswirkungen. Sie betonten, wir sollten uns immer wieder klarmachen, daß wir über die gegenwärtigen Ereignisse nicht so leicht hinwegkommen, wie das 1973/74 der Fall gewesen ist. Ich möchte das unterstreichen. Das gilt auch für die Größenordnung. Die Preiserhöhungen, die 1979 stattgefunden haben, sind nominal gesehen - wenn ich Caracas einmal antizipiere etwas mehr als das Doppelte dessen, was sich 1973/74 getan hat. Die damalige Entwicklung konnte durch das Recycling und durch zusätzliche Exporte der Industrieländer aufgefangen werden. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß das auch dieses Mal so ohne weiteres möglich sein wird.

Dann noch ein Wort zu den Größenordnungen. Wenn man einmal davon ausgeht, daß die OPEC 1980 1,6 Milliarden Tonnen Öl auf den Weltmarkt bringt - den Eigenbedarf abgezogen;- , dann sind das bei 24 Dollar je Barrel etwa 290 Milliarden Dollar, die dafür aufgebracht werden müssen. Wenn ich die letzte Preissteigerung auf 27,50 Dollar nehme, dann sind das 330 Milliarden Dollar. Und das, was uns in Caracas noch bevorsteht, schätze ich auf weitere 30 bis 50 Milliarden Dollar. Dabei lasse ich unberücksichtigt, was sich auf den Spotmärkten tut, weil man das in diese Betrachtung nicht so ohne weiteres mit einbeziehen kann.

Die von dieser Entwicklung am stärksten betroffenen Länder sind natürlich die Entwicklungsländer, die das Öl für ihre eigene Entwicklung am nötigsten brauchen, so daß ich nicht nur eine Nachfragekonkurrenz zwischen den Industrieländern nach dem tendenziell knappen Öl sehe, sondern auch eine Nachfragekonkurrenz zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern. Dabei bleibt die Frage offen, ob die Entwicklungsländer überhaupt die notwendigen finanziellen Mittel haben, um diese Nachfrage ausüben zu können. Möglicherweise werden sie versuchen, das fehlende finanzielle Kräftepotential durch zusätzlichen politischen Druck zu erreichen.

### **Schneider**

Ich meine, Herr Burchard, Sie sollten hier grundsätzlich in realen Preisen argumentieren; denn sonst kommen wir auf eine falsche Ebene.

**Giersch**

Relevant sind in der Tat nur die Relationen und nicht die absoluten Größen. Die absoluten Größen höre ich gar nicht gerne. Überdies ist zu berücksichtigen, daß der reale Ölpreis vor den jüngsten Preiserhöhungen nur wenig höher lag als 1974.

**Herlt**

Sie sprechen sich für 1980 relativ optimistisch aus, Herr Lantzke. Ich möchte dazu Zweifel anmerken. Herr Pöhl deutete es schon an: Wir müssen doch davon ausgehen, daß ein Land wie Saudi-Arabien kein Interesse daran haben kann, seine Kapazität noch zu erweitern. Auch in der Prognose der Internationalen Energie-Agentur steht, daß man eher damit rechnen müsse, daß keine Kapazitätserweiterungen stattfinden werden.

Zum anderen haben Sie selbst gesagt, daß in einigen dieser Länder in der nächsten Zeit mit stärkeren politischen Erschütterungen zu rechnen ist. Wir haben ja erlebt, wie rasch es im Iran gegangen ist. Natürlich kann man solche unvorhersehbaren politischen Ereignisse nicht in eine Prognose mit einbeziehen. Aber wir sollten uns vielleicht doch, um mit den Worten von Herrn Körber zu reden, auf die hohe See der informierten Spekulation begeben und uns einmal fragen: Was kann denn eigentlich in Saudi-Arabien alles passieren? Ich bin sicher, daß uns Herr Schiller einiges darüber sagen kann, wie es dort politisch aussieht.

**Donges**

Es empfiehlt sich häufig, Wirtschaftsprognosen möglichst unter der Bedingung des politischen Status quo abzugeben. Das hat seinen guten Grund; denn wir wissen so überaus wenig über die Faktoren, die politische Entwicklungen beeinflussen. Wir kennen sie in unserem Lande kaum; wir kennen sie in anderen Ländern noch weniger.

Vor einem Jahr wußten wir noch nicht, was im Iran auf uns zukommen würde. Die politische Entwicklung in China haben wir auch nicht antizipiert, und wir tun uns heute noch schwer, sie richtig zu deuten. Ob es in Saudi-Arabien gärt oder nicht, ist ebenfalls eine Frage, auf die wir keine Antwort haben, weil es uns an Informationen mangelt. Informierte Spekulation, Herr Herlt, hilft unter solchen Umständen kaum weiter. Das könnte man den Teilnehmern an politischen Stammtischen überlassen.

**Schneider**

Das heißt aber nicht, daß nicht auch am Stammtisch die Wahrheit gesagt werden kann.

**Donges**

Natürlich nicht, doch wissen wir das erst im nachhinein. Wir brauchen uns ja nur daran zu erinnern, was im Herbst 1973 und Anfang 1974 so alles über den Zusammenbruch der Weltwirtschaft vorausgesagt wurde.

In Zusammenhang mit den Bemerkungen von Herrn Lantzke und auch von Herrn Pöhl hätte ich zunächst gern gewußt - auch wenn diese Frage in diesem Kreis verwundern mag; -, warum uns eigentlich das Öl so fasziniert. Was unterscheidet Öl, rein wirtschaftlich gesehen, von irgendeinem anderen Rohstoff? Was ist daran so anders, wenn der Ölpreis steigt? Worum es mir geht ist, daß wir Veränderungen des Ölpreises auf Veränderungen anderer Preise, oder des Preisniveaus insgesamt, beziehen; daß wir deutlich machen, ob wir von einem kontinuierlichen Anstieg des realen Ölpreises sprechen oder an abrupt einsetzende massive Preisschübe denken; und daß wir die Anpassungsfähigkeit von Investoren, Arbeitnehmern und Verbrauchern auf veränderte Preisrelationen nicht von vornherein als gering einschätzen.

In dem Zusammenhang sollten wir auch ein anderes Mißverständnis ausräumen. Es wird immer so etwas verwundert gesagt: Die Ölpreise sind jetzt gestiegen, aber eine Erleichterung auf der Angebotsseite können wir nicht erwarten. Ich halte dem entgegen: Die Preise können natürlich nur steigen, wenn die angebotene Menge reduziert wird. Damit ein Preiskartell, wie es die OPEC darstellt, funktioniert, muß es durch ein Mengenkartell abgestützt werden. Wenn wir also meinen, daß die Preise steigen werden, können wir nicht hoffen, daß die Angebotsseite davon unberührt bleibt. In diesem Falle sind wir auf irgendwelche Außenseiterangebote angewiesen - Mexiko, Norwegen, Australien oder was es da sonst noch alles gibt. Wenn das OPEC-Kartell unter Außenseiterkonkurrenz gerät, kommt der Kartellpreis unter Druck.

Nun sagt Herr Lantzke, Saudi-Arabien werde wahrscheinlich nicht zu einer Verschärfung der Angebotsituation beitragen. Herr Pöhl dagegen meint: vielleicht doch; denn die haben ja schon genug Geld. Es gibt noch ein anderes Argument als Hypothese dafür, daß Saudi-Arabien vielleicht doch seine Förderung einschränken wird. Wenn Saudi-Arabien künftig, also über das Jahr 1980 hinaus, der moderierende Faktor im OPEC-Kartell bleiben will, darf es sich nicht an seiner Kapazitätsgrenze bewegen. Anderenfalls kann es nicht durch die potentielle Androhung einer spürbaren Angebotsausweitung auf dem Weltmarkt die Scharfmacher im OPEC-Kartell davon abhalten, die Preise rücksichtslos hochzutreiben. Wenn es Saudi-Arabien nicht möglich ist, seine Produktionskapazitäten schnell auszuweiten, muß es die Förderung erst einmal zurückfahren, um dann wieder ab 1981 oder wann auch immer die führende Rolle im OPEC-Kartell wahrnehmen zu können.

Was den Hinweis anlangt: "Die Länder haben schon genug Geld", sollten wir zwischen den OPEC-Ländern differenzieren. Es gibt bevölkerungsreiche OPEC-Länder, die ein Interesse an hohen Devisenerlösen haben, um ihre wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Dann gibt es die Länder am Persischen Golf und Saudi-Arabien, die wegen der auch mittelfristig begrenzten Absorptionsfähigkeit der Devisenüberschüsse besonders an wertbeständigen und gut rentierlichen Anlagemöglichkeiten interessiert sind und nicht so sehr an maximalen Preisen. Diese Unterschiede machen es ja der OPEC so schwer, das Kartell funktionsfähig zu halten.

Wir können deshalb auch nicht sagen, wie nah oder wie weit entfernt das OPEC-Kartell von der Verwirklichung des Monopolpreises ist. Wenn es richtig ist, daß der Ölpreis bei uns und in den anderen Industrieländern im Zuge des letzten Konjunkturaufschwungs real nicht so stark gestiegen ist, daß er tatsächlich künftige Knappheiten richtig signalisiert, sind die Anreize zur Energieeinsparung und für die Suche nach Alternativenergien geringer als erwünscht wäre. Soll dem abgeholfen werden, müßten die Verbraucherländer von sich aus das Öl verteuern.

Das bringt uns zu einem anderen Energieträger, nämlich der Steinkohle. Der Sachverständigenrat hat in seinem jüngsten Jahresgutachten angeregt, die Steinkohleeinfuhren der Bundesrepublik zu liberalisieren. Das Bundeswirtschaftsministerium und die Ruhrkohle AG haben ablehnend reagiert. Vielleicht kann ich Herrn Grüner und Herrn Giesel ermuntern, uns die Gründe dafür zu erläutern, daß fürs erste eine Einfuhr liberalisierung nicht in Betracht gezogen werden kann. In die internationale energiepolitische Landschaft scheint mir die Beibehaltung der Protektion des deutschen Steinkohlebergbaus nicht zu passen.

### **Lantzke**

Sie fragen, Herr Donges: Was ist anders beim Öl? Ich würde antworten: die kurzfristige Preiselastizität und die Langfristigkeit der Investitionen, um Ersatzenergien herbeizuschaffen. Natürlich kann man die ganze Problematik über den Preis lösen. Aber das ist dann eben nicht die Lösung über rationelleren Energieverbrauch, sondern über ein geringeres Wirtschaftswachstum. Damit kann man den Ausgleich immer herbeiführen.

### **Schneider**

In dieser Hinsicht bestehen sicher auch noch andere Meinungen.

### **Donges**

Ich stimme Ihnen nicht zu, Herr Lantzke.

### **Caspari**

Herr Pöhl hat zu Recht gesagt, wir würden mit den 80 oder 70 Milliarden Dollar Leistungsbilanzüberschüssen der Ölländer wahrscheinlich große Recycling-Probleme bekommen, die wir nicht so leicht lösen können wie nach 1973. Wenn die traditionellen Überschußländer nicht wissen, wie sie dieses Geld zinsgünstig anlegen können, fragt es sich, ob das nicht eine zusätzliche Bremse für die Förderung ist.

### **Lantzke**

Das Argument ist generell sicher richtig. Ich meine allerdings, es wird für die saudi-arabische Politik kurzfristig nicht entscheidend sein. Denn Saudi-Arabien will kurzfristig auf keinen Fall zu zusätzlicher politischer Turbulenz beitragen. Das ist ein nicht-ökonomischer Grund. Wenn Saudi-Arabien sich



ökonomisch verhalten würde, träfe das Argument von Herrn Pöhl voll zu. Die Saudis haben aber eine andere Entscheidungspriorität.

### Schiller

Es wurde schon gesagt, daß wir uns nicht durch die absoluten Preissteigerungen in Panik versetzen lassen dürfen. Auch andere Rohstoffe sind in diesem Jahr um über 30, annähernd 40 Prozent gestiegen, und die reale Ölpreissteigerung beträgt sicher nicht 70 oder 80 Prozent, sondern beträchtlich weniger. Meine Frage an Herrn Lantzke ist, ob seine Institution, die Internationale Energie-Agentur, eine Vorstellung über die reale Ölpreissteigerung im Jahre 1979 hat.

Herr Giersch hat so nett von den Ayatollahs gesprochen; ich selbst zähle mich nur zu den freiberuflichen Mullahs und nicht zu den hauptamtlichen Ayatollahs. Ich habe als letzte Unterlage eine Untersuchung der Deutschen Bank vom August 1979 vorliegen, in der versucht wird, den realen Erdölpreis auszurechnen. Er ist, wie wir alle wissen, seit 1974 heruntergegangen. Der große Sprung geschah von 1973 auf 1974; Ende 1978 war der Preis 97 Prozent des Standes von 1975 oder 1974, wie man will, und er ist bis Mitte dieses Jahres um 17 Prozent gegenüber 1974, um 22 Prozent gegenüber 1978 angestiegen. Das ist jetzt sicher sehr viel mehr. Aber ich habe keine genaue Vorstellung, wo die reale Ölpreissteigerung des Jahres 1979 liegt - bei 25 Prozent oder wo sonst?

Zu Saudi-Arabien kann ich im Augenblick nicht so sehr viel sagen, weil ich wahrscheinlich erst im neuen Jahr dort wieder hinkomme. Sicherlich hat Saudi-Arabien innerhalb der OPEC, parlamentarisch gesprochen, seine Mehrheit verloren. Ein Produktions- und Verkaufskartell dieser Art richtet sich ja nicht nur nach dem Prinzip der Stimmgleichheit der einzelnen Ländervertreter oder der Gleichheit vor Allah, sondern vor allem auch nach dem Produktionsquantum und dem Anteil am Weltexport. Und da hatte Saudi-Arabien zusammen mit seinen unmittelbaren Nachbarn Kuwait und den arabischen Emiraten sowie dem Iran eine komfortable Mehrheit von etwa 57 bis 60 Prozent.

Die Ereignisse im Iran haben also nicht nur eine Reduktion des Ölangebots bewirkt, sondern auch zur Folge gehabt, daß der Iran sozusagen auf die andere Seite des OPEC-Parlaments übergewechselt ist. Dagegen sind die Moderaten, die immer auch auf die Konjunktur der Abnehmerländer geblickt haben, auf die Entwicklung des Produktionsvolumens in den Industrieländern, in eine Minderheit geraten. Seitdem haben wir auch dies eigenartige gespaltene Preisgebaren; es besteht keine Einigkeit mehr, weil sich anscheinend auch die radikale und aggressive Mehrheit nicht immer durchsetzt. Das macht die Sache etwas unberechenbar.

Ich würde trotz allem annehmen: Wenn sich das Regime hält, das in Saudi-Arabien herrscht - ein altes, konservatives, im Lande verwurzelt Regime einer Theokratie;- , dann wird man sicherlich nicht eine zu restriktive Produktionspolitik treiben.

Die einzigen internen Unterlagen, die ich einmal von Yamani bekommen habe, besagen, daß man Jahr für Jahr eine Erhöhung der eigenen Produktion um 440 000 Barrel vorsah. Hier steht dann das Jahr 1982 mit 11 Millionen an. An diesen Trend wird man sich vielleicht zu halten versuchen. Dabei ist immer noch der Ausfall des Iran zu decken.

Aber es ist natürlich auch eine ganz andere Entwicklung denkbar. In Saudi-Arabien steht eine gewaltige politische Kraft ante portas, und niemand weiß, wieweit diese Kraft auf radikale Randgruppen dort stärker einwirkt. Das Land hat jetzt sicher Sorgen, soweit ich das feststellen kann. Es fühlt sich ein wenig alleingelassen, auch weltpolitisch. Sein Vertrauen in Amerika und in den Westen ist nicht mehr so stark; allerdings sind einige europäische Länder im Kurs gestiegen. Kurz und gut, Saudi-Arabien ist in einer schwierigen politischen Situation.

Fest steht jedenfalls: Wenn Saudi-Arabien durch politische Turbulenzen ausfallen sollte, dann sind die 40 Prozent des Weltangebots, die im wesentlichen zu Saudi-Arabien gehören, von uns aus nicht zu kompensieren. Ich habe neulich als ein Nicht-Ölexperte in London an einem internen Öl-Meeting teilnehmen können und bei dieser Gelegenheit die Frage gestellt: Was geschieht, wenn Saudi-Arabien ausfallen sollte? Darauf bekam ich die glatte Antwort: "Für den Ausfall Saudi-Arabiens haben wir kein Szenario." Nun, ich rechne auch nicht damit.

Was können wir aber zur Stabilisierung der ökonomischen und politischen Lage im Nahen Osten, in Sonderheit in den moderaten arabischen Erdölländern tun? Wir können eine ganze Menge tun - außenpolitisch, indem wir einen Friedensschluß im Nahen Osten fördern, aber auch wirtschaftspolitisch. Ich erwähne nur zwei Dinge.

Das eine hat Herr Giersch schon angedeutet; das haben wir auch an anderer Stelle diskutiert, und es hat zu meiner Freude ebenfalls im Sachverständigen Gutachten einen Niederschlag gefunden. Wir

müssen den Überschußländern wertbeständige Investmentmöglichkeiten im größeren Umfange bieten, damit sich die Regierungen gegenüber den Aggressiven in ihren Ländern behaupten können. Manche in Saudi-Arabien sagen: „Es ist viel besser, mehr Öl im Boden zu behalten; denn das ist in Anbetracht der Weltinflation die sicherste Anlage für uns.“ Das ist vor allem ein Argument derjenigen in Rijad, die den Kurs von Fahad, Yamani und anderen nicht voll unterstützen. Dagegen müssen die Moderaten etwas in die Hand bekommen. Das ist keine Idee von mir, aber sie ist inzwischen zu einer Art Lieblingskind von mir geworden.

Das zweite ist: Die USA sollten - Herr Pöhl kennt das Argument aus einer anderen Debatte - eine volle, langfristige Anleihe herausgeben, die nicht nur von Bundesdeutschen finanziert werden kann, sondern auch von Leuten, die Saudi-Riyals in den Händen haben. Es geht also um eine Anleihe in konvertibler Währung. Bei einer solchen Anleihe in Fremdwährung würden die USA die Bedienung dieser Anleihe wertbeständig garantieren, also das Kursrisiko übernehmen müssen.

Beides scheinen mir schnell einzuleitende Maßnahmen zu sein, um alles zu tun, damit die ökonomische und politische Lage im Nahen Osten stabilisiert wird.

### **Dingwort-Nusseck**

Das Mißverständnis, was das Ausmaß der realen Ölpreiserhöhungen 1973 im Vergleich zu 1979 angeht, ist in der Bundesrepublik weit verbreitet. Hängt dieses Mißverständnis nicht auch damit zusammen, daß die Verbraucherpreise für Mineralölprodukte 1979 in der Bundesrepublik sehr viel stärker reagiert haben als 1974? Damals bestand ein Käufermarkt mit einem erheblichen Preisdruck, während sich dieses Mal die Anbieter in einer günstigeren Marktsituation befinden. Würden Sie das bestätigen, Herr Burchard?

### **Burchard**

Die reale Preissteigerung des Rohöls Ende 1979 gegenüber 1974 habe ich nicht zur Hand. Sie dürfte jedoch zwischen 30 und 40 Prozent liegen. Dabei habe ich die in der Zwischenzeit eingetretenen nominalen Preissteigerungen einerseits sowie die Inflationsrate der letzten Jahre und die Abschwächung des Dollars andererseits im Sinn. Wenn man beides berücksichtigt, müßte man etwa auf den genannten Prozentsatz kommen.

### **Lantzke**

Jetziger Preis?

### **Burchard**

Ja.

### **Lantzke**

Wenn ich den gewogenen Jahresdurchschnitt nehme, komme ich auf niedrigere Werte.

### **Burchard**

Im Jahre 1974/75 trat nach der Rohölpreiserhöhung erstens sehr bald die Dollarschwäche ein und damit wieder ein Absinken des tatsächlichen Rohölpreises; zweitens lagen Mineralölprodukte auf dem Weltmarkt - wir sind stark produktimportabhängig, insbesondere beim Heizöl - im Preis niedrig und bildeten auf diese Weise ein Preisregulativ nach unten. Das geht heute genau in die andere Richtung, nicht nach unten, sondern in erheblichem Ausmaß nach oben, seit Anfang des Jahres um mehr als 100 Prozent. So liegt der Abgabepreis innerdeutscher Raffinerien heute sehr viel niedriger als der Preis auf den Weltmärkten. Das ist die Begründung.

### **Lantzke**

Was ist 1979 gegenüber 1978 an realen Preiserhöhungen passiert? Welche Vorgabe haben wir heute schon für 1980? Ich will einen ganz groben Überschlag geben. Der Durchschnittspreis 1978 dürfte etwa bei 13,50 Dollar gelegen haben; den gewogenen Durchschnittspreis 1979 nehme ich mit 18 Dollar an. Für 1980 nehme ich den jetzigen Preis von 27,50 Dollar nominal über das ganze Jahr gültig. Ich komme dann für 1979 gegenüber 1978 auf eine nominale Preissteigerung von 33 Prozent, was real etwa 25 bis 30 Prozent entsprechen würde. Die Vorgabe für 1980 aber beträgt jetzt schon real 45 Prozent, nominal 53 Prozent.

**Gutowski**

Ich weiß nicht, ob wir hier in der Eile ganz richtig gerechnet haben. Zu der jetzigen Ölpreissteigerung von ungefähr 10 Prozent müssen noch einmal etwa 10 Prozent hinzugerechnet werden, weil die anderen Länder nachziehen werden. Die Zunahme der jährlichen Ausgaben der Industrieländer für Ölimporte nach diesem Preisstand gegenüber dem von 1978 beläuft sich dann nominal auf rund 130 Milliarden Dollar. Auf das Sozialprodukt der OECD-Länder bezogen sind das etwa 2 Prozent. Damit kommen wir schon nahe an die Wirkung der ersten Ölpreis-Explosion heran. Ich meine deshalb, daß die jetzige Erhöhung - auch im Vergleich zu damals - ganz erheblich ist.

Ein zweiter Punkt betrifft die bereits angesprochenen Fragen der Verzinsung und der Wertsicherung der Ölgelder. Wie sich die Zinsen entwickeln werden, ist schwer zu prognostizieren. Sofern alle richtig reagieren - unter Einfluß der sozialen Gruppen;-, wird Kapital knapp sein, weil dann ein hoher Bedarf an Investitionen zur Substitution von Öl und zur Energieeinsparung besteht. Der Zins würde also eher nach oben gehen. Möglicherweise wird dies jedoch durch eine falsche Politik verhindert, die zu Unterbeschäftigung führt. Dann kann der Zinssatz relativ niedrig sein.

Ich teile die Ansicht von Herrn Schiller, daß es für die Ölländer äußerst wichtig ist, eine gewisse Wertsicherung für ihre Geldanlagen zu erhalten. Sie haben immerhin die für sie günstige Alternative, das Öl im Boden zu lassen. Was sie augenblicklich zusätzlich an Einnahmen haben, werden sie so rasch nicht vollständig ausgeben. Es kommt also darauf an, welchen Zinssatz die Ölländer für die Anlage ihrer Gelder erwirtschaften. Dies hängt vom Erfolg des Recycling ab. Wenn die Ölländer keine zureichende Verzinsung bekommen, werden sie mehr Öl im Boden lassen. Ob sie einen ausreichenden Zins erhalten, hängt davon ab, wie wir uns verhalten. Der Zins müßte eigentlich hoch sein, wenn wir auf die Ölpreissteigerungen mit Investitionen reagieren; mehr Investitionen sind jedoch nur zu erwarten, wenn Wirtschaftspolitik und Lohnpolitik zulassen, daß ausreichende Gewinnchancen bestehen.

Noch ein Wort zur Prognose für 1980. Es hat mich überrascht, Herr Giersch, daß Sie sagen, in der Kieler Prognose seien die jetzigen Ölpreiserhöhungen bereits endogen enthalten. Herr Schuster hat vorhin die Bedingungen zitiert, die für die Gemeinschaftsprognose der Institute gesetzt wurden. Ich dachte, diese Bedingungen galten auch für das Kieler Minderheitsvotum. Obwohl ich nicht sagen will, daß durch die jüngsten und die noch zu erwartenden Ölpreiserhöhungen die Prognosen obsolet geworden sind, hat die Wahrscheinlichkeit zugenommen, daß das von der Mehrheit geschätzte Wachstum nach unten revidiert werden muß. Wenn Sie sagen, daß die von vornherein pessimistischere Prognose des Kieler Instituts die jüngsten Ereignisse schon implizit berücksichtigt hat, dann hätte Kiel allerdings eine vorzügliche Prognose gemacht.

**Giersch**

Die Schaubilder und Schätzgleichungen, die den Konjunkturrückgang 1974/75 nachträglich so gut vorhersagen und erklären, enthalten alle Preisbewegungen dieser Zeit und damit auch die Wirkungen der damaligen Ölpreiserhöhungen. Wenn die Ölpreiserhöhungen als zyklisch angesehen werden, werden sich die Ölpreise 1980 auch nur so entwickeln, wie Konjunkturlage und Inflationsfurcht es gestatten, beziehungsweise es bewirken, unabhängig davon, welche Zahlen für den Ölpreis jetzt angekündigt oder befürchtet werden. Auch die Ölanbieter sind im Ergebnis den Marktgesetzen unterworfen.

**Schneider**

Damit haben Sie aber noch keine explizite Annahme über die Höhe des Ölpreises gemacht.

**Giersch**

Was nicht exogen ist, braucht nicht explizit exogen eingeführt zu werden.

**Gutowski**

Bei der Mehrheit der Institute waren diese Preiserhöhungen jedenfalls nicht endogenisiert. Deshalb werden die 2,5 bis 3 Prozent Wachstum nach den jüngsten Ereignissen und auch nach den Ankündigungen für die Lohnpolitik vorsichtiger zu bewerten sein.

**Brunet**

Offenbar haben die erdölproduzierenden Länder, vielleicht mit Ausnahme Saudi-Arabiens, vor einigen Monaten bemerkt, daß sie um so mehr Geld bekommen, je mehr sie die Produktion drosseln. Das ist

eine sehr wichtige Erkenntnis. Es lohnt sich deshalb nicht mehr, einen Unterschied zwischen bevölkerungsarmen und bevölkerungsreichen Ländern zu machen. Sämtliche erdölproduzierenden Länder haben endlich diese Spielregel verstanden. Das wird so lange andauern, wie der Dollar schwach ist oder bis sie eine andere Währung für ihr Öl erhalten.

Daß die Produktion der Ölländer im Jahr 1979 das absolute Maximum erreicht hat, scheint leider eine Tatsache zu sein, der wir uns anpassen müssen. Die Schlußfolgerungen, die man daraus ziehen kann, sind nicht besonders optimistisch, aber man muß realistisch sein. Die Ölproduktion wird jedenfalls nicht mehr steigen.

### **Burchard**

Wir sprechen immer nur von Ölpreiserhöhungen. Wir sollten in unsere weiteren Betrachtungen einbeziehen, daß auf den Weltmärkten auch die Preise für andere Energieträger wie Erdgas, Kohle und so weiter steigen werden.

### **Giesel**

Während wir hier über Energie diskutieren und Herr Giersch seinen Optimismus in die Marktkräfte vorgetragen hat, ist an diesem Tisch etwas geschehen, an dem viele von Ihnen selbst mitgewirkt haben. Da es uns zu warm wurde, haben einige von uns die Jacketts ausgezogen. Das ist gegenwärtig immer noch die klassische Verbraucherreaktion. Dann wurde die Klimaanlage angestellt, mit der Konsequenz, daß die Wärme sehr schnell nach draußen transportiert wird. Mit anderen Worten: Für das Energiesparen wird offenkundig noch nichts getan.

Wenn Sie also sagen, Herr Giersch, mittelfristig seien Sie optimistisch, so kann ich diesen Optimismus nicht so ohne weiteres teilen. Herr Schiller gab zu bedenken, die Preise könnten vielleicht immer noch zu niedrig sein. Das Verhalten in unserer Runde ist möglicherweise ein Indikator dafür.

Herr Giersch stellte dann die These auf, daß wir alle vier bis fünf Jahre mit neuen Preissprüngen auf dem Ölmarkt rechnen müssen, vor allem dann, wenn wir uns in einer Phase der Hochkonjunktur befinden. Wenn dem so ist - und nach den in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen spricht einiges dafür;- , dann müssen wir im Sinne der Vorsorge eine Doppelstrategie verfolgen. Wir müssen einerseits, wie wir es bisher bereits getan haben, Krisenvorräte anlegen, die eine strukturelle Komponente darstellen. Andererseits müssen wir verstärkt dazu übergehen, Energievorräte zu halten, die wir konjunkturell einsetzen können, um einen neuen Wirtschaftsboom unter Umständen aus konjunkturellen Öl- und anderen Energievorräten abzufedern, damit die erratischen Preissprünge vermieden werden.

Herr Lantzke sagt, wir gingen in diesen Winter mit den höchsten Ölvorräten, die wir in der Nachkriegsgeschichte jemals hatten. Darin liegt sicher etwas Tröstliches. Wir haben diese Ölvorräte vermutlich konjunkturell und preismäßig zum falschen Zeitpunkt, aus Gründen der Krisenvorsorge wahrscheinlich zum richtigen Zeitpunkt aufgebaut. Herr Lantzke wies dann darauf hin - und das könnte bereits ein Warnsignal für die Energiewirtschaft und die Energiepolitik bedeuten;- , er halte es für möglich, daß Anfang der 80er Jahre wieder eine leichte Vorratsentnahme stattfinden könnte. Ein solches Verhalten würde unter Umständen dazu führen, daß im Falle einer wirtschaftlichen Rezession, die dann auch eine schwache Energienachfrage zur Folge hätte, die Energiepreise zumindest real tendenziell wieder sinken könnten, wie wir es in der Phase 1975/76 erlebt haben. Aus kurzfristiger Verbrauchersicht wäre dies natürlich erwünscht. Die negative Konsequenz könnte aber sein, daß dann die energiepolitischen Anstrengungen, zu denen sich die ganze westliche Welt jetzt nachhaltig bereit erklärt hat und die einiges an Standfestigkeit verlangen, wieder ins Wanken kommen, wie das ja bereits einmal der Fall war.

Jetzt noch einige Bemerkungen zur weiteren Entwicklung. Herr Giersch und andere haben darauf hingewiesen, daß nicht die absoluten Beträge, sondern die Preisrelationen entscheidend sind. Hier hat sich durch die Ölpreissprünge des Jahres 1979 schon einiges verschoben. Um für die deutsche Steinkohle zu sprechen: Während vor einem Jahr der Preisabstand gegenüber unserem Hauptkonkurrenten, dem Schweröl, noch etwa 40 D-Mark zuungunsten der Kohle betrug, registrieren wir heute eine erhebliche positive Preisdifferenz. Das sind Preisrelationen in der Größenordnung von 20-25 Prozent, wohlgernekt zur deutschen Kohle, nicht zur Import-Kohle.

Diese Preisrelation müßte eigentlich ausreichen, um marktwirtschaftliche Kräfte auszulösen, die eine Umstellung vom Öl auf Kohle bewirken. Und wenn wir den Markt richtig sehen, bemerken wir in der Tat solche Tendenzen. Dabei stellt sich jedoch ein großes Problem: Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten die Verbrennungskapazitäten weitgehend von Kohle auf Öl umgestellt. Mit anderen

Worten: Wir haben nicht mehr genügend Kohlekessel installiert, so daß ein schneller Umstellungsprozeß nicht durchführbar ist, auch wenn die Preisrelationen zur Zeit für die Kohle sprechen. Das ist ein ernstes Handicap, das nicht nur die deutsche Kohle, sondern auch die Importkohle betrifft. Denn von der Erhöhung des Importkohle-Kontingents um 1,1 Millionen Tonnen findet gegenwärtig nur ein sehr schwacher Abruf statt. Das hat etwas mit den fehlenden Verbrauchskapazitäten zu tun.

Das würde aber immer noch einen gewissen Optimismus im Sinne der mittel- und längerfristigen Entwicklung rechtfertigen. Kurzfristig wird es allerdings nicht möglich sein, eine schnelle und wesentliche Entlastung der Ölversorgung herbeizuführen.

### **Oppenheimer**

Ich möchte einige Worte aus englischer Sicht sagen. Zunächst zur britischen Situation. Herr Pöhl meinte, Großbritannien werde als erheblicher Ölproduzent von der Ölpreiserhöhung kaum betroffen. Das stimmt und stimmt auch wieder nicht. Sicher, die Terms-of-trade-Effekte gehen an uns vorbei, weil wir ungefähr soviel Öl exportieren wie wir importieren. Die inflatorischen Einflüsse bleiben jedoch bestehen, es sei denn, wir würden die Politik betreiben, bei uns den Ölpreis künstlich niedrig zu halten. Das wird aber nicht beabsichtigt. Unabhängig von unserer günstigeren Situation beim Öl, werden natürlich auch wir es zu spüren bekommen, wenn in der Weltwirtschaft durch die Ölpreiserhöhung eine allgemeine Konjunkturschwäche entsteht.

Außerdem aber sind wir eifrig dabei, uns unsere eigenen Probleme zu schaffen oder zu verschärfen. Unsere Regierung ist, was den Konjunkturausblick angeht, sehr schlecht dran; und zwar ist sie zum Teil selber daran schuld, weil sie auf eigentümliche Art beweisen will, wie erfolgreich ihre Geldpolitik ist und wie konsequent sie die Inflation bändigen wird. So hat sie zunächst einmal die Lohn-Preis-Spirale ordentlich angekurbelt, um zu zeigen, wie tüchtig sie ist, wenn sie sie dann wieder herunterzukurbeln vermag! Unsere Situation ist also tatsächlich in keiner Weise besser als die Situation in anderen Ländern, eher im Gegenteil.

Wie soll man nun mit den höheren Ölpreisen fertig werden, und wie steht es mit der Frage: Protektionismus und Rationierung contra Preiserhöhung? Herr Giersch sprach vom Gespenst des Protektionismus; andere äußerten sich ähnlich. Ich möchte nicht mißverstanden werden: Ich habe durchaus nichts gegen den Preismechanismus. Gerade auf dem Energiesektor gibt es nämlich sehr interessante historische Beispiele.

Ich darf Sie daran erinnern, daß die ganze industrielle Welt während der 50er und 60er Jahre mehr und mehr von Kohle auf Öl umgestellt hat. Warum? Gewiß nicht, weil an Kohle in der Welt Knappheit bestand. Es war vielmehr ein reiner Preiseffekt, weil das Öl langfristig immer billiger wurde im Vergleich zur Kohle. Das war ein typischer "pricerresponse". Wenn es jetzt gelingen könnte, diese Entwicklung über mehrere Jahre in die entgegengesetzte Richtung zu lenken, bin ich sicher, daß wir nicht nur von der Kohle, sondern auch von anderen Substituierungsmöglichkeiten Gebrauch machen könnten, um das ganze Problem auf diese Weise zu lösen.

Wir leben jedoch in politisch und wirtschaftlich unruhigen Zeiten und müssen auch an kurzfristige Maßnahmen denken. Deshalb bin ich der Meinung, daß man die Frage "Preismechanismus oder Protektionismus" nicht so dogmatisch angehen sollte. Hier geht es nicht notwendigerweise um ein "Entweder-Oder".

Erstens dürfen wir nicht vergessen, daß die historischen Voraussetzungen und die Denkweisen in Deutschland und in England - um nur diese beiden Beispiele zu nehmen - in mancher Beziehung sehr verschieden sind. Wenn man in Deutschland von Rationierung und Staatskontrollen spricht, denkt man sofort an das Dritte Reich. Da spielt gewissermaßen die Befürchtung mit: Was mit Schachtschen Devisenkontrollen beginnt, wird mit der Errichtung von Gaskammern enden. In England dagegen haben wir in Erinnerung, daß wir im Ersten Weltkrieg, als es zunächst sehr wenige Kontrollen gab und man weitgehend versuchte, die Kriegswirtschaft marktwirtschaftlich durchzuführen, viel schwerer mit den Problemen fertig geworden sind, als im Zweiten Weltkrieg, wo die Regierung ziemlich rasch Kontrollen und Rationierung einführte. Deshalb stehen wir der Vorstellung von Staatseingriffen und Rationierung viel positiver gegenüber als in Deutschland.

Zweitens muß man sich bewußt sein, daß es in der heutigen Welt bereits sehr viel Protektionismus, Staatsregulierung und Eingriffe in das Preisgefüge gibt. Auch der Ölpreis ist kein echter Marktpreis. Ein Monopolpreis, der von den Produktionsländern hinauf- und heruntergeschraubt wird meist hinauf;- ist ja kein Marktpreis im eigentlichen Sinne.

**Schneider**

Das müßten Sie begründen. Marktpreis deckt sich ja nicht unbedingt mit Konkurrenzpreis.

**Oppenheimer**

Der Ölpreis ist ein weitgehend politisch bestimmter Preis, der mit einem Einkommensverteilungsstreit zusammenhängt. Darin ist gewissermaßen schon ein starkes Element des Protektionismus beziehungsweise der Besteuerung enthalten. Wenn man sich in einem Streit über Einkommensverteilung befindet, sozusagen in einem Ölkrieg, dann sollte man an die Dinge offen herangehen. Vielleicht könnten quantitative Beschränkungen des Ölverbrauches hier eine Rolle spielen.

Ein weiterer Punkt. Unsere eigenen Regierungen regulieren ohnehin den Ölpreis durch Steuern. In vielen Ländern ist in den letzten Jahren der reale Preis bei Benzin viel weniger gestiegen als der reale Preis bei anderen Ölprodukten wie bei Öl für die Industrie und Heizöl für die Privathaushalte. Der Grund dürfte darin liegen, daß es politisch schwieriger und delikater für die Regierungen ist, gerade den Benzinpreis heraufzusetzen. Das gilt vor allem für die Vereinigten Staaten, wo Beschränkungen des Benzinverbrauches größtenteils durch Rationierungseffekte erzeugt worden sind und nicht nur durch Preisveränderungen. Das gilt teilweise auch für den Heizölverbrauch, indem angeordnet wurde, daß in Regierungs- und anderen öffentlichen Gebäuden die Temperaturen herabgesetzt werden. Das ist ein einfaches Beispiel dafür, daß Regulierungen und quantitative Beschränkungen sich positiv auswirken können.

Lassen Sie mich noch einen anderen Bereich nennen. In Zukunft dürften die Handelsbeziehungen sowohl zu Osteuropa als auch zur Dritten Welt eine größere Rolle für uns spielen. Einerseits sind die Wachstumsraten dieser Länder in den 70er Jahren erheblich höher geblieben - und sie werden vermutlich auch weiterhin höher bleiben - als die Wachstumsraten bei uns. Damit werden diese Länder eine größere Rolle in der Weltwirtschaft im ganzen spielen. Andererseits machen diese Länder große Schulden im Westen, und diese Schulden müssen irgendwie getilgt werden. Das bedeutet früher oder später höhere Exportverkäufe dieser Länder. Vermutlich wird also der Handel nicht nur mit Entwicklungsländern, sondern auch zwischen West- und Osteuropa in den nächsten 10 bis 20 Jahren eine etwas größere Rolle spielen als in den vergangenen Jahren. Dies ist nun aber de facto kein Markthandel, sondern er gehört, jedenfalls zum großen Teil, in den Umkreis protektionistischer Regulierungen.

Die wirtschaftliche Situation in Osteuropa ist in den 70er Jahren zum Teil dadurch stabilisiert worden, daß diese Volkswirtschaften gegen Preiseffekte weitgehend abgesichert sind. Selbstverständlich gibt es Verknappungen und, wie gesagt, Verschuldung gegenüber dem Westen. Aber diese Länder haben die Ölkrise, überhaupt die Weltwirtschaftskrise, viel besser überwunden als wir in Westeuropa. Ich plädiere deshalb für eine offene Haltung gegenüber der Frage: Preismechanismus oder Rationierung. Ich bin nämlich der Meinung, daß wir, je länger die Ölkrise andauert, immer mehr zu dem Schluß kommen werden, daß für beides Platz ist, weil das Problem anders nicht zu meistern sein wird.

**Schuster**

Nur eine Bemerkung zum Thema "Protektionismus". Der Begriff hat ja auch im Referat von Herrn Pöhl eine Rolle gespielt. Sollten wir ihn aber soweit ausdehnen, daß schon eine Steuererhöhung, die unter Umständen ein marktwirtschaftliches Datum setzt, als Protektionismus zu bezeichnen ist? Das scheint mir nicht sinnvoll zu sein.

**Schneider**

In unserer Sprache ist das sicher nicht der Fall.

**Fjodorow**

Wie Sie wissen, komme ich aus einem anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, und ich sehe deshalb die weltwirtschaftlichen Ereignisse etwas anders an. Wenn wir das Thema vorgestern besprochen hätten, wären wir hinsichtlich Wachstumschancen der Weltwirtschaft zu anderen Ergebnissen gekommen als heute, nachdem bekannt wurde, daß eine neue Ölpreiserhöhung unmittelbar bevorsteht. Ich sehe in den Preisänderungen den Ausdruck des marktwirtschaftlichen Inhalts der Weltwirtschaft. Ich verstehe schon die Lage der Länder, deren Produktion auf Erdöl eingestellt ist. Doch die Befürchtungen, Aufrufe, Hoffnungen oder Bedrohungen können nicht helfen,

die Ölpreise stabil zu halten. Wer für Marktwirtschaft innerhalb eines Landes plädiert, der muß auch marktwirtschaftliche Prozesse außerhalb der Landesgrenzen dulden.

Wenn ich die Marktwirtschaft des Westens richtig verstehe, dann möchte ich sagen: Man sollte gegen unerwünschte Erscheinungen nicht mit Hilfe moralischer Kategorien argumentieren. Man braucht bestimmte ölexportierende Regime auch nicht finanziell zu unterstützen - die haben genug Geld.

Ich möchte eines unterstreichen: Neben Öl gibt es auch Kohle, Gas, Atomenergie, Wasserkraft; dann sollte man sich auf diese Energieträger konzentrieren. Die Ölpreise tendieren schon heute - das wird sich in Zukunft noch weiter verstärken - zu Preisen für alternative Energien.

### **Schneider**

Bevor wir uns auf die wirtschaftspolitischen Fragen konzentrieren, sollten wir noch kurze Zeit auf die Diagnoseproblematik verwenden.

### **Riese**

Sie haben in Ihrem Referat ein Bekenntnis zum Konjunkturzyklus abgelegt, Herr Giersch, was offensichtlich bedeutet, daß Sie ein solches Bekenntnis für notwendig hielten. Ich stelle die Frage: Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für eine Stabilitätspolitik und ihre theoretische Fundierung? Dabei ist mir in Ihren Ausführungen nicht ganz klargeworden: Sind Sie nun noch Gradualist oder schon Diskretionist? Oder um Ihre Metapher auf das Stabilitätsproblem zu übertragen: Sind Sie kurzfristig Diskretionist und mittel- und langfristig Gradualist?

Ich würde Ihren Beitrag so interpretieren, daß Sie verbal Gradualist und Neoklassiker und materiell Diskretionist und Keynesianer sind - und das würde Sie durchaus als exzellenten Ökonomen ausweisen. Aber es geht hier keineswegs um Bekenntnisse, sondern um entscheidende analytische Fragen.

Die Frage ist doch nicht, ob ein Konjunkturzyklus existiert, sondern ob nicht ein Konjunkturzyklus politisch produziert werden muß. In dieser Hinsicht weiche ich von einer eher neoklassisch orientierten Vorstellung ab, die tendenziell die Verantwortung für Instabilität den Politikern zuschiebt, weil die sich marktwidrig verhalten.

Warum kann ein politisch inszenierter Konjunkturzyklus notwendig werden? Gegenwärtig charakterisiert es Marktwirtschaften industrialisierten Typs - das haben schon die 60er und haben noch mehr die 70er Jahre gezeigt -, daß die Vollbeschäftigung zu steigenden Inflationsraten tendiert. Eine solche Tendenz kann eine Indexierung der Faktorkosten, insbesondere der Löhne, nur verstärken, weil sie bedeutet, daß von der Geldillusion kein dämpfender Effekt mehr auf die Inflationsraten ausgeht.

Steigende Inflationsraten aber müssen irgendwann einmal gebrochen werden. In einer Phase der Vollbeschäftigung kann das nur über eine Drosselung der Nachfrage geschehen. Die Nachfrage muß deshalb gedrosselt werden, weil nur über eine Brechung der Profite der Aufschaukelungsprozeß von Preisen und Löhnen gebremst werden kann. Denn in einer Phase steigender Inflationsraten ermöglicht nicht der Marktprozeß und vor allem auch keine Stillhaltepolitik der Gewerkschaften eine Umkehr. Eine Stillhaltepolitik der Gewerkschaften würde nur die Diskrepanz von Effektiv- und Tariflohn vergrößern.

Ich verstehe nun nicht, wieso man der Lohnpolitik vor allem in einer Phase der Übernachfrage nach Arbeit, also in der Vollbeschäftigungsphase, immer unterstellt, auf dem Arbeitsmarkt den Marktprozeß außer Kraft setzen zu können. Ohne eine Brechung der Profite ist es unmöglich, die Inflationsraten zum Sinken zu bringen. Mit anderen Worten bedeutet das, daß Arbeitslosigkeit zu schaffen ist. Es ist ein Fehler der meisten wirtschaftspolitischen Diagnosen, zu sehr den umgekehrten Mechanismus der Anhebung der Profite als Voraussetzung für eine Investitionstätigkeit zu betonen. Ich will diesen Zusammenhang keineswegs leugnen; der umgekehrte Zusammenhang tritt dabei jedoch allzusehr in den Hintergrund. Es besteht eben auch eine Profitabhängigkeit von der Nachfrage, vor allem von den Investitionen.

So betrachtet ist es eben die Frage, ob der politisch produzierte Konjunkturzyklus heute nicht darauf angewiesen ist, Arbeitslosigkeit zu kreieren. Wir können das auf die Situation der Bundesrepublik übertragen und sagen: Es ist ein Gnadengeschenk für die sozial-liberale Bundesregierung gewesen, daß 1973 der weltwirtschaftliche Einbruch stattfand, da er sie der Notwendigkeit entthob, Arbeitslosigkeit zu kreieren.

Aus diesen Gründen halte ich es für notwendig, eine moderne Theorie der industriellen Reservearmee zu entwickeln. Im Gegensatz zum 19. Jahrhundert mit seiner Goldwährung ist heute Arbeitslosigkeit nicht mehr notwendig, um die Profite zu sichern und neue Investitionsanreize zu schaffen, sondern sie wird notwendig, um den Inflationsprozeß zu stoppen oder erst gar nicht wieder in Gang zu setzen. Das ist das genuine Problem moderner Marktwirtschaften. Von daher wären die Grenzen einer Theorie der Stabilitätspolitik zu formulieren, die nicht mehr das Problem des "trade-off" von Arbeitslosigkeit und Preisstabilität wohlfahrtsökonomisch zu lösen hat, sondern darauf angewiesen ist, dem Prinzip der Preisstabilität den Vorrang vor dem Prinzip der Vollbeschäftigung zu geben.

### **Pöhl**

Wie ist Ihre These damit zu vereinbaren, daß in den Ländern mit der höchsten Arbeitslosigkeit gleichzeitig auch die höchste Inflation herrscht? Beispiel England.

### **Riese**

Die These ist damit insofern zu vereinbaren, als man in diesen Ländern zu spät anfängt, die Inflation zu bekämpfen. Dann ist man natürlich um so krasser dazu gezwungen, Arbeitslosigkeit zu schaffen. Das einzige Gegenbeispiel stellt vielleicht Österreich dar, wo man versucht, Budgetdefizite oder gar Vollbeschäftigungspolitik über das Ausland zu finanzieren. Die Frage ist nur, ob das eine langfristige Strategie sein kann.

### **Androsch**

Ich halte Ihre These, was Österreich angeht, nicht für zutreffend. Erstens hält der Prozeß bei uns schon einige Jahre an, und zweitens dürfte unser Problem gegenwärtig der Kapitalexpert aus Zinsarbitrierungsgründen sein.

### **Riese**

Noch eine Frage an Herrn Giersch hinsichtlich einer diskretionären Politik: Verhindert die Diagnose eines Konjunkturzyklus nicht überhaupt eine graduelle Politik?

### **Giersch**

Ich halte die Frage, welche Etiketten ich mir selber anheften würde, insofern für überflüssig, als ich von diskretionär und gradualistisch nicht als Gegensatz gesprochen habe, sondern gradualistisch nur im Unterschied zu einer gewollten Rezession gemeint habe - im Vergleich zu dem, was 1966 von einem Bundeswirtschaftsminister einmal so genannt wurde. Lassen Sie es mich so formulieren: Wir leben mit diesem Zyklus. Ich habe auch den Eindruck, daß man ihn gar nicht beseitigen will.

### **Roth**

Wer ist dieses "man"?

### **Giersch**

Die veröffentlichte Meinung, so wie ich sie in der Zeitung lese.

Etwa im Jahre 1978, als wir noch nicht die gegenwärtige Kapazitätsauslastung erreicht hatten, hieß es, der Aufschwung sei da, er habe nur noch keinen Schwung, und man wollte gleichsam den Schwung nachholen als Ausgleich für die Rezession, die es vorher gegeben hatte.

In dieser Hochkonjunktur bilden sich dann die Disproportionalitäten heraus, von denen ich gesprochen habe: Verknappungserscheinungen bei den gelernten Arbeitskräften, bei Rohstoffen einschließlich Öl und dergleichen mehr. Es sind temporäre Disproportionalitäten, die dazu führen, daß man das bisherige Tempo nicht durchhalten kann. Das geringere Tempo bedeutet dann, daß die Kapazitätsauslastung wieder schrumpft.

Ich selbst habe auch gemeint, es müßte für das, was 1974/75 passiert ist, einen Ausgleich in Form einer Hochkonjunktur geben. Aber diese Hochkonjunktur läßt sich wegen der Disproportionalitäten kaum durchhalten.

### **Schuster**



Wollen Sie auf eine Diagnose des Konjunkturzyklus überhaupt verzichten, Herr Riese, oder schlagen Sie eine andere, eine bessere, der Politik dienlichere Methode vor?

### **Riese**

Meine These läßt sich kurz zusammenfassen. Die Wirtschaftspolitik steht vor dem Dilemma, gegen einen Konjunkturzyklus angehen zu müssen, den sie letztlich doch wieder produzieren muß. Diese Position steht natürlich konträr zu jener Auffassung, die wir alle in den 50er und 60er Jahren vertreten haben, nämlich eine Politik der Verstetigung des Wirtschaftsablaufes. Ich vertrete letztlich die These, daß eine Politik der Verstetigung nicht möglich ist.

Aus diesem Grunde meine ich, daß der Wissenschaftler heute aufgerufen ist, den Politiker nicht mehr zu kritisieren, weil er diese Verstetigung verhindert, sondern ihm zu sagen, wo die Grenzen einer Verstetigungsstrategie liegen. Das impliziert keinen Absens von Wirtschaftspolitik im Sinne eines Bekenntnisses zum Marktprozeß. Vielmehr werden die Grenzen jeder Wirtschaftspolitik markiert.

### **Schuster**

Meine Frage zielte nicht auf die Politik, sondern auf die Diagnose. Glauben Sie, daß die Politik auf eine Diagnose verzichten kann?

### **Riese**

Nein, sie kann nicht auf eine Diagnose verzichten. Was aber meines Erachtens die Wirtschaftsberatung nicht genügend beachtet, ist der Umstand, daß Vollbeschäftigung mit einem Prozeß steigender Inflationsraten gekoppelt ist. Das zwingt die Wirtschaftspolitik zu Intervention.

Wir haben alle - auch das ist ein Ergebnis keynesianischer Politik - immer nur auf die Wohlfahrtswirkungen von Inflation geachtet und dabei gefragt: Sind die Wohlfahrtswirkungen eines Inflationsprozesses positiv oder negativ? Meine These ist, daß hier nicht das entscheidende Problem liegt. Wir sehen ja in vielen Ländern: Steigende Inflationsraten führen zu einer sukzessiven Erosion des Geldsystems und mit einer Vollbeschäftigungspolitik wird zwangsläufig eine solche Entwicklung provoziert.

### **Gutowski**

Sie meinen also, Herr Riese, um es auf eine kurze Formel zu bringen: Die Philipps-Kurve, also der Zusammenhang von Beschäftigung und Inflation, beruht auf Geldillusionen. Nach einiger Zeit ist die Geldillusion verschwunden, und die Philipps-Kurve wird selbst eine Illusion. Bei der Folgerung daraus scheiden sich die Geister: Die einen halten die sozialen Gruppen für lernfähig, so daß sie das Lohnniveau auf Vollbeschäftigung einstellen. Sie dagegen sagen: Wenn man Inflation vermeiden will, muß man zwangsläufig Arbeitslosigkeit erzeugen. Ist das richtig?

### **Riese**

Ja.

### **Schneider**

Darüber gäbe es eine breite Diskussion. Im Grunde könnten Sie Ihr Argument sogar monetarisch stützen, indem Sie sagen: Wenn ich von der Unterbeschäftigung herunterkommen will, ist das unter ständiger Zunahme der Inflationsraten möglich. Das meinen Sie aber sicherlich nicht.

### **Riese**

Keynes ist ja auch der bessere Monetarist gewesen.

### **Rothschild**

Wenn ich Herrn Riese richtig verstehe, gibt es so etwas wie eine politische Philipps-Kurve. Das heißt, in der Phase der Vollbeschäftigung geraten wir in das Dilemma Inflation contra Vollbeschäftigung aus politischen Gründen. Diese These würde ich auch unterschreiben.

In diesem Zusammenhang ist die Frage von Herrn Pöhl wichtig: Warum haben die Länder mit der höchsten Arbeitslosigkeit gleichzeitig eine hohe Inflation? Diese Frage stellt sich aber nur, weil manche Leute meinen, man könne mit Inflation Vollbeschäftigung kaufen. Das hat aber doch nie

jemand behauptet. Man kann sicher Inflation ohne Vollbeschäftigung haben. Man kann aber vielleicht nicht Vollbeschäftigung ohne Inflation haben. Das ist ja kein Zyklus. Vollbeschäftigung ohne Inflation auf lange Sicht dürfte schwer zu realisieren sein.

### **Pöhl**

Es gibt doch Beispiele dafür; denken Sie an die Bundesrepublik, wo das während vieler Jahre der Fall war.

### **Rothschild**

Die Frage ist, was wir dann unter Inflation verstehen. Denn vollkommene Preisstabilität herrschte auch nicht in der Bundesrepublik in all den Jahren.

Das nächste Jahr wird zweifellos ungefähr so aussehen, wie es hier dargelegt worden ist. Allerdings möchte ich zu bedenken geben: Wenn Herr Pöhl von einer Übereinstimmung der Experten spricht, dann ist das grob gesehen sicher richtig. Dabei muß man aber beachten, daß da der eine die Unterstellungen und Fehlteile vom anderen übernimmt. Wenn man das weiß, ist das Gewicht der Übereinstimmung schon geringer.

Die Prognose des Londoner National Institute of Social and Economic Research zum Beispiel, die von den OECD-Schätzungen ausgeht, nimmt eine reale Ölpreiserhöhung von 25 Prozent in diesem Jahr und 20 Prozent im nächsten Jahr an. Im Ergebnis kommt diese Prognose aber zu einer Steigerung der westeuropäischen Produktion um 1,8 Prozent, bescheiden, aber immerhin nicht unbeträchtlich verglichen mit den null Prozent, die die OECD errechnet hat. Das ist schon ein wesentlicher Unterschied, der sich auf die Bildung der Erwartungen etwa in Hinblick auf die Arbeitslosigkeit und so weiter auswirkt.

Grob gesprochen sind wir uns also einig, obwohl im Detail nicht unerhebliche Unterschiede bestehen, die dann bezüglich der einzelnen Länder noch größer sind.

Wenn wir überlegen, in welchen Zusammenhang wir die Ölfrage hineinstellen, können wir nicht nur vom "Status quo" ausgehen, Herr Donges. Dann müssen wir tatsächlich die gesamte politische Problematik sehen. Wenn wir nur von dem ausgehen, was wir wissen, was 1980 politisch geschehen wird, können wir überhaupt keine Prognose abgeben; denn wir wissen nicht, was 1980 wirklich geschehen wird. Das ist ja das gute Argument von Hayek gegen alle Prognosen. Wenn ich eine Prognose mache, muß ich mit Szenarios arbeiten, vor allem dann, wenn die Politik mit hineingenommen werden soll. Wir können auf solche Szenarios nicht verzichten. Insofern war die Frage von Herrn Herlt sehr richtig.

Nun zur Diagnose selbst. Herr Giersch hat, wie immer, eine sehr brillante, zusammenhängende Diagnose gegeben. Ich möchte nur betonen, daß bei ökonomischen Entwicklungen, in die so unerhört viele Interdependenzen und Parallelläufe hineinspielen, große Unsicherheiten unvermeidlich sind. Aber davon leben ja die Nationalökonomien.

Was die Auslastung der Arbeitskräfte angeht, so gilt diese Diagnose sicher nicht für Westeuropa im ganzen. Aber auch für die Bundesrepublik trifft sie nicht zu, Herr Giersch. Man kann doch bei 800 000 registrierten Arbeitslosen nicht behaupten, das seien nur Leute, die nicht arbeiten wollen oder nicht arbeiten können. Wo waren denn diese Menschen vor fünf oder sechs Jahren beschäftigt? Die Anforderungen an die Arbeitskräfte haben sich zweifellos erhöht. Das ist ja eine alte Erkenntnis: Je höher die Arbeitslosigkeit, desto größer die Anforderungen an die Arbeitskräfte. Aber diese Arbeitskräfte haben wir doch lange Zeit beschäftigt. Man sollte also das Problem nicht einfach wegdefinieren.

Damit sind wir bei dem Problem, das Herr Riese angesprochen hat: Preisstabilität und Arbeitslosigkeit. Herr Giersch geht in seiner ganzen Therapie stillschweigend davon aus, daß der Preisstabilität eine sehr viel höhere Priorität zukomme als der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Andernfalls müßte man sich fragen, wie weit denn die Inflationsrate gesenkt werden muß, bevor wir etwas gegen die Arbeitslosigkeit unternehmen. Anders gefragt: Bis zu welchem Punkt können wir eine Steigerung der Inflationsrate in Deutschland hinnehmen - angesichts der hohen Inflationsraten im Ausland;- , um die Arbeitslosigkeit etwas zu verringern? Diese Frage läßt sich sicher nicht einhellig beantworten, weil jeder hier andere Prioritäten hat. Aber es ist eine politische Frage. Denn wir wissen, daß die Wirtschaft in Zukunft langsamer wachsen wird und keine Aussicht besteht, die Arbeitslosigkeit kurzfristig zu beseitigen.

Schließlich noch eine mehr methodische Anmerkung: Die Diagramme und Gleichungen, die Herr Giersch uns präsentiert, kann man auf verschiedene Weise lesen. Wir sollten uns nicht zu sehr von einem engen Zusammenhang zwischen realen Ausgaben und realen Geldmengen beeindrucken lassen. Innerhalb gewisser Grenzen können diese gar nicht so sehr voneinander abweichen. Die Frage ist: Wann weichen sie voneinander ab, und wie ist das zu interpretieren? Es gibt andere ökonometrische Modelle, die mit gleicher Plausibilität andere Ursachenketten aufzeigen, die genauso hohe statistische Signifikanzen ergeben. Es ist gerade das Problem, daß wir zu viele gute ökonometrische Tips bekommen, um daraus schon eine überzeugende Theorie ableiten zu können.

### **Giersch**

Ein Wort zum Arbeitskräftepotential. Es ist schwer zu sagen, wie groß das strukturelle Element in der Arbeitslosigkeit der Bundesrepublik ist. Eine gewisse Interpretationsmöglichkeit ergibt sich aus einem Vergleich mit der Situation in den 60er Jahren. Damals waren wir in der Lage, die Arbeitslosenrate unter ein Prozent herunterzufahren. Möglich war dies wohl nur, weil wir ein extensives Wachstum hatten. Mit "extensiv" meine ich: unter Beanspruchung importierter Ressourcen - auch auf Kosten der peripheren Länder in Europa. Viele Investitionen in der Bundesrepublik, vor allem im Bereich der Industrie, sind dem künstlichen Standortvorteil zuzurechnen, den die Bundesrepublik durch die Unterbewertung der D-Mark hatte. Den Inländern gab dieses extensive Wachstum Chancen der vertikalen Mobilität, also des Aufstiegs, die sie auch wahrgenommen haben. Was an der Basis der Arbeitsplatzpyramide an Kräftebedarf entstand, wurde durch den Gastarbeiterzustrom gedeckt. Weil die Gastarbeiter mobil waren und dorthin gingen, wo sie gebraucht wurden, waren die Anforderungen an die Mobilität des inländischen Arbeitskräftepotentials geringer, als das heute der Fall ist.

Das extensive Wachstum der 60er Jahre vollzog sich im Verein mit dem Aufbau eines strukturellen Ungleichgewichts im Verhältnis zu den USA. In der Bundesrepublik entstanden zu viele Arbeitsplätze im Bereich der exportintensiven Industrie; die Bundesrepublik wurde exportlastig, die Vereinigten Staaten wurden importlastig. Dies verlangte nach einer Korrektur. Sie hat in den letzten Jahren in der Weise stattgefunden, daß in der deutschen Industrie über eine Million Arbeitsplätze abgebaut wurden, während in den USA viele neue industrielle Arbeitsplätze entstanden sind. Wegen des strukturellen Schrumpfens der Industrie wurde die Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik in den letzten Jahren wahrscheinlich vom tertiären Sektor getragen. Wir haben es also mit erheblichen strukturellen Veränderungen zu tun.

Dieser Zusammenhang macht deutlich, daß die bei uns noch vorhandene Arbeitslosigkeit nicht durch eine keynesianische Strategie der Nachfrageexpansion beseitigt werden kann, sondern nur durch Schaffung neuer Arbeitsplätze, die so rentabel sind, daß man auf ihnen - im internationalen Wettbewerb - die hohen Reallöhne "verdienen" kann, die bei uns gezahlt werden. Immerhin hat die Bundesrepublik jetzt die höchsten Reallöhne in der Welt, mit Ausnahme von Schweden, der Schweiz und vielleicht Belgien. Das Lohnniveau spielt im geschützten Binnensektor keine so große Rolle, wohl aber im internationalen Bereich.

Ob und wie stark der Binnensektor ausgeweitet werden sollte und kann, ist eine Frage, die über den Rahmen des Themas hinausgeht.

Zu den methodisch-technischen Fragen, die Herr Rothschild aufgeworfen hat, kann ich nur sagen, daß im Institut für Weltwirtschaft auch mit anderen Ansätzen gearbeitet wird. So verwenden wir auch ein ökonometrisches Modell, um die Konjunkturgeschichte zu simulieren und die Entwicklung in die Zukunft zu prognostizieren. Die Ergebnisse des Modells liefern allerdings keine Unterstützung für Prognosen, die optimistischer sind als die, die ich Ihnen vorgetragen habe.

### **Rothschild**

Herr Giersch, ich habe nicht von einer Arbeitslosenrate von 0,8 Prozent gesprochen. Die strukturelle Umstellung hat ja nicht dazu geführt, daß sich die Beschäftigung in die anderen entwickelten Länder verschoben hätte. Wir haben es doch mit einer Weltrezession zu tun. Das greift nicht, was Sie sagen. Zu erklären ist der Umstand, daß in Deutschland früher alle besser beschäftigt waren als heute.

### **Giersch**

Das führt jetzt sehr weit.

### **Rothschild**

In England sind zum Beispiel die Reallöhne gefallen.

**Giersch**

In England ist auch die Produktivität gefallen.

**Riese**

Muß man nicht aus der Analyse von Herrn Giersch die Schlußfolgerung ziehen, daß der Begriff des Arbeitskräftepotentials überhaupt keine sinnvolle Kategorie ist, an der sich die Arbeitslosigkeit messen läßt? Dieser Begriff ist nur für eine geschlossene Volkswirtschaft tauglich. Woran wollen Sie Arbeitskräftepotential überhaupt messen? Wir haben doch immer wieder die Möglichkeit, eine industrielle Reservearmee zu nutzen.

**Giersch**

Aber wir wollen ja kein Einwanderungsland mehr sein.

**Schneider**

Diese Entscheidung ist Ende 1973 gefallen, und die Bundesregierung hat daran bisher nichts geändert.

**Roth**

Ich habe vorhin gefragt, wer das „man“ sei, das diese Konstellation herbeiführt. Mich interessiert in diesem Zusammenhang seit Jahren der Unterschied zwischen Österreich und der Bundesrepublik. Ich habe den Eindruck, daß in Österreich das „man“ klarer definiert und auch wirtschaftspolitisch bewußter gewählt wird als in der Bundesrepublik, nämlich im Sinne eines breiten sozialen Konsenses, der dort zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgebern, den geldpolitischen und den staatlichen Institutionen besteht.

Sie alle wissen genau und haben sich darauf geeinigt, daß wir in einer Zeit leben, wo es mit der Philipps-Kurve, das heißt mit dem Konflikt zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit aufgrund äußerer Faktoren und innerer Verhaltensweisen, durch Möglichkeiten monopolistischer Preisbildung, durch Überziehen in der Tarifaueinandersetzung und so weiter sehr schwierig ist, einen Kompromiß zu finden. Bis hinzu den vereinigten Staaten wird diese Art der Konsensbildung mehr oder weniger abgelehnt. In der Bundesrepublik ist es noch etwas günstiger, aber in Österreich scheint diese Konsensbildung am besten gelungen. Die Schweiz befindet sich in einer Ausnahmesituation; dort reguliert man die Lage durch Herausdrängen oder Hereinnehmen von ausländischen Reservearmeen.

Was mich an dieser ganzen Diskussion beunruhigt, ist, daß die Frage, wie die politische Philipps-Kurve zu beherrschen ist, nicht stärker behandelt wird. Ich halte es jedenfalls für das zentrale Problem der Wirtschaftspolitik, wie sich ein sozialer Konsens praktizieren läßt in einer Zeit, in der man weder die Probleme nach außen abdrängen noch in ein expansives industrielles Wachstum verschieben kann.

Deshalb sehe ich es beispielsweise als verhängnisvoll an, daß wir in der Bundesrepublik die Idee der Konzertierten Aktion, die wir in den 60er Jahren mehr oder weniger erfolgreich praktiziert haben, und ihre Erweiterung auf andere Problemfelder, fallengelassen haben. Wir sind dabei, das „man“ zur falschen Zeit unter den Begriff „öffentliche Meinung“ zu fassen, Herr Giersch. Sie haben da eine sehr merkwürdige Antwort gegeben. Es käme vielmehr darauf an, das „man“ aufzugliedern und als sozialen Prozeß neben die notwendigen Marktprozesse zu stellen.

**Giersch**

Hier dürfte ein Mißverständnis zwischen uns vorliegen, Herr Roth. Wenn ich beispielsweise sage, die öffentliche Meinung war prozyklisch, dann schildere ich einen Tatbestand und nicht eine Normvorstellung. Was die Normvorstellung anlangt, so habe ich im Referat ja auf die Politik der rationalen Erwartungen Bezug genommen, die im Rahmen der Konzertierten Aktion zu Schillers Zeiten praktiziert wurde. Wenn man Herrn Schiller zu Recht als den Praktiker der Konzertierten Aktion bezeichnet, dann würde ich für mich in Anspruch nehmen, daß ich mindestens an der Wahl dieses Begriffes mitbeteiligt war.

**Schuster**

Verstehe ich Sie richtig, daß Sie das österreichische Modell deshalb so loben, weil Sie darin ein Optimum an Sozialpartnerschaft verwirklicht sehen?

**Roth**

Nein. Historische Lösungsmodelle von Konflikten sind immer nur Modelle für eine Zeit, mit mehr oder weniger Vernunft ausgestattet. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich meine, in Österreich ist - etwa ab Mitte der 70er Jahre etwas mehr an Vernunft vorhanden als bei uns. Das gilt auch für die sogenannte öffentliche Meinung.

**Dingwort-Nusseck**

Eine Bemerkung vornehmlich an Herrn Giersch. Sie gebrauchten die hübsche Formulierung: Konjunkturskepsis als Krisenprophylaxe. Wenn das bare Münze wäre, würden wir unsere Skepsis gern als Ring des Polykrates betrachten. Nur, mit Verlaub: Kurzfristig bin ich weniger pessimistisch als Sie, mittelfristig aber - wo Sie Ihren Optimismus betonten - bin ich weniger optimistisch.

Einige Argumente für die kurzfristig weniger pessimistische Beurteilung, speziell für 1980. Erstens, das klang schon an, erwarte ich eine weitere leichte reale Abwertung der DMark. Speziell im Europäischen Währungssystem wird es schwierig, Aufwertungen durchzusetzen, wenn sie angezeigt sind.

Zweitens nenne ich die Geldpolitik, die ja in ihrer Wirkung auf die konjunkturelle Entwicklung durchaus nicht so restriktiv ist, wie die Kritiker der Bundesbank es wahrhaben wollen. Das gilt sowohl im Vergleich zu der eigenen Vergangenheit als auch im Vergleich zum Ausland.

Ich habe auch relativ optimistische Erwartungen im Hinblick auf die Lohnrunde, genährt dadurch, daß man gerade im nächsten Jahr vielleicht doch gewisse Rücksichten von der einen Seite der Tarifpartner erwarten kann.

**Pöhl**

Hoffentlich.

**Dingwort-Nusseck**

Die pessimistische Erwartung über den Ausgang der Tarifrunde wurde vom Kieler Institut ja unter anderem damit begründet, daß die Preiserhöhungen durch die Umstellung des Lebenshaltungskostenindex auf das Basisjahr 1976 optisch noch höher ausfallen würden. Dies bewahrheitet sich glücklicherweise nicht; sie werden weniger schlimm aussehen. Das heißt, auch optisch ist eine gewisse Argumentationshilfe zugunsten vernünftiger Abschlüsse gegeben.

Insgesamt besteht also für das nächste Jahr die Hoffnung, daß es eine weniger starke Abschwächung geben wird als vielfach erwartet, daß die Beschäftigung als der Spätindikator der Konjunktur sogar noch um eine Nuance zunehmen wird.

Für die weitere Zukunft aber besteht die große Befürchtung, daß die positive zyklische Entwicklung durch negative strukturelle Veränderungen überlagert wird, daß der internationale Verteilungskampf, von dem auch Herr Pöhl sprach, eine Entsprechung in der Bundesrepublik finden wird.

Diese Einschätzung beruht auf folgenden Tatsachen: erstens geringeres Wirtschaftswachstum infolge der Bevölkerungsentwicklung. Zweitens steht bei uns die stärkere Umstellung auf den weniger produktivitätsträchtigen tertiären Sektor zum Teil noch bevor. Drittens: Erhebliche Teile des Sozialprodukts werden durch sogenannten immateriellen Fortschritt gebunden und sind nicht mehr verteilbar durch Ökologie-Politik, mehr Freizeit, zweckfreien Bildungsanspruch, Humanisierung der Arbeitswelt und so weiter. Viertens der Ressourcentransfer ans Ausland, zu dem wir gezwungen sein werden durch steigende Rohstoffpreise, Entwicklungshilfe, Leistungen an die EG, auch durch Einbeziehung der ärmeren Mittelmeeranrainer in die Gemeinschaft.

Dies alles scheint mir zu signalisieren, daß wir uns in den nächsten Jahren von dem Konsens, von dem Herr Roth sprach, weiter entfernen werden, daß die Verteilungskämpfe um das (geringere!) verteilbare Wachstum stark zunehmen werden - mit der großen Verführung für alle gesellschaftlichen Gruppen und auch den Staat, den kollektiven Selbstbetrug der Inflation zu wählen und zu versuchen, sich selbst einen Vorsprung vor der nächsten Inflationswelle zu verschaffen. Dann werden die großen Herausforderungen auch der Geldpolitik beginnen, die uns wesentlich mehr Sorgen machen als eine befürchtete "Minirezession".

**Giersch**

Lassen Sie mich Ihnen kurz antworten, Frau Dingwort-Nusseck. Ressourcentransfer und Strukturwandel als längerfristiges Problem - das existiert bereits heute. Dieser Strukturwandel findet schon seit vielen Jahren statt und ist etwas, das wir gelernt haben. Wir müssen nur versuchen, daß wir mit diesem sich möglicherweise verstärkenden Strukturwandel durch bessere Informationen und damit durch entsprechende Entscheidungen auch in den Mikrosystemen noch besser fertig werden. Ein wenig hängt die Arbeitslosigkeit, die wir haben, auch mit diesem Strukturwandel und dem Wettbewerbsdruck aus den Schwellenländern und dergleichen zusammen. Aber es ist ein Problem, das schon da ist.

Zweites Problem: mittelfristig strukturelle Entwicklung mit weniger Wachstum - auch die haben wir schon. Der tertiäre Sektor hat wesentlich zugenommen; wie hoch der Produktivitätsfortschritt im tertiären Sektor ist, wissen wir nicht genau. Ökologie ist heute schon ein erhebliches Problem, die Verbesserung der Umwelt hat schon stattgefunden. Ein Teil des geringeren Zuwachses beim käuflichen Lebensstandard wird ausgeglichen durch den besseren Dienst an der Umwelt und den Genuß von Umweltgütern zum Nulltarif.

Das alles sind Dinge, die wir schon haben. Wir werden sie besser meistern können, je mehr wir uns mit ihnen vertraut machen und je mehr wir die Bevölkerung darüber aufklären, daß dies unabwendbare Notwendigkeiten sind. Deswegen glaube ich, daß es die kurzfristigen Probleme sind, denen wir uns stärker zuwenden müssen, weil sie uns unmittelbar auf den Nägeln brennen.

Im übrigen handelt es sich um Gewichtungsfragen. Ich habe in meiner Konjunkturdiagnose positive Momente erwähnt, insbesondere auch die Robustheit der langfristigen Investitionen. Wie stark man das gewichten soll, weiß ich nicht. Das werden wir Ende 1980, vielleicht erst 1981 wissen, möglicherweise noch später.

### **Schleiminger**

Da ich von einer Institution komme, die den internationalen Zahlungsausgleich seit 50 Jahren sozusagen programmatisch im Firmenschild führt, steht mir dieses Thema natürlich besonders nah, und ich möchte die Diskussion in einigen Punkten vertiefen.

Diejenigen, die ein wenig optimistischer sind als der etwas skeptische Grundton der bisherigen Debatte, führen meist drei Argumente für ihren Optimismus an: Erstens sei die internationale Konjunkturkonstellation weniger synchron als 1973/74. Das kam zwar in den Zahlen zum Ausdruck, ist aber unter Diagnosegesichtspunkten noch nicht bewertet worden. Das zweite Argument besteht darin -es klang bei Herrn Pöhl deutlich durch;- daß wir unter den Industrieländern keine derartige Polarisierung zwischen Defizit- und Überschußländern haben wie 1973/74. Es liegt also eine bessere Lastenverteilung vor. Auch diese Frage ist unter Diagnosegesichtspunkten noch nicht bewertet worden. Die Tatsache ist zweifellos auf der positiven Seite zu verbuchen, aber mit welchem Wert? Das dritte Argument lautet, die internationalen Finanzmärkte seien ergiebiger, und der internationale Währungsfonds sei besser gerüstet, da er zur Zeit praktisch überhaupt nicht nennenswert in Anspruch genommen worden ist.

Ich beschränke mich auf den letzten Punkt, der ebenfalls zu bewerten ist. Herr Giersch hat ja betont, wenn er Schwierigkeiten sehe, dann lägen diese an der Lohnfront, an der Energiefront und nicht zuletzt bei den internationalen Finanzierungsmärkten. Herr Pöhl ist weitergegangen, indem er die Schwierigkeiten, die einem Recycling 1979/80 entgegenstehen, ansprach. Er äußerte die Befürchtung, daß das Recycling keinesfalls so reibungslos gelingen werde wie in der Zeit nach 1973/74.

Ich würde die geradezu provokative These aufstellen: Gut so, daß Finanzierung und Recycling diesmal weniger geräuschlos und weniger problemlos sind als 1973/74 ohne daß ich damit eine Diskussion anreißen will, ob Finanzierung oder Adjustment der bessere Weg ist. In den Jahren nach 1974 war die Finanzierung jedenfalls viel zu einfach. Wenn wir in Zukunft Schwierigkeiten bekommen und damit rechnen müssen, daß das Recycling nicht so leicht gelingt, so würde ich dies nicht unbedingt negativ werten.

Was wir auf den internationalen Finanzmärkten den "borrowers' market" nannten, wo dem Kreditnehmer von einem Konsortium nahezu jeder Betrag in Kürze bereitgestellt wurde mit Margen für die Konsortialbanken, die nicht mehr risikodeckend waren, so ist diese Möglichkeit nicht mehr gegeben, und die Situation ist nach der Iran-Krise in der Tat noch weiter erschwert worden. Dabei sollten wir im nachhinein vielleicht dafür dankbar sein, daß die Risiken auf den internationalen Finanzmärkten von einem Land demonstriert wurden, das sowohl ein großer Einleger als auch ein großer Kreditnehmer ist. Der Euro-Markt wurde dadurch also nicht so schwer belastet, weil dieses

Land sozusagen zweigleisig auf diesem Markt auftrat. Hätte es sich um einen reinen Kreditnehmer gehandelt, wären die Folgen sehr viel katastrophaler gewesen.

Was sich durch die neue Entwicklung zeigt, sind zum einen höhere Margen der Banken, die angesichts der jetzt erkennbar gewordenen Risiken gerechtfertigt sind, zum anderen kürzere Laufzeiten und drittens eine geringere Konsortialbereitschaft, insbesondere der kleineren Banken.

Verschiedentlich war in der Vergangenheit die Rede davon, daß man den Euro-Markt kontrollieren, restringieren beziehungsweise observieren müsse. Vielleicht ist hier bereits eine Selbstkorrektur eingetreten, die in dem bisherigen Ausmaß nicht unbedingt negativ zu sehen ist. Denn 20prozentige Wachstumsraten, wie wir sie hatten, sind im internationalen Finanzierungsgeschäft zweifellos besorgniserregend und hätten in jedem Falle einer Korrektur bedurft.

Welches sind die Größenordnungen, mit denen wir es jetzt zu tun haben werden? Es wurden hier verschiedene Quellen zitiert. Meine Quelle - vielleicht ist sie im Augenblick nicht sehr populär bei Teilen der deutschen Wirtschaft - ist die Morgan Guarantee Trust. Deren Chef-Ökonom hat, was die Finanzierungskosten angeht, als einziger ungefähr richtig gelegen - im Gegensatz etwa zur OECD, die 1975 mit völlig überhöhten Zahlen aufwartete. Deswegen erscheint sie mir als Quelle verlässlicher.

## **Pöhl**

Die habe ich auch zitiert, Herr Schleiminger.

## **Schleiminger**

Die Morgan Guarantee rechnet mit 50 bis 100 Milliarden Dollar anlagesuchender Ölgelder pro Jahr in den kommenden fünf Jahren. Damit würden sich die gesamten OPEC-Finanzierungsmittel auf etwa 500 Milliarden Dollar verdoppeln. Und die Geschäftsbanken sagen, das gehe über ihre Verhältnisse; sie wollen in diese großen Schuhe nicht einsteigen.

Wenn nicht die Geschäftsbanken, wer sonst? Der Internationale Währungsfonds bietet sich an. Aber der IWF, der schon früher eine Öfaszilität aufgestellt hat, die gar nicht so schlecht funktionierte, ist Gefangener seiner eigenen Rechnungseinheit, der Sonderziehungsrechte, die nicht unbedingt dem entsprechen, was nach Herrn Schiller den auf Wertsicherheit bedachten Ölländer vorschwebt. Entweder wird der IWF etwas mehr "Phantasie am Rentenmarkt" entfalten müssen oder irgend jemand anders. Vielleicht, wie Herr Schiller sagte, die USA. Gegenwärtig vermißt man jedenfalls noch, daß der IWF angesichts dieser Situation irgendeine Initiative entwickelt, für die er an und für sich prädestiniert ist und wo er in der Vergangenheit auch schon einiges geleistet hat.

Ein anderer Versuch, der 1974/75 fehlhief, war das "safety net", der sogenannte Kissinger-Plan, als man unter der Ägide der OECD eine Sonderfaszilität von 25 Milliarden Dollar aufbaute. Auch damals hat der amerikanische Kongreß wieder nicht ratifiziert. Es ist eine der vielen Reformleichen, die die währungspolitische Landschaft ohnehin dekorieren. Damals gab es jedenfalls bereits einen Versuch, diese Gelder zu kanalisieren. Denn wenn sie nicht kanalisiert werden, droht die Gefahr, auf die Herr Pöhl hingewiesen hat, daß jeder für sich diversifiziert und wir einen "Multi-Währungsstandard" bekommen. Die Schweizerische Nationalbank macht erste Anläufe, den Ölländern gewisse Einlagemöglichkeiten in Schweizer Franken anzubieten, die nicht über den Markt gehen und damit das Wechselkursgefüge nicht weiteren Zerreißproben aussetzen. Herr Pöhl hat das ebenfalls angesprochen, aber er hatte sicherlich gute Gründe, zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiterzugehen. Wie gesagt, einige Schweizer Beispiele sind nicht übertragbar.

Ob wir Diagnose oder Politik diskutieren, hier sind Lösungen auf dem Tisch, die in allen möglichen Sandkisten durchgespielt werden müssen. Die bisherigen Antworten reichen jedenfalls nicht aus.

## **Gutowski**

Der Internationale Währungsfonds ist in den letzten Jahren in der Tat kaum zum Zuge gekommen, Herr Schleiminger. Netto ist nicht viel herausgekommen. Woran liegt das? Zum einen sicher daran, daß der Währungsfonds bei seinen Krediten mit erheblichen Auflagen arbeitet und die Banken bislang stets bereit waren, Kredite zu geben. Zum Teil liegt es auch daran, daß den Kreditinstituten einiger Länder qua Gesetz erlaubt ist, das Länderrisiko gleich Null zu setzen. Wenn Banken fremden Staaten oder auch staatsnahen Institutionen Kredite gewähren, haben sie das Risiko oft relativ gering veranschlagt. Bisher sind sie dabei auch nicht schlecht gefahren. Inzwischen ist das Risikobewußtsein jedoch geschärft.

Erst wenn es wirklich brennt, kommt der Währungsfonds freilich dann zu spät - ins Spiel. Deshalb müßte man, wenn man an die Stärkung des IWF denkt, sein Angebot attraktiver machen. Die Banken sind ja ganz froh, wenn sie sich an die Bedingungen des IWF anhängen können. Die Stärkung des IWF ist besonders wichtig, wenn man befürchtet, die Banken könnten das Recycling-Problem in Zukunft, anders als in der Vergangenheit, nicht mehr so leicht lösen, etwa aufgrund der erhöhten Länderrisiken; man denke nur an Fälle wie Brasilien oder die Türkei. Und es könnte auch noch in einigen anderen Ländern kritisch werden.

Nun noch einmal zurück zur Prognoseproblematik. Herr Giersch, Sie haben etwas ironisch gesagt, es sei immer relativ leicht und verlockend und minimiere die Risiken, wenn man den Zuwachs des Sozialprodukts so schätzt, wie das Produktionspotential wächst. Ich bin davon nicht überzeugt. Wenn man sich zum Beispiel in einem Zyklus zeitlich gerade nach dem unteren Wendepunkt befindet oder nach dem oberen;-, liegt es viel näher zu schätzen, daß der Zuwachs des Sozialprodukts stärker beziehungsweise schwächer sein wird als das Wachstum des Produktionspotentials. Man darf auch nicht einfach, wie Sie es getan haben, die durchschnittlichen Zuwachsraten im Vorjahresvergleich heranziehen. Denn worauf es - auch im Augenblick - ankommt, ist der Verlauf. Alle Prognostiker, soweit ich sehe, erwarten eine Abschwächung der Konjunktur und schon relativ bald wieder ein Ansteigen. Es kommt nur darauf an, wie weit die Abschwächung geht und wie lange diese anhält, bis es wieder aufwärts geht. Sie wissen, wie leicht Zuwachsraten im Vorjahresvergleich voneinander abweichen, selbst wenn im Prinzip die Vorstellungen über den Konjunkturverlauf recht ähnlich sind.

Insofern meine ich, daß der Streit, ob das Sozialprodukt im Vorjahresvergleich nun um 1,5, um 2,5 oder um 3 Prozent zunehmen wird, gar nicht so entscheidend ist, wenn dem ähnliche Verlaufsvorstellungen zugrunde liegen. Die Frage ist: Tritt eine Abschwächung ein, die sich bald wieder umkehrt? Müssen wir also, wie Sie sagen, mit einer Minirezession rechnen? Oder bekommen wir - infolge der Ereignisse, die erst jüngst eingetreten sind - doch eine Selbstverstärkung des Abschwungs, ähnlich wie in der Krise nach 1973?

Wir haben jetzt eine andere Ausgangssituation als damals; das ist oft genug betont worden. Die Zahlungsbilanzdefizite, die wir aufgrund der neuen Zahlen erwarten müssen, werden aber größer. Die Inflationsraten haben sich in letzter Zeit wieder erheblich beschleunigt, wie Sie gesagt haben, und der unterschiedliche Konjunkturverlauf kann auch keinen großen Ausgleich bringen. Es bestehen also vielfältige Anlässe, diese Entwicklung nicht weitertreiben zu lassen. 1973 hatten wir ebenfalls einen kräftigen konjunkturellen Verlauf, und wir haben nicht angenommen, daß wir 1974/75 so auf die Nase fallen würden. Die weiter zunehmenden Zahlungsbilanzdefizite und die weitere Inflationsbeschleunigung nach dem Ölpreisschock veranlaßten damals jedoch auch alle übrigen Länder, auf die Bremse zu treten. So sind wir dann in die Weltrezession hineingeraten. Nach den jüngsten Ereignissen ist eine ähnliche Entwicklung nicht mehr ganz von der Hand zu weisen.

Den deflatorischen Effekt solcher Ölpreisschocks wird man nicht leugnen können. Vielleicht habe ich Sie in diesem Punkt nicht ganz richtig verstanden, Herr Pöhl. Sie wollten offenbar zum Ausdruck bringen, daß man dem nicht durch allgemeine expansive Maßnahmen begegnen könne. Andere Länder haben damals viel stärker als die Bundesrepublik darauf reagiert, indem sie höhere Staatsdefizite zuließen - zum Teil anfangs sicher zu Recht, weil sich die Strukturen in der Wirtschaft nicht so schnell ändern können. Das vorläufige Einspringen des Staates zur Verringerung einer Nachfragerücklage muß auch nicht unbedingt inflatorisch wirken, wenn man gleichzeitig bei der Geldpolitik aufpaßt. Diese Staatsdefizite wurden nur nicht rasch genug wieder abgebaut; sie bestehen größtenteils heute noch und haben sich teilweise umgesetzt - und setzen sich jetzt wieder stärker um - in entsprechende Leistungsbilanzdefizite, so daß von dieser Seite durchaus Gefahren drohen. Dennoch ist es vertretbar, einen solchen Preisschub nicht voll über den Markt wirken zu lassen. Man muß den Umstrukturierungsprozeß erleichtern, man darf ihn aber auf keinen Fall verhindern.

Sie wissen, daß ich nicht auf der Seite derer stehe, die die Auffassung vertreten, man könne jeden Nachfrageausfall durch Staatsnachfrage ersetzen. Wenn der Staat in dieser Hinsicht zuviel tut und damit die Zinsen in die Höhe treibt, wirkt sich das negativ auf die private Investitionsneigung aus. Auf die privaten Investitionen kommt es aber in erster Linie an, wenn wir die Situation langfristig lösen wollen.

In einem weiteren wichtigen Punkt stimme ich Herrn Pöhl durchaus zu, daß mit demand management nicht viel geholfen ist, weil es sich bei den Ölpreiserhöhungen um einen internationalen Verteilungskampf handelt. Die Gewerkschaften der ölimportierenden Industrieländer wollen sich die ölpreisbedingten Preissteigerungen nicht anrechnen lassen, und die Geldpolitik hält wegen der damit verbundenen Inflationsgefahr dagegen. Das Ergebnis ist Arbeitslosigkeit. Wenn nicht



dagegengehalten würde, entstünde eine Preis-Lohn-Spirale, und irgendwann wäre man zu noch schärferen Bremsungen mit noch schlimmeren Folgen auf dem Arbeitsmarkt gezwungen.

Dieses Dilemma muß den Arbeitnehmern deutlich gemacht werden, wenn wir das Diktat aus den OPEC-Ländern hinzunehmen genötigt sind. Dann muß jeder bei uns den Gürtel enger schnallen, weil wir anders keine Vollbeschäftigung erreichen können. Wenn wir das Diktat hinnehmen, müssen wir das Engerschnallen des Gürtels durchsetzen. Anderenfalls wird der Verteilungskampf zwischen der breiten Schicht der Arbeitnehmer in den Industrieländern und den Ölländern ausgetragen. Indem sich die Arbeitnehmer die Minderung ihrer Reallöhne nicht gefallen lassen, führen sie selbst Arbeitslosigkeit herbei, die die Ölländer zwingt, von weiteren Preissteigerungen Abstand zu nehmen. Das ist zwar nicht das gewünschte Resultat, aber wir haben es in der Rezession ja erlebt, daß der reale Ölpreis heruntergegangen ist.

Noch ein Wort zur Frage der D-Mark als Reservewährung. Herr Giersch, Sie haben gesagt, wenn Dollar auf D-Mark umgeschichtet werde und die D-Mark damit internationale Währung wird, könnte das die Bundesbank "akkommodieren". Ich würde hier mindestens zwei Dinge genau unterscheiden. Soweit es sich dabei um internationale Transaktionskasse handelt, die unseren eigenen Geldkreislauf nicht berührt, stimme ich Ihnen voll zu. Geht es aber darum, daß Dollarhalter wegen des ihnen bei uns geringer erscheinenden Risikos D-Mark halten wollen, die bei uns auch angelegt werden, berührt das unseren Geldkreislauf. Dann befinden wir uns in dem Dilemma, wegen eines Vertrauensgefälles entweder das Ansteigen des Außenwertes der D-Mark hinnehmen oder aber eine Aufblähung des Geldkreislaufes vornehmen zu müssen.

Damit komme ich zu meinem letzten Punkt. Wir haben in den letzten Jahren den Geldkreislauf aufgebläht und trotzdem bis 1978 niedrigere Preissteigerungen gehabt, als vorher erwartet worden waren. Der Grund liegt darin, daß das Ausland - wegen des bestehenden Vertrauensgefälles zugunsten der D-Mark und dem damit verbundenen Aufwertungsdruck - unsere Stabilitätspolitik zu einem großen Teil besorgt hat. Die Aufblähung des Geldkreislaufes führte Anfang dieses Jahres, als der Aufwertungsdruck nachließ, dazu, daß dieses Zuviel an Geld sozusagen wieder virulent wird.

Wenn ich mir nun die sehr unterschiedlichen Begründungen dafür ansehe, warum bei einer gegebenen Geldpolitik Geld einmal reichlich einmal weniger reichlich vorhanden war, dann kann ich mir nicht so recht vorstellen, daß es einen simplen Zusammenhang zwischen der Geldmenge  $M_i$  und der Konjunktur gibt. Dieser vom Kieler Institut betonte Zusammenhang ist allerdings auch nicht so simpel, wenn ich mir die Grafiken von Herrn Giersch und die dazugehörige Regressionsgleichung ansehe. Fest steht für mich jedenfalls, daß für verschiedene Abschnitte des betrachteten Zeitraumes recht unterschiedliche Hypothesen gelten.

### **Giersch**

Lassen Sie mich mit dem Zusammenhang zwischen der Entwicklung von  $M_i$  real und dem Konjunkturverlauf beginnen und an dieser Stelle die Frage anschneiden, ob der steile Anstieg des Geldangebots im Jahre 1978 auch darauf zurückzuführen ist, daß Ausländer mit ihren Portefeuilles oder mit Teilen davon in den Währungsraum der D-Mark eingewandert sind. Die Expansion des Währungsraumes, die übrigens so aussieht, als habe sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in dem gegebenen Währungsraum verringert, kann auch in der Weise stattgefunden haben, daß Unternehmen mit Firmensitz im Inland, die früher viel Dollars hielten, sich dazu entschlossen, Dollars durch D-Mark zu ersetzen.

Als die Bundesbank 1978 am Devisenmarkt intervenierte und die Geldmenge sich dann so stark ausdehnte, wie es aus dem Schaubild ersichtlich ist, hielt ich die Politik für richtig. Wenn sich die Nachfrage nach D-Mark nur deshalb erhöht, weil viele statt Dollars D-Mark halten wollen, so ist das Nachgeben des Angebots gleichsam konjunkturneutral und in der Weise auch keine Gefahr für die Geldwertstabilität. Ein Starrhalten des Angebots, also ein Nicht-Akkommodieren, hätte wahrscheinlich noch mehr In- und Ausländer induziert, aus dem Dollar-Raum in den D-Mark-Raum einzuwandern.

Die Klagen darüber, daß flexible Wechselkurse ihre Gleichgewichtspositionen überschießen und der Devisenmarkt für die stabileren Länder einen "circulus virtuosus" und für die weniger stabilen Währungen einen "circulus vitiosus" in Gang setze, waren ja sehr laut; und sie beziehen sich genau auf solche Verschiebungen der Währungsräume. Doch muß ich gestehen, daß ich etwas enttäuscht war, als mir ein Mitarbeiter, dessen Studie bald erscheinen wird, eine durchaus plausible Schätzung vorlegte, nach der der Zuwachs von  $M_i$ , der auf diese Zusammenhänge zurückgeht, höchstens zwei Prozent ausmache. Eine Bereinigung im Schaubild führt zwar dazu, daß die Kurve von  $M_i$  real etwas flacher verläuft, aber der Effekt ist gering.

Größer kann der "Währungsraum-Effekt" künftig einmal werden, wenn wir zunehmend Reservewährung werden sollten. Da die relative Bedeutung solcher Veränderungen für ein kleineres Land mit niedrigerem Sozialprodukt größer als für ein Land von der Größe der USA ist, steht die Geldmengensteuerung in der Bundesrepublik vor einer recht schwierigen Lernaufgabe.

Der Wechselkurs ist auch deswegen mitzubeachten, weil er über die Importpreise und über die Preiserhöhungsspielräume im Export direkt auf einen erheblichen Teil des Preisniveaus wirkt, und zwar schneller wirkt als die Entwicklung der inländischen Geldmenge. Man kann also über den Wechselkurs den Preisauftrieb begrenzen. In den USA hat sich dieser Prozeß mit umgekehrtem Vorzeichen abgespielt: Die Geldmengenakzeleration ließ den Außenwert des Dollars schnell absinken mit der Folge, daß man sich über "Inflationsimport" beklagte. Flexible Wechselkurse machen eben auch das Preisniveau flexibler.

Auf Fragen nach dem künftigen Konjunkturverlauf kann ich nur bekräftigen, daß ich lediglich mit einer Minirezession rechne. Die Ereignisse der letzten Stunde werden in ihrer Wirkung meist überschätzt; davon möchte ich mich freihalten. Im übrigen verweise ich auf zwei entgegengesetzte Punkte: einerseits die robuste Investitionsneigung, die wir den großen Gewinnpolstern und den Wirkungen der Angebotspolitik verdanken, andererseits die Schwächezeichen im Ausland, vor allem in Ländern, in denen nicht die Angebotsseite gestärkt wurde oder in denen eine bedrohlich gewordene Inflation bekämpft werden muß, um Schlimmeres zu verhüten.

Die genaue Rate des Sozialproduktzuwachses ist sekundär, und die Phase, in der es die Minirezession gibt, muß sich nicht in die Zeit zwischen Januar und Dezember 1980 einpassen. Man sollte aus einer Prognosedifferenz zwischen zwei Forschungsinstituten, die in der Größenordnung von einem Prozentpunkt liegt, keinen Dogmenstreit machen, wenn schon kurzfristige Informationen über neue Ereignisse oder ein geringfügiges Verschieben der Zeitachse soviel Einfluß haben, aber das Grundmuster der Konjunktur nicht in Frage steht.

## **Pöhl**

Sie sagen, Herr Giersch, wenn die D-Mark Reservewährung werden sollte, müßten wir vieles lernen, etwa was die Rückwirkungen auf die Geldmengensteuerung und dergleichen betrifft. Ich kann Ihnen nur antworten: Wir sind längst Reservewährung. Wir hatten im vorigen Jahr in drei, vier Monaten Kapitalzuflüsse von über 20 Milliarden D-Mark, die wir mit einiger Kunstfertigkeit zu neutralisieren versucht haben, was die liquiditätsmäßigen Auswirkungen angeht. Wir hatten in den ersten fünf Monaten dieses Jahres Kapitalabflüsse in Höhe von 20 Milliarden D-Mark, die wir ebenfalls zu neutralisieren versuchten, zum Teil mit Hilfe neu entwickelter Instrumente der Offenmarktpolitik. Es ist im übrigen leichter, Abflüsse zu kompensieren als Zuflüsse zu neutralisieren. Dieses Problem stellt sich für uns also nicht erst in der Zukunft, sondern damit haben wir schon seit einiger Zeit erheblich zu tun. Meine These ist, daß sich dieses Problem angesichts der wachsenden Überschüsse der OPEC-Länder wahrscheinlich noch verschärfen wird.

Nun kann man argumentieren, wir müßten den OPEC-Ländern wertgesicherte Investments anbieten, sonst würden die ihr Öl im Boden lassen. In der Tat. Wenn man sieht, wie sich die Preis-Mengen-Verhältnisse entwickeln, wäre es ein rationales Verhalten der Ölproduzenten, bei einem höheren Preis weniger zu produzieren, weil sie ja mit den Erlösen im Grunde nichts anfangen können, sondern an ihnen nur verlieren. Wer soll denn aber solche wertgesicherten Anlagen bieten, und worin sollen sie bestehen? Mit anderen Worten: Wer übernimmt das Risiko? In diesem Falle geht es um das Dollarrisiko, das Wechselkursrisiko. Die OPEC-Länder tragen es zur Zeit zum großen Teil selbst. Sie versuchen sich dem zu entziehen, indem sie Dollars auch in andere Währungen umtauschen. Dann kommt es eben zu der von mir erwähnten Diversifizierung.

Die zweite Alternative wäre, daß wir dieses Kursrisiko übernehmen, wenigstens zum Teil. Das ist der Vorschlag, den Herr Schleiminger erwähnt hat, was die Schweizer tun, indem sie den Notenbanken der OPEC-Länder bestimmte Papiere anbieten, übrigens nur in einem ganz, ganz kleinen Umfang. Die Beschränkungen des Kapitalverkehrs in der Schweiz sind, wie Sie wissen, sehr viel größer als bei uns. Sie haben erst jetzt die negative Besteuerung von Depots abgeschafft, die es bei uns nie gegeben hat.

In dem Falle würden wir allerdings das Wechselkursrisiko über das Maß hinaus, das wir sowieso schon haben, übernehmen. Ich darf beiläufig daran erinnern, daß die Bundesbank im vorigen Jahr auf ihre Dollarreserven einiges abschreiben mußte - wir halten ja unsere Reserven in Dollars und in Gold. 1978 haben wir auf unsere Dollarreserven 7,5 Milliarden D-Mark abgeschrieben. Dies ist ein Verlust, den nicht nur die Bundesbank gemacht hat. Es heißt immer, das sei nur ein Buchverlust. Das stimmt

natürlich keineswegs, sondern hier handelt es sich letztlich auch um einen Verlust an Kaufkraft. Das ist genau das Wechselkursrisiko, das wir tragen.

### **Oppenheimer**

Haben Sie auch das Gold hochgeschrieben?

### **Pöhl**

Nein; das sind die stillen Reserven, die wir auch brauchen, damit wir am Ende nicht bankrott gehen.

### **Schneider**

Die Deutsche Bundesbank als "vorsichtiger Kaufmann"!

### **Pöhl**

Wenn wir jetzt als Notenbank hergingen und würden das tun, worum wir dauernd gebeten werden, nämlich maßgeschneiderte Assets zu entwickeln, die wir Venezuela, Nigeria, Kuwait und ich weiß nicht wem anbieten, die dringend danach fragen, würde das bedeuten, daß wir Nigeria, Kuwait und Venezuela das Dollarrisiko abnehmen, um es selbst zu übernehmen. Alles andere kann man sich ausrechnen.

Die dritte Möglichkeit wäre, daß die Amerikaner das Kursrisiko übernehmen. Dies ist in der Tat etwas, was man ihnen, jedenfalls teilweise, zumuten sollte und auch zumutet. Im Rahmen zum Beispiel der Erörterungen über das Substitutionskonto beim IWF ist eine der Hauptfragen: Wer trägt das Dollarrisiko? Darum geht der Streit eben auch. Ich weiß nicht, inwieweit der amerikanische Kongreß bereit ist, die Forderungen, die dort von nicht-amerikanischer Seite gestellt werden, zu erfüllen. Das ist eine politische Diskussion.

Mit den Carter-Bonds ist jedenfalls zum ersten Mal erreicht worden, daß die Amerikaner sich bereit erklärt haben unter dem großen Druck einer Währungskrise;-, Ihr Defizit, ihre Dollarverbindlichkeiten so zu finanzieren, wie das jedes andere Schuldnerland auch machen muß, nämlich durch Verschuldung in einer fremden Währung. Kein anderes Schuldnerland, weder Dänemark noch Portugal, noch England - als es noch Schuldnerland war - konnte seine Schulden in Pfunden, in dänischen Kronen oder in Escudos bezahlen, sondern die mußten sich immer in einer fremden Währung, in Dollars oder in D-Mark beispielsweise, verschulden. Nur die USA hatten das Privileg, daß alle Welt ihre Währung annahm. Die Carter-Bonds waren insofern ein bemerkenswertes Ereignis - zum ersten Mal wurden die Amerikaner veranlaßt, sich in einer fremden Währung zu verschulden. In diesem Falle in D-Mark.

Wir haben etwas gemischte Gefühle in dieser Frage. Das bedeutet nämlich, daß die D-Mark für die Vereinigten Staaten inzwischen zur Reservewährung geworden ist. Die einzigen Währungsreserven, die die Amerikaner heute unterhalten, sind Reserven in D-Mark und in D-Mark-Kreditlinien. Es ist auch die einzige Währung, die sie wirklich brauchen; denn Yen und Schweizer Franken sind nicht gefragt. Es geht immer nur um das D-Mark/Dollar-Verhältnis, wenn solche Fragen diskutiert werden.

Die Meinung der Bundesbank hierzu ist, daß wir damit im Grunde genommen überfordert sind. Die Bundesrepublik hat keinen Kapitalmarkt, der mit dem amerikanischen Markt vergleichbar wäre. Wenn es wirklich dazu käme, daß diese gewaltigen Überschüsse - ich habe ein paar Zahlen vorhin erwähnt, auch von Morgan Guarantee zehrend - in großem Umfang mobilisiert würden, kann man sich leicht ausrechnen, was dann passiert. Das heißt, wenn auch nur ein Teil davon in D-Mark umgetauscht würde, bekämen wir diese Konsequenzen, die Herr Gutowski erwähnt hat: entweder eine reale Aufwertung, die dann vielleicht das Maß dessen überschreitet, was wir ertragen könnten, oder aber Dollarkäufe, Interventionen am Devisenmarkt, die unsere ganze Geldpolitik über den Haufen werfen würden. Beides wollen wir nicht. Deswegen ist dieses Problem außerordentlich schwierig.

Ich bin persönlich der Meinung, daß wir in dieser Hinsicht nicht eine absolute Abwehrposition einnehmen können, weil wir nämlich die letzte Konsequenz, Beschränkung des Kapitalverkehrs, nicht wollen und nicht wollen können. Das würde nicht in unserem Interesse liegen. Man muß ernsthaft darüber nachdenken, ob man hier pragmatisch das eine oder andere doch anbieten kann. Das geht aber nur in einem sehr begrenzten Rahmen.

Im übrigen muß man der Legende entgegenreten, wir, die Bundesrepublik und besonders die Bundesbank, würden mit allen Kräften verhindern, daß die D-Mark Reservewährung wird. Das ist nicht der Fall. Wir sind das Land, das wohl die geringsten Kapitalverkehrsbeschränkungen von allen

vergleichbaren Ländern hat. Wir haben eine einzige Beschränkung, die noch aufrechterhalten wird aus der Zeit vor 1973, als man sich bei festen Wechselkursen nolens volens gegen solche Zuflüsse mehr gewehrt hat als heute. Ich meine die Beschränkung des Erwerbs von festverzinslichen Papieren mit einer Laufzeit von bis zu vier Jahren, die von Ausländern nicht erworben werden dürfen. Alles andere ist frei. Jeder Saudi oder jede Notenbank eines OPEC-Landes kann D-Mark kaufen, ein D-Mark-Depot unterhalten, D-Mark-Anleihen, auch Bundesanleihen, erwerben. Sie müssen allerdings 25 Prozent Couponsteuer zahlen. Sie können D-Mark-Auslandsanleihen kaufen, etwa Anleihen der Weltbank. Dies geschieht ja in einem ganz großen Umfang. Herr Schleiminger weiß das besser als ich.

### **Schneider**

Was sind die Schätzungen?

### **Pöhl**

Ich kann im Augenblick nicht sagen, wie groß das Volumen etwa des Marktes von D-Mark-Auslandsanleihen ist. Aber es geht in viele zig-Milliarden D-Mark-Beträge, die zum größten Teil von Ausländern gehalten werden. Wir wissen natürlich nicht, wer es ist. Wir führen keine Statistik darüber; es gibt keine Anmeldepflicht.

Dieser Prozeß ist also in vollem Gange. Wir legen aber Wert darauf, daß er unter Kontrolle bleibt und die negativen Auswirkungen, die ich hier angedeutet habe, nach Möglichkeit vermieden werden.

### **Kloten**

Ich stimme Ihnen zu, Herr Pöhl, daß es letztlich nicht in unserer Hand liegt, ob die D-Mark unter heutigen Bedingungen Reservewährung wird oder nicht. Je mehr sie es wird, um so mehr müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir unser Geldangebotsverhalten darauf abstellen. Das war wohl auch das Petitum von Herrn Giersch. Sie sagen, Herr Giersch, die Konjunktur lebt. Sie sagen weiter, daß die konjunkturelle Entwicklung die Ölpreisentwicklung bestimmt und daß auch in Zukunft die Entwicklung der Preise - nicht nur des Öls, sondern auch der anderen Primärenergien - den Konjunkturzyklus widerspiegeln wird. Sie haben betont, in Ihrer Analyse sei die Preisentwicklung der Primärenergien endogenisiert. Herr Pöhl hat diese Preisentwicklung nur konstatiert und nicht weiter geprüft, inwieweit sie endogen oder exogen bestimmt ist.

Sie haben allerdings nicht gesagt, Herr Giersch, ob das Anziehen der Ölpreise und auch der Preise für Ölderivate in Ihrer Analyse voll endogenisiert ist. Das würde unter anderem nämlich bedeuten, daß die Änderungen im Angebotsverhalten, die wir in den letzten Jahren beobachten konnten, nur ein Reflex der Marktlage waren. Mit anderen Worten: Wäre die Konjunktur bei uns anders verlaufen, hätten die OPEC-Länder nicht versucht, durch Änderungen des Angebotsverhaltens die Ölpreise hinaufzutreiben. Also könnten durch eine Politik der Stabilisierung, die auf eine Glättung der konjunkturellen Ausschläge hinausläuft, die Veränderungen der Preise für Primärenergien, auch für Öl, ebenfalls gemildert werden. Es blieben jedenfalls nur Ausschläge um einen Trend, die die realen Preise der Primärenergien widerspiegeln würden.

Worauf es dann aber ankommt, ist - und das scheint mir Ihr zentrales stabilitätspolitisches Anliegen zu sein;-; daß eine Stabilisierungspolitik in weltweitem Maßstab betrieben wird. Gelänge dies, so würde das Ölpreisproblem wesentlich entschärft; aber es würde natürlich dadurch nicht eigentlich gelöst. Denn das kann nicht allein durch eine Stabilisierungspolitik erreicht werden. Die Lösung des Trendproblems wird vor allem von der Energiepolitik bestimmt - aber nicht nur.

Sowohl Herr Giersch als auch Herr Pöhl, Herr Schiller und andere haben in dem Zusammenhang auf die Bedeutung der Währungspolitik hingewiesen. Denn es ist nicht zuletzt auch eine Frage der Pflege der internationalen Kapitalmärkte, dafür zu sorgen, daß etwa Anlagemöglichkeiten bestehen. Dabei kommt es weniger auf eine weitergehende Kontrolle dieser Märkte an als darauf, diese Märkte funktionsfähig zu halten, indem man für adäquate Anlagemöglichkeiten sorgt.

Das ist das allgemeine Szenario. Dann gibt es ein ganz konkretes Szenario. Wenn ich Herrn Giersch richtig interpretiere, ist er der Ansicht, daß der konjunkturelle Zug für 1980 schon abgefahren ist. Wir haben 1980 einen Konjunkturabschwung zu erwarten, dessen Stärke allerdings im Referat offenblieb; denn der Ausdruck "Minirezession" ist zwar plastisch, aber nicht sehr präzise, wenn man quantitative Vorstellungen vermitteln möchte. Herr Pöhl meinte unter Hinweis auf die letzte Prognose der OECD, es könne so etwas wie eine Stagnation entstehen. Wie immer scheint es auch hier nicht auf

ein halbes Prozent mehr oder weniger anzukommen, sondern es geht um die Richtung und darum, wie wir diesen Tendenzen konjunkturpolitisch entsprechen.

Was es vor allem hervorzuheben gilt ist- Herr Giersch hat das angesprochen;-, daß wir in den Abschwung bei einem sich verstärkenden Inflationstempo geraten. Aber selbst wenn sich das Inflationstempo nicht weiter beschleunigen sollte, wird sich ein Konflikt vor allem für die Geldpolitik ergeben. Der Konflikt wird für die einzelnen Länder unterschiedlich stark sein, wobei ich allerdings in Europa zugleich die besondere Problematik des Europäischen Währungssystems sehe. Darauf kann ich nicht näher eingehen.

Wie ist angesichts eines solchen konkreten Szenarios vorzugehen? Sicher ist, daß das Problem nicht von einem einzelnen Land allein gelöst werden kann. Es kommt bei dem gegebenen Konjunkturverlauf und dem energiepolitischen Zusammenhang nicht zuletzt darauf an, daß auf den verschiedenen regionalen Ebenen konzertiert, vorgegangen wird. Die primäre Rolle fällt aus meiner Sicht nach wie vor den Vereinigten Staaten zu. Dabei geht es einmal um die Wiederinstallierung des Dollars als Leitwährung, wenn auch in reduzierter Form. Das bedingt zweitens eine Lösung des Inflationsproblems. Drittens ist die Lösung des Energieproblems in den Vereinigten Staaten von fundamentaler Bedeutung für die Lösung des Weltenergieproblems. Ebenfalls eine Schlüsselrolle fällt den europäischen Staaten zu, insbesondere der Bundesrepublik. Und an dritter Stelle ist Japan zu nennen.

### **Burgard**

Nach Zahlen der Bank von England zu urteilen, belief sich der Anlagebedarf (Überschüsse der Leistungsbilanz plus Nettoverschuldung im Ausland) der OPEC-Länder 1978 netto auf etwa 14 Milliarden Dollar. Von diesem Betrag ist allerdings fast nichts in den Dollar gegangen. Anlagen wurden hauptsächlich in D-Mark und englischen Pfunden, aber auch in Schweizer und französischen Franken getätigt. 1979 dürfte der Anlagebedarf - in Dollar ausgedrückt etwa bei 50 Milliarden gelegen haben. Wir können aus den Statistiken entnehmen, daß auch dieses Volumen von den Xeno-Märkten zusammen mit den nationalen Märkten außerhalb der USA und außerhalb des Dollars bewältigt worden ist - allerdings mit den bekannten Wechselkursbewegungen, die es zeitweilig gegeben hat. 1980 dürfte der nicht absorbierbare Leistungsbilanzüberschuss wegen der jüngsten Ölpreiserhöhungen, wie hier gesagt wurde, etwa in der Größenordnung von 70 bis 90 Milliarden Dollar liegen.

Man könnte nun die Frage stellen: Wenn es 1979 möglich war, bis zu 50 Milliarden außerhalb des Dollars unterzubringen, warum sollte es dann 1980 nicht ebenfalls möglich sein, ein noch höheres Anlagevolumen außerhalb des Dollars zu bewältigen? Leider ist es inzwischen in der internationalen Bankenwelt zu einer erheblichen Spannung und Spaltung im Anschluß an das Einfrieren der Dollar-Guthaben des Iran gekommen. Wenn es in Zukunft gilt, ein Bankenkonsortium zusammenzustellen, wird es große Probleme geben, welche Banken aus welchen Ländern sich daran beteiligen werden. Ziemlich sicher ist nur, daß diese 70 bis 90 Milliarden nicht in den USA, auch nicht bei US-Xenobanken und größtenteils auch nicht in Dollar angelegt werden.

Probleme wird es bei den Banken geben, was das Verhältnis von Eigenkapital und Bilanzvolumen angeht. Probleme wird es geben hinsichtlich der Bestimmung, daß auf der Passivseite der Bankbilanz die Einlagen eines einzelnen OPEC-Landes einen bestimmten Prozentsatz nicht übersteigen dürfen. Nimmt man auf der Aktivseite das bereits erwähnte Länderrisiko hinzu, dann wird deutlich, daß einige Spannungen von den Finanzmärkten kommen können und die D-Mark als Anlagewährung eine Rolle zu spielen haben wird.

Die D-Mark wird aber wahrscheinlich in größerem Umfang als bisher auch eine Rolle als Transaktionswährung spielen müssen. Herr Giersch hat gefragt, ob sich der Dollar-Raum rein währungsmäßig in einer Implosion befindet und ob infolgedessen die Geldmengenberechnungen für den Dollar noch stimmen. Ich vertrete die Auffassung, daß sich der D-Mark-Raum in einer starken Explosion befindet, und auf die reale Geldmenge in der Bundesrepublik kommen jetzt von internationaler Seite Probleme zu. In dem Umfang, in dem in der Bundesrepublik residierende Banken zum Beispiel künftig deutsche oder ausländische Rohölimporte aus OPEC-Ländern in D-Mark bezahlen, wird man davon ausgehen können, daß diese D-Mark nicht in ausländische Währungen konvertiert, sondern letztlich als Geldbasis für den Xeno-D-Mark-Markt von Ausländern gehalten werden. Folglich steigen die D-Mark-Kredite inländischer Banken an Ausländer verstärkt an.

Das Ziel, das sich die Bundesbank für die Ausdehnung der Zentralbankgeldmenge im Jahre 1980 gesetzt hat, geht in der Konzeption von relativ stabilen Relationen zwischen  $M_1$ ,  $M_2$ ,  $M_3$  und der Zentralbankgeldmenge aus. Dies sind im wesentlichen Inlandsgrößen. Man subsumiert dabei, daß

sich die Kreditgewährung der deutschen Banken an das Ausland etwa in gleicher Weise entwickeln wird wie die Kreditgewährung im Inland. Dem wird aber 1980 ganz sicher nicht so sein. Die Kreditgewährung an das Ausland könnte viel steiler ansteigen. Zwar sind die Auslandsverbindlichkeiten deutscher Banken zur Zeit nicht der Mindestreserve unterworfen, doch muß jede Bank privatwirtschaftlich und entsprechend den Grundsätzen des Kreditwesengesetzes primäre Liquidität vorhalten. Daraus könnte sich schnell ein zusätzlicher Liquiditätsbedarf von einigen Milliarden D-Mark ergeben. Darauf sollte man bei dem von Herrn Klotten angesprochenen Geldangebotsverhalten achten, damit es nicht zu einer Abnahme der für Inlandstransaktionen verfügbaren realen Geldmenge kommt.

Ein weiteres Wort noch zu internationalen Fragen. Wer soll, so hieß es hier, das Risiko übernehmen, wenn es zum Abbau bestehender Dollar-Anlagen und damit ebenfalls zu Nicht-Dollar-Anlagebedarf kommt? Denkbar wäre beispielsweise eine Art automatische Risikoübernahme durch die Amerikaner selbst. Man könnte auf Weltebene mit mehreren Partnern einen größeren Wechselkursverbund mit Interventions-, Finanzierungs- und Abrechnungsregeln schaffen, bei dem in regelmässigen Etappen die aufgelaufenen Schulden automatisch mit Reservetiteln abgegolten werden müssen, gleichgültig ob die Salden sich aus einem Defizit der laufenden Rechnung oder aus einem Abbau bestehender Anlagen ergeben. Von der Regelung dafür, welche Reservetitel man zum Ausgleich verwenden kann, hängt es ab, inwieweit ein Defizitland automatisch ein Wechselkursrisiko zu übernehmen hat.

### **Herlt**

Herr Pöhl hat gesagt, man könne davon ausgehen, daß die D-Mark bereits Reservewährung sei. Er hat dann hinzugefügt, es sei falsch anzunehmen, die Bundesbank wehre sich dagegen, daß die D-Mark Reservewährung werde. Nun weiß ich aus vielen Äußerungen von Herrn Emminger, offiziell und inoffiziell, daß er dagegen ist, wenn die D-Mark zur Reservewährung wird. Aus Ihren Bemerkungen dagegen schließe ich, daß mit dem Wechsel an der Bundesbankspitze auch ein Wechsel in dieser Ansicht einhergeht.

### **Pöhl**

Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, es sei falsch, wenn man glauben würde, daß wir in der Bundesrepublik hier ist ja die Regierung in erster Linie angesprochen, weil sie die Gesetzgebungsgewalt hat - verhindern würden, etwa durch eine Beschränkung des Kapitalverkehrs, daß die D-Mark Reservewährung wird. Im Gegenteil, wir sind ein freies Land, und jeder, der will, kann auch D-Mark erwerben.

### **Herlt**

Wahrscheinlich wird dieser Trend noch verstärkt werden, wenn das eintritt, was Herr Burgard sagte, daß nämlich die D-Mark immer mehr zur Transaktionswährung werden könnte. Die Ölländer sprechen heute ja schon gelegentlich davon, daß sie andere Währungen nicht nur zur Rechnungswährung, sondern auch zur Zahlungswährung machen wollen. Nehmen wir einmal an, ein großer Teil des Ölgeschäftes würde sich dann in D-Mark abspielen. Das hätte unweigerlich verhängnisvolle Folgen für unsere Geldpolitik.

Ein Wort zur asset policy. Welche attraktiven Anlagemöglichkeiten kann der Westen den Ölländern bieten, damit diese ihr Öl nicht in der Erde lassen? Wäre es nicht ein Weg, wenn man Carter-Bonds für Devisenausländer freigäbe, damit auch andere, zum Beispiel OPEC-Staaten, D-Mark-Anleihen kaufen könnten? Die Amerikaner würden auf diese Weise D-Mark-Einfuhren haben, und die Saudis oder die Vereinigten Emirate könnten ihr Geld in D-Mark anlegen.

### **Pöhl**

Das mit den Carter-Bonds müssen Sie nicht uns vorschlagen, sondern den Amerikanern. Die Amerikaner sind dagegen, weil sie Angst haben, daß dann die Ölländer in großem Stil aus dem Dollar raus und in die D-Mark reingehen und sie, die Amerikaner, in dem Falle an unserer Stelle das Wechselkursrisiko übernehmen. Sie befürchten, daß dann nicht mehr wir die 7,5 Milliarden D-Mark abschreiben müssen, sondern sie selbst. Sie wissen ja, daß die Engländer so etwas schon einmal mit dem Sterling gemacht haben, und wie teuer das damals gewesen ist. Die Amerikaner wollen das nicht - wir haben sie sehr dazu gedrängt.

### **Schneider**

Immer noch offen insbesondere ist der Zusammenhang von Angebots- und Stabilisierungspolitik. Dazu könnten vielleicht die Energiefachleute etwas sagen. Wir sollten uns jetzt darauf konzentrieren, was in den verschiedenen Bereichen gemacht werden soll und kann. Das gilt einmal für den Gesamtbereich der Geldpolitik. Dabei sind natürlich die internationalen Verflechtungen zu beachten. Die internationale Währungsproblematik spielt dort eine entscheidende Rolle.

Wir haben als zweites den schwierigen Bereich der asset policy, das heißt des Angebots von Alternativen zum Öl als Anlagegegenstand im weitesten Sinne. Um die Ölländer zur Förderung von Öl unter ökonomischen Bedingungen zu veranlassen, muß die Anlage attraktiv sein. Wie kann das geschehen?

Ein dritter Bereich, den wir zu diskutieren haben, betrifft die interne Verteilungspolitik. Hier ist etwa das Stichwort der Konzentrierten Aktion zu nennen.

Schließlich der Bereich Energiepolitik. Da geht es nicht zuletzt um die Erhöhung der Energieproduktivität, anders ausgedrückt: die Verringerung des Energieeinsatzes pro Einheit des Sozialprodukts als eine spezifische Aufgabe der Energiepolitik im weitesten Sinne.

### **Baron**

Herr Pöhl hat sich hier - ganz in der Nachfolge von Herrn Emminger - gegen einen geldpolitischen Gradualismus ausgesprochen, wie er der Deutschen Bundesbank vor allem vom Kieler Institut seines Korreferenten Herrn Giersch nahegelegt wird. Zur Begründung ihres Kurses führt die Bundesbank gewöhnlich an, steigende Inflationserwartungen seien nur durch eine Art Schocktherapie zu brechen. Ich halte dies für falsch, zumindest jedoch für unbewiesen, da in der Bundesrepublik nie eine gradualistische, potential-orientierte Geldpolitik betrieben wurde und sich so beweisen konnte. Aber ich will diesen Punkt hier nicht vertiefen.

Interessanter erscheint mir, die Brücke zur Energiepolitik zu schlagen. Wer nämlich in der Geldpolitik den gradualistischen Ansatz ablehnt, müßte doch in der Energiepolitik ebenfalls für die Schocktherapie plädieren und der OPEC eigentlich für die abrupten spektakulären Preiserhöhungen, die sie von Zeit zu Zeit vornimmt, dankbar sein.

Ich halte eine gradualistische Energiepolitik für besser. Sie sollte - bei steigenden Preisen durch Subventionen, bei sinkenden Preisen durch Steuern - die disruptiven Schwankungen abfedern und die realen Ölpreise auf einem ansteigenden Trend halten, der den mittelfristigen Knappheitsverhältnissen entspricht und für einen kontinuierlichen Substitutionsprozeß sorgt.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Frage an Herrn Giersch stellen: Sie bekannten sich in Ihrem einleitenden Referat zu einem "Konjunkturpessimismus als Mittel der Krisenprophylaxe". Sind die 1,5 Prozent Wachstum, die das Kieler Institut für Weltwirtschaft für das Jahr 1980 prognostiziert, in diesem Sinne Krisenprophylaxe, konkret: Wollen Sie damit mäßigen Einfluß auf die laufende Lohnrunde nehmen?

### **Pöhl**

Damit es kein Mißverständnis gibt: Ich habe über Gradualismus nicht im Zusammenhang mit der Bundesrepublik gesprochen und auch nicht den Ausdruck Schocktherapie verwandt. Ich habe gesagt, in Ländern mit zweistelligen Inflationsraten, wie zum Beispiel in den USA, kann dieses Konzept sicherlich nicht sinnvoll angewandt werden; dort muß man die Inflationsmentalität brechen. In der Bundesrepublik ist die Situation eine andere. Das ist ein starkes Argument dafür, daß man rechtzeitig anfängt.

Die Bundesbank beabsichtigt also keineswegs, in der Bundesrepublik eine Politik der Schocktherapie zu betreiben. Wir sind in einer ganz anderen Lage als zum Beispiel die Amerikaner.

### **Giersch**

Konjunkturprognosen sollen zur Aufhellung der Zusammenhänge für vernünftige Menschen dienen, zur Krisenprophylaxe ohne Übertreibung im Rahmen dessen, was man für die Wahrheit hält.

### **Donges**

Ich glaube nicht, Herr Baron, daß es der Institute bedarf, um Einfluß auf die Lohnpolitik zu nehmen. Wenn die Bundesbank glaubwürdig erklärt, welche Politik sie betreiben will, und wenn dies eine Politik ist, die mit dem gesetzlichen Auftrag der Wahrung der Geldwertstabilität übereinstimmt, dann wissen

auch die Tarifpartner, woran sie sind. Eine Vollbeschäftigungsgarantie kann es dann ja nicht geben. Überzogene Lohnerhöhungen führen unweigerlich in mehr Arbeitslosigkeit.

Das bringt mich zum Problem der Inflationserwartung. Auch ich wollte Sie, Herr Pöhl, fragen, ob Gradualismus angewandt oder eine Schocktherapie verfolgt werden soll. Ich bin mir selber nicht darüber im klaren, was besser wäre. Wir können aus Erfahrung wenig lernen. Wir haben Beispiele von Ländern mit zweistelligen Inflationsraten - zweistellig heißt auch im Bereich von 40, 50, 60 Prozent, vor allem in Brasilien und ähnlichen Schwellenländern;- , bei denen es mit einer Strategie des allmählichen Vorgehens, der graduellen Stabilisierung also, geklappt hat. Allerdings herrschten dort andere Rahmenbedingungen als bei uns.

Nehmen wir nun einmal an, wir gingen irgendwie graduell vor, während andere Länder, zum Beispiel die USA, schockartig operieren. Nehmen wir weiter an, daß diese Länder die Entwicklung der Geldmenge an die voraussichtliche Entwicklung ihres Produktionspotentials anpassen, so daß man nach Abschluß der Operation sagen kann, wir haben zu mehr Geldwertstabilität zurückgefunden. Würde das aber nicht implizieren, daß man in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Raten der Geldmengenausweitung hat, so wie auch die Wachstumsraten des Produktionspotentials unterschiedlich sind? Zum Beispiel auch in den Ländern, die Mitglieder des Europäischen Währungssystems sind? Kann so etwas funktionieren, wenn wir die Wechselkurse nicht flexibel lassen, sondern festschreiben?

Ich bin mir zwar darüber im klaren, daß im Rahmen des Europäischen Währungssystems die Möglichkeit der Wechselkursanpassung vorgesehen ist, so daß ich stets Schwierigkeiten habe, den Unterschied zum alten System von Bretton Woods zu erkennen, der von politischer Seite immer so herausgestellt wird. Wenn wir das aber einmal außer acht lassen, ergibt sich dann nicht doch die Gefahr, auf die Herr Giersch hingewiesen hat, daß wir wieder zu unterbewerteten beziehungsweise überbewerteten Währungen kommen, zu künstlichen Standortvorteilen hier und zu künstlichen Standortnachteilen dort, von den politischen Friktionen ganz zu schweigen?

Meine zweite Frage lautet: Wenn wir eine graduelle Inflationsbekämpfung betreiben, ist damit sichergestellt, daß wir die negativen Mengeneffekte, also Produktions- und Beschäftigungseinbrüche, vermeiden können? Anders gefragt: Wenn die Bundesbank den Kurs beibehält, den sie jetzt eingeschlagen hat, und das andere wichtige Industrieländer auch tun, wird dies eine weiche Landung oder eine Bruchlandung? Ich habe die Vermutung, daß man das Vertrauen in eine weiche Landung mit hohen Erwartungen an den sozialen Konsens, von dem Herr Roth vorhin sprach, verknüpfen müßte. Wenn dieser Konsens nicht gegeben ist und sich kurzfristig nicht herstellen läßt, tritt wahrscheinlich im Zuge einer solchen Restriktionspolitik eine ganze Reihe von Anpassungsmechanismen auf, die letztlich doch zu Produktions- und Beschäftigungsverlusten führen.

Eine dritte Bemerkung bezieht sich auf die angeblich so schrecklichen Zahlungsbilanzüberschüsse, die sich jetzt wieder bei den OPEC-Ländern anbahnen. Wir kennen die Argumentation und die mitunter recht unrealistischen Projektionen aus den Jahren 1973 und 1974. Wie damals, vergessen wir bei dieser Diskussion auch heute wieder, daß die meisten OPEC-Länder zu Zahlungsbilanzdefiziten neigen - auch der Iran schon vor Khomeini. Diese Länder haben zum Teil sehr ehrgeizige Industrialisierungsziele, von ihrem militärischen Ehrgeiz ganz zu schweigen. Beides sorgt dafür, daß ein Großteil der Überschüsse irgendwo wieder angelegt wird. Ich halte es für wenig überzeugend, wenn man aufgrund der uns heute vorliegenden Daten die Zahlen fortschreibt und auf diese Weise irgendwelche Überschüsse errechnet, von denen man dann glaubt, daß sie vom internationalen Bankensystem nicht absorbiert und weitergeleitet werden können, so daß letztlich staatliche Regulierungen her müßten. Letzteres steht ja häufig etwas verschämt im Hintergrund der Diskussion.

Viertens: Herr Pöhl hat im Zusammenhang mit dem Problem der Auslandsverschuldung bei den Entwicklungsländern die Frage berührt, was geschehen könnte, wenn es mit den schrittweisen Preiserhöhungen weitergeht. Er hat als eine mögliche Reaktion genannt, daß diese Länder zu verstärkten Einfuhrrestriktionen gezwungen sein könnten. Eine verstärkte Importsubstitution wäre die Folge, Brasilien scheint etwas in diese Richtung zu gehen. Das hätte dann unmittelbare Auswirkungen auf die Exportmöglichkeiten der Industrieländer. Von daher besteht also ein unmittelbarer Zusammenhang auch für die konjunkturelle Entwicklung bei uns.

Es gibt aber alternative Strategien für diese Länder, was sie tun könnten und zum Teil auch tun. Statt die Einfuhren zu beschränken, könnten sie noch aggressiver im industriellen Warenexport werden. Das wäre dann sozusagen der Südkorea- oder der Taiwaneffekt. Damit das Erfolg hat, ist Voraussetzung, daß wir unsere Märkte offenhalten, also von protektionistischen Trends abgehen, eine



Grundannahme, die auch von Herrn Giersch gemacht wurde. Das ist immerhin eine der möglichen Optionen.

Die andere Option ist, daß die Länder, anstatt sich kurzfristig auf dem internationalen Kapitalmarkt zu verschulden, versuchen, günstige Standortbedingungen für langfristiges Kapital herzustellen, also den Zufluß von ausländischen Direktinvestitionen zu beschleunigen. Das bedeutet, daß man in den Industrieländern, auch in der Bundesrepublik, all jene Unternehmen, die nicht bereit oder in der Lage sind, sich durch Prozeß- oder Produktinnovationen an die neuen Verhältnisse anzupassen und einen neuen Innovations- und Wachstumsschub in Gang zu setzen, die Möglichkeit eröffnet, das Kapital zu den Arbeitsplätzen in solchen Ländern zu bringen. Hier könnte man einiges tun.

Meine letzte Bemerkung hängt mit ölpreisstrategischen Überlegungen zusammen. Herr Oppenheimer hatte sich ja für eine Art Rationierung ausgesprochen und England als erfolgreiches Beispiel dafür genannt. Wenn wir jedoch Rationierung betreiben, begeben wir uns eines Freiheitsgrades in unserer eigenen Energiepolitik. Energiepolitik heißt ja nicht nur Energie sparen, sondern auch alternative Energien entwickeln oder solche alternativen Energien, die wir schon haben, wie die Kohle, stärker zu mobilisieren. Die Erfahrungen mit Rationierung im Erdölbereich und anderswo sind nicht gerade ermunternd. Übrigens würden wir dafür sorgen, daß die Kartellierungsfähigkeit von Erdöl noch lange erhalten bleibt.

### **Pöhl**

Was Herr Donges über das Europäische Währungssystem gesagt hat, dem habe ich nichts hinzuzufügen. Das sind genau die Risiken, die wir alle kennen, und die Entwicklung wird zeigen, ob die Voraussetzungen für das Funktionieren des EWS gegeben sind oder nicht, daß man nämlich rechtzeitig Wechselkurse anpassen kann. Dieses Jahr hat es gut geklappt, aber das ist überhaupt keine Gewähr dafür, daß es auch in Zukunft klappen wird. Die eigentliche Bewährungsprobe steht uns noch bevor.

Dann die Frage der Überschüsse und Defizite 1974. Sie sagen, Herr Donges, auch damals habe man solche Tartarenmeldungen verbreitet. Nun, die Überschüsse waren damals wahrscheinlich geringer, als sie jetzt sein werden. Das ist ja immerhin ein bemerkenswerter Unterschied. Die Prognosen waren seinerzeit in der Tat sehr besorgt. Ich erinnere mich an eine große Konferenz in Rom im Januar 1974, wo man sich große Sorgen über das Recycling und andere Dinge machte. Was keiner vorausgesehen hat, war die Fähigkeit des privaten Bankensystems, den Prozeß des Recycling zu besorgen. Aber ich bin, wie gesagt, skeptisch, ob das in Zukunft noch so leicht möglich sein wird; denn 1974 fing man praktisch mit Null an. Inzwischen sind, wie wir hier gehört haben, die Länderrisiken in den Bilanzen der Banken sehr hoch. Auch die Summen sind dieses Mal größer.

Im übrigen, Herr Donges: Auch damals war die Sache nicht so einfach.

### **Donges**

Das habe ich nicht behauptet.

### **Pöhl**

Erinnern Sie sich bitte daran, wie die Welt 1976 aussah. Was war mit England, was war mit Italien? England stand fast am Rande des Kollaps, und zwar in erster Linie wegen des Riesendefizites. Heute ist die Lage günstiger. Diesmal sind es nicht die Industrieländer, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten haben werden, sondern es sind die Entwicklungsländer - eine bestimmte Gruppe von Entwicklungsländern, muß man genauer sagen. Ich sehe also keinen Grund, über diese Entwicklung nicht besorgt zu sein.

Sie fragen, Herr Donges, ob die Bundesbank eine Politik der Schocktherapie verfolgt und ob es eine weiche Landung gibt oder nicht. Schocktherapie ist keineswegs unsere Absicht. Was wir tun ist, daß wir im Jahre 1979 versucht haben und für 1980 versuchen werden, die Geldmenge im Rahmen unserer Zielsetzung zu halten. Wir haben 1978 vorübergehend darauf verzichtet und wegen der Wechselkursentwicklung und aus Gründen der konjunkturellen Situation ein Überschießen unseres Geldmengenziels toleriert. Wir glaubten dazu um so eher berechtigt zu sein, als ja die Aufwertung der D-Mark mit dazu beigetragen hat, daß die Preisentwicklung außergewöhnlich günstig verlief. Nachdem sich aber diese beiden Faktoren, sowohl die Wechselkurse als auch die Konjunktur, Ende 1978 entscheidend geändert haben, haben wir im Dezember 1978 gesagt, wir stellen wieder ein Geldmengenziel auf, und diesmal wollen wir es auch einhalten.

Es ist meines Erachtens falsch, wenn Sie sagen, Herr Donges, die Bundesbank würde eine besonders restriktive Politik verfolgen. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Die Politik, die wir 1979 verfolgt haben, war lediglich darauf ausgerichtet, unser Geldmengenziel, das von allen, von der Regierung und von den Experten akzeptiert wurde, einzuhalten. Die Zentralbankgeldmenge ist 1979 gegenüber 1978 um 6,5 Prozent gestiegen - das würde ich nicht als besonders restriktiv bezeichnen.

Das Kieler Institut benutzt einen anderen Indikator, nämlich  $m_1$ . Wir halten diesen Indikator für falsch. Er ist nach unserer Auffassung zu eng und gibt die Entwicklung nicht richtig wieder. Wir haben einen anderen Indikator. Darüber kann man unter Experten lange streiten, welches der bessere Indikator ist. Aber wenn Sie einen anderen Indikator benutzen, kommen Sie natürlich auch zu einem anderen Ergebnis.

### **Donges**

Wenn Sie das Geldmengenziel in Form einer Bandbreite definieren, besteht dann nicht zumindest die Gefahr, daß Sie die Geldausweitung zwar formal innerhalb des Zieles halten können, daß Sie aber, wenn Sie im Laufe einer Periode vom oberen zum unteren Ende wandern, doch eine monetäre Dezeleration bewirken?

### **Pöhl**

Sie haben recht, das ist im Augenblick der Fall.

### **Donges**

Das würden Sie also akzeptieren, wenn das von Kiel so gesagt wird?

### **Pöhl**

Ja.

### **Gutowski**

Ich finde, Herr Pöhl, Sie gehen mit den Worten restriktiv und expansiv zu salopp um - ähnlich verhält es sich bei Herrn Giersch mit dem Begriff Rezession. Wenn es immer so wäre, wie Sie es eben gesagt haben, daß der Trend das Normale ist, während Abweichungen vom Trend nach oben expansiv und Abweichungen vom Trend nach unten restriktiv sind, dann sollte man auch nicht mehr von restriktiver Politik reden, wenn Sie die Leitzinsen hochsetzen, nur um das Geldmengenwachstum wieder auf den geplanten Trend zurückzuführen.

### **Pöhl**

Aber das ist auch ein bißchen Semantik.

### **Roth**

Ich habe nicht erst heute gelernt, sondern auch schon früher vermutet, daß die Suche der OPEC-Staaten nach vernünftigen Anlagen bei uns zu einem erheblichen Problem werden wird. Da sind wir uns offenbar alle einig.

Herr Donges hat nun von Ländern gesprochen, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten haben. Einige von denen hätten sicher die Möglichkeit, zu uns Waren zu exportieren. Es gibt aber auch solche Länder, die gar nicht mehr zahlungsfähig sind, aber auch nichts exportieren können, zum Beispiel die mittleren Länder in Afrika, wie Tansania, Sambia, Kenia und andere. Frage: Könnten wir nicht Joint Ventures mit den Ländern machen, die Kapital exportieren wollen - indem wir ihnen eine gewisse Sicherheit im D-Mark-Bereich bieten? Ziel dieser Joint Ventures wäre, Investitionen in den Ländern der Dritten Welt vorzunehmen, die nicht exportfähig sind, bei denen aber von ihren Nachfragemöglichkeiten her für uns Chancen bestünden, Infrastrukturen aufzubauen oder weiterzuentwickeln.

Meine Idee wäre also: Könnten wir nicht eine gewisse Garantie dafür abgeben, daß diese Gelder der OPEC-Länder nicht von einer ähnlichen Entwertung bedroht werden, wie das bisher beim Dollar der Fall war? Das bedeutet Risikoteilung. Wir könnten dann mit Investitionen in die Dritte Welt gehen, wo hohe Bedürfnisse und große Investitionschancen vorhanden sind. Ließe sich das nicht organisieren?

Wir haben unsere Dollarreserven bisher gewissermaßen zu Entwicklungshilfebedingungen gehalten. Ich habe einmal nachgerechnet: Die Dollarguthaben der Deutschen Bundesbank hätten in den letzten

10 Jahren eine Verzinsung von zweieinhalb Prozent gebracht. Sie haben ja selber gesagt, Herr Pöhl, im letzten Jahr mußten wir 7,5 Milliarden D-Mark abschreiben, also 4 Milliarden Dollar. Könnte man da nicht versuchen, etwas zusammenzubringen?

Ich höre, daß die Kuwaiter und andere an einer solchen Regelung gar nicht uninteressiert wären. Der Absorptionsbedarf der OPEC-Staaten ist sehr unterschiedlich. Algerien beispielsweise könnte noch viel kaufen. Andere Staaten haben Schwierigkeiten. Könnte man das nicht zusammenbringen? Das würde der Diskussion jedenfalls einen positiven Akzent geben.

### **Caspari**

In der Kooperation zwischen den OPEC-Staaten und den westlichen Industrieländern stellen sich zwei Probleme, Herr Roth. Erstens, wie kann man in der echten Entwicklungshilfe zusammenarbeiten und zweitens, wie kann man bei Investitionen in Risikokapital kooperieren?

In der echten Entwicklungshilfe besteht eine Zusammenarbeit. Die OPEC-Staaten geben zwei bis drei Prozent ihres Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe aus. Sie sind sehr aktiv in Afrika, haben aber keine Organisation, um das zu kontrollieren und arbeiten deshalb mit unserem europäischen Fonds eng zusammen. Oft haben wir nur eine Minderheit, und der Hauptteil des Geldes kommt von den OPEC-Staaten.

Was den zweiten Punkt angeht, so hatten wir bisher noch nicht den Eindruck, daß die Araber bereit sind, mit Risikokapital in Joint Ventures einzusteigen. Sie haben noch nicht genügend unternehmerische Fähigkeiten, und sie sind einfach zu mißtrauisch, um Risikokapital in Entwicklungsländern bereitzustellen.

### **Roth**

Ich meine nur das Risikokapital, nicht die normale Entwicklungshilfe.

### **Schiller**

Ich stimme mit Herrn Pöhl und Herrn Giersch im wesentlichen überein: Bei Herrn Giersch habe ich in Sachen Prognose und Diagnose einige Bedenken, wobei ich noch hinzufügen möchte, daß ich mit den meisten grundsätzlichen Feststellungen von Herrn Giersch in Sachen rationaler Gradualismus sehr einverstanden bin. Das gilt auch für die Beurteilung des Europäischen Währungssystems und für die monetäre Politik.

In der Konjunkturprognose stimmen wir nicht ganz überein. Herr Giersch hat am Anfang so eine Art gregorianischen Kalender zur Determinanten unserer Konjunktur gemacht: Immer am Ende einer jeden Dekade eine Hochkonjunktur. Als alter Mann bin ich da sehr skeptisch geworden. Im Jahre 1979 hatten wir so viele Jubiläen, und ein solcher Determinismus, wie er bei Herrn Giersch anklang, kann zu gewissen Prognosen verführen, etwa so: Vor 50 Jahren begann die Weltwirtschaftskrise; vor 40 Jahren brach der Zweite Weltkrieg aus; vor 30 Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet, und wir bekamen eine konservativ-liberale Regierung; vor 20 Jahren wurde das Godesberger Programm der SPD geschaffen, und vor 10 Jahren wurde die sozial-liberale Koalition als Regierung installiert. Nach dieser Determinanz im Sinne eines gregorianischen Kalenders hätte die derzeitige Bundesregierung noch eine Chance von 7 bis 10 Jahren, je nachdem ob man die vorherige konservativ-liberale Regierung auf 17 oder auf 20 Jahre terminiert.

Ich habe da einige Skepsis, ob das milden ökonomischen und politischen Zyklen so kalendermäßig abläuft - zumal jetzt noch ein anderer Kalender, ein Mondkalender, weltwirtschaftlich und weltpolitisch wirksam wird. Wir sehen aber, die Entwicklung geht tatsächlich ungerührt von solchen äußerlichen Abschnitten weiter.

Sie sagten, Herr Giersch, Sie hätten bei Ihrer Prognose von 1,5 Prozent Wachstum die neuen Ölpreissteigerungen gewissermaßen internalisiert. Ich habe mir das Minderheitsvotum des Kieler Instituts - das mir in vieler Hinsicht bis heute hin so nahesteht - noch einmal angesehen. Ich habe darin nichts von einer Internalisierung der Ölpreisbewegung gefunden; ich habe im wesentlichen eine monetäre Ableitung gefunden und nicht mehr. Deswegen setze ich da ein Fragezeichen.

Das Zweite ist: Wenn wir von den neuen Ereignissen einmal absehen, war es doch bisher ziemlich allgemeine Meinung, daß die Zuwachsraten im Welthandel von sechs Prozent im Jahr 1979 auf vier Prozent im Jahr 1980 heruntergehen würde - aus vielerlei Gründen. In diese Rahmenbedingung wurde sozusagen die bundesdeutsche Entwicklung hineinprojiziert, und dann kam man auf drei oder

zweieinhalb oder nur zwei Prozent. Das ist vielleicht umzuwerfen durch die neue Ölpreissteigerung, aber das ist dann doch eine Novität.

Ein Drittes, Herr Giersch. Sie haben in Ihren späteren Einlassungen ein wenig pessimistischer argumentiert und sich etwas näher an 1974/75 bewegt - vielleicht mehr, als in dem Minderheitsgutachten der Institute bei der Gemeinschaftsdiagnose zum Ausdruck kam. Ich bin auch da etwas zögerlich. Sehen Sie, 1973/74 war, wenn ich mich nicht irre, die Weltinflation und in Sonderheit die europäische Inflation viel vehementer als heute. Wenn wir die entscheidenden Länder nehmen, dann kommen wir auf ganz dicke Zahlen, die über den heutigen liegen. Ich stimme Herrn Giersch zu, daß ein Teil der Rezession 1974/75 eine Stabilisierungsrezession war. Entsprechend würde ich sagen: Da die Inflation im Jahr 1979 insgesamt nicht so vehement war wie 1974, dürften auch die krisenhaften Stabilisierungserscheinungen etwas geringer sein.

Dazu kommt noch: 1974 passierte bei uns - und auch in anderen Ländern - ein fundamentaler Fehler in der Einkommenspolitik. Ich erinnere an meinen Freund Kluncker. Wir wissen alle, daß der Sprung, den es 1974 gegeben hat - zusammen mit dem Einzug des Monetarismus in die Bundesrepublik, der richtig war;- , erheblich zu den rezessiven Tendenzen beigetragen hat. Ich meine, es ist bis heute die Auffassung aller, daß sich dieser Kunstfehler in der Einkommenspolitik im Jahre 1979/80 nicht wiederholen wird.

Ein vierter Punkt. Wir haben im Jahre 1974 und in den folgenden Jahren sicherlich im großen Umfange nicht nur konjunkturelle Arbeitslosigkeit - als Folge eines Rückgangs der Nachfrage-gehabt, sondern auch Umstellungsarbeitslosigkeit, wie ich es einmal nennen will. Denn wir hatten bis 1973 - das hat niemand so sehr wie Herr Giersch immer wieder betont - unter falschen Wechselkursen gelebt und traten erst ab März 1973 in eine neue Welt flexibler Wechselkurse ein. Dieser Umstellungsprozeß mußte natürlich gerade in der westdeutschen Volkswirtschaft zu gewaltigen Strukturwandlungen führen und mit Arbeitslosigkeit verbunden sein. Das ist heute nicht mehr in dem Umfange gegeben, weil wir gottseidank eine lange Zeit flexibler Wechselkurse hinter uns haben, und ich hoffe, daß wir dabei auch in Zukunft bleiben werden. Das betrifft natürlich die Frage des Europäischen Währungssystems. Ich bin da mit Herrn Giersch völlig einer Meinung und ähnlich skeptisch gegenüber dem EWS in einer Situation, wo wir die Flexibilität der Wechselkurse weiterhin brauchen.

Fünftens sagte Herr Giersch mit Recht, wir genießen jetzt die Früchte der Angebotspolitik der letzten Jahre. 1979 sind an die 400.000 Arbeitsplätze geschaffen oder neu besetzt worden. Das zeigt, daß sich die Ergänzung der Nachfrageförderung durch Angebotspolitik gelohnt hat. Das Jahr vorher hatte an die 200.000 Arbeitsplätze gebracht. Das bildet doch einen Plafond für das Jahr 1980, der besser ist als das, was wir im Jahre 1974 hatten. Und Herr Giersch hat wiederholt von der robusten Investitionsneigung der Privaten gesprochen, die heute noch prävalent ist.

Als sechstes nehme ich das Argument von Herrn Schleiminger auf: Wir haben jetzt immerhin einen besseren Status quo in bezug auf die Zahlungsbilanzen der Industrieländer. Die jetzige Lastenverteilung ist günstiger, als wenn wir neu in eine zusätzliche Belastung hineinstarten.

Siebtens. Die Chancen des Recycling halte ich heute vom Standpunkt der Kapitalüberschußländer, das heißt derjenigen Ölländer, die wirklich Zahlungsbilanzüberschüsse produzieren - und dieser harte Kern sind nur wenige, wie hier mit Recht betont wurde;- , für besser als 1974, einfach aufgrund der Tatsache, daß diese Länder inzwischen gelernt haben, mit diesen Dingen umzugehen. Sie sind den internationalen Kapital- und Geldmärkten nähergerückt; sie haben Bankverbindungen, sie gehen mit unseren Leuten im Euromarkt und in unserem Geldsystem um wie mit guten alten Bekannten. Ich würde sagen, wenn wir ihnen mehr an Anlagemöglichkeiten bieten - ich will das nicht noch einmal wiederholen;- , müßte es eigentlich klappen.

Eine Lücke sehe ich geographisch - modern sagt man jetzt auf einmal wieder geopolitisch - in Ostasien, in Japan. Warum Japan nicht stärker in den Prozeß des Recycling und in die Liberalisierung des Kapitalverkehrs einbezogen wird, ein Land, das noch viel Kapital braucht, ist schwer zu verstehen.

Im ganzen würde ich sagen, Herr Giersch, ausgehend von Ihrer Diagnose und dem, was wir hier diskutiert haben, sehe ich die Chancen für 1980 als nicht so schlecht an.

### **Giersch**

Zunächst zu den internationalen Problemen. Es gehört zu meinem Normbild von der Weltwirtschaft, daß die reichen Länder Leistungsbilanzüberschüsse erzielen sollen. Woher sollte sonst das Kapital kommen, um für Millionen potentiell produktiver, aber arbeitsloser Arbeitskräfte in der dritten Welt Arbeitsplätze zu schaffen?

So war es für die Bundesrepublik angeraten, auf internationalen Konferenzen zum Ausdruck zu bringen, daß nicht wir oder Japan mit unserer Exportlastigkeit falschlügen, sondern vielmehr die Vereinigten Staaten, die sich als reiches Land einen Importüberschuß leisten und damit vom Rest der Welt alimentieren lassen. Die Umstellung war vor allem dort nötig und kaum hier.

Gleichwohl hat es die Strukturanpassung gegeben: ein Schrumpfen unseres internationalen Sektors, vor allem des Beschäftigungsvolumens in unserer Industrie. Wahrscheinlich wäre es besser gewesen, wenn eine Umschichtung innerhalb der Industrie stattgefunden hätte, insbesondere zugunsten der Investitionsgüterindustrie. Das hätte der Rolle entsprochen, die uns langfristig im internationalen Wirtschaftsverkehr zufällt. Sie besteht darin, daß wir zugleich mit dem Kapital- und Ressourcentransfer, den Frau Dingwort-Nusseck angesprochen hat, Kapitalgüter liefern, die allerdings auf die Verhältnisse in der Dritten Welt zugeschnitten sein müssen. In einer Welt, in der es internationalen Kapitalverkehr gibt und geben muß, darf man auf keinen Fall die Zahlungsbilanz mit der Leistungsbilanz gleichsetzen.

Grundsätzlich, Herr Schiller, vergleiche ich die Situation 1980/81 nicht mit der von 1974/75. Damals hatten wir nach meiner Terminologie eine Maxirezession, während ich für die nächste Zukunft eine Minirezession erwarte. Denn in dem langen Aufschwung seit 1975 konnten die Unternehmen Gewinnpolster bilden, die 1974 nach der Kluncker-Runde deshalb nicht vorhanden waren, weil wir in der Bundesrepublik 1973 nur einen Mini-Boom und folglich nicht genügend Federkraft hatten, um die Stoßwirkung von der Lohnkostenseite bei den marginalen Arbeitsplätzen abzufangen. Insofern besteht also ein fundamentaler Unterschied, und ich denke nicht daran, hier einen Vergleich zu ziehen, auch nicht implizit.

Ich würde auch nie den Welthandel als eine exogen gegebene Gesamtgröße hinstellen und dann fragen, wie diese denn aufgeteilt wird. Die Aussage, wir könnten wegen eines vorgegebenen Zuwachses im Welthandel nur diesen oder jenen Zuwachs im Sozialprodukt der Bundesrepublik erwarten, halte ich für fundamental falsch. Vielmehr ergibt sich die Entwicklung des Welthandels aus den wirtschaftlichen Aktivitäten, die in den einzelnen Ländern stattfinden. Das Makrosystem ist nicht die Ausgangsbasis, sondern die Folge von Mikrodektionen.

Nun zur Kieler Prognose. Die wörtliche Fassung des Minderheitsvotums stammt vom Oktober. Solche Voten werden in eigener Verantwortung von denen geschrieben, die an der Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose direkt mitwirken, und sie beziehen sich nur auf Punkte, in denen die Diskussion zu keiner Einigkeit geführt hat. Was unstrittig ist, steht im Haupttext. Was ich heute vorgetragen habe, ist meine persönliche Auffassung, bezogen auf den Wissensstand vom Dezember.

Im Kieler Institut für Weltwirtschaft wird schon seit längerem die Auffassung vertreten - zumindest Herr Schneider weiß das, seit wir im wissenschaftlichen Beirat darüber gesprochen haben;- , daß Veränderungen des Ölpreises künftig zyklischer Natur sein werden. Die Schätzgleichungen reflektieren diesen Zusammenhang, auch in bezug auf die Ölpreis-Explosion von 1973/74, die keineswegs exogen angeführt werden mußte, um die Konjunkturentwicklung zu erklären.

Ich halte auch die Entwicklung an der Lohnfront des Jahres 1974 nicht für exogen, bestand doch damals durchaus eine Konstellation, die so hohe Tarifabschlüsse zu rechtfertigen schien, da allenthalben eine Beschleunigung der Inflation bis auf 10 Prozent erwartet wurde. Was nicht bekannt war, war der scharfe Kurswechsel, den die Bundesbank schon 1973 vollzogen hatte. Daher gab es den Beschäftigungseinbruch, wie ihn die Schätzgleichungen nachträglich vorhersagen.

### **Schiller**

Der Sachverständigenrat hat Ende 1974 die Einkommenspolitik des Jahres 1974 als exzessiv bezeichnet.

### **Grüner**

Und der Bundeskanzler hat vorher ausdrücklich gewarnt; es war der erste Bundeskanzler, der überhaupt den Mut gehabt hat, deutlich niedrigere Zahlen zu nennen.

### **Gutowski**

Ich habe 1974 bei Metall geschlichtet - da war der Abschluß im öffentlichen Dienst schon passiert. Ich hatte empfohlen, sich nicht darauf zu verlassen, daß die Inflationsrate 10 Prozent betragen würde, weil die Bundesbank nach Freigabe der Wechselkurse die Möglichkeit habe, ihre Stabilisierungspolitik fortzusetzen. Das haben beide Seiten damals nicht geglaubt.

Der entscheidende Umschwung in dieser Schlichtung kam nach einem Rundfunk-Interview mit dem heutigen Bundeskanzler, damals noch Finanzminister. Einer der Teilnehmer an der Schlichtung hatte das Interview auf Band aufgenommen und spielte es vor uns ab. Wir hörten Schmidt etwa folgendes sagen: "Nach diesem Abschluß im öffentlichen Dienst würde ich, wenn ich Metalller wäre, auch mehr verlangen." Die Tarifrunde 1974 ist also von allen Seiten betrachtet total schiefgelaufen.

### **Donges**

Vielleicht kann man die Frage, inwieweit die Ölpreiserhöhung in dem Minderheitsvotum des Kieler Instituts endogenisiert ist, auch anders angehen. Wenn man daran glaubt das ist allerdings eine wichtige Bedingung;-, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen der Entwicklung der Geldmenge und der des Sozialprodukts, dann läßt sich aus der voraussichtlichen Geldmengenausweitung im Jahre 1980 eine bestimmte Prognose über das Wachstum des Sozialprodukts machen. Wenn jetzt im nachhinein eine Ölpreiserhöhung draufgesattelt wird, hat das Folgen für die Lohnpolitik oder, anders ausgedrückt, für den Teil des Produktivitätszuwachses, der noch zur Verfügung steht, um ihn sozusagen kostenniveauneutral im Inland zu verteilen.

Die Prognose als solche über die Entwicklung des Sozialprodukts 1980 braucht dadurch nicht beeinflußt zu werden. Im übrigen haben meine Kollegen mit einer Erhöhung des Kontraktpreises für Öl von 10 Dollar je Barrel für den Jahresdurchschnitt 1980 gegenüber dem vierten Quartal 1979 gerechnet. Wieviel mehr es tatsächlich wird, müssen wir erst noch sehen. Ich wage da keine Prognosen.

### **Androsch**

Sie haben die Entwicklung in Österreich so ein wenig als beispielhaft hingestellt, Herr Roth. Ich glaube nicht, daß sich aus einem Einzelfall Schlußfolgerungen für die Praxis ableiten lassen. Österreich ist für nichts ein Modell und für gar nichts ein Patentrezept. Es hat in den letzten Jahren offensichtlich den Vorteil gehabt, ein kleines überschaubares Land zu sein, in dem die politische Entscheidungsfähigkeit durch mindestens zwei Umstände gewährleistet war. Erstens durch eine Majoritätsregierung - daher keine Rücksichtnahme auf Koalitionspartner und auf allfällige Opposition in einer zweiten Kammer. Zweitens durch den schon erwähnten Basiskonsens.

Dieser Basiskonsens versteht sich nicht nur aus den historischen Gegebenheiten der 20er und der 30er Jahre; er besteht zwischen den Wirtschaftspartnern und zwischen diesen und der Regierung, wie immer sie zusammengesetzt sein mochte. Zum anderen gibt es aber auch - und das ist vielleicht ebenfalls eine Besonderheit - einen Konsens zwischen dem Finanzministerium, der Zentralbank und dem Bankenapparat.

Ich erwähne das deswegen, weil mir dabei zwei Dinge von operationaler Bedeutung zu sein scheinen, nämlich ein Mindestbasiskonsens über das, was geschehen soll, und die Entscheidungsfähigkeit, daß es geschieht.

Von dem ausgehend, will ich mich jetzt zur Prognose äußern. Zunächst aber ein kurzer Rückblick auf die Jahre 1973 bis 1975, wobei ich zu meinem Freund Karl Otto Pöhl ein wenig in Widerspruch gerate. Was immer an der jetzigen Situation gefährlicher sein mag, in folgender Hinsicht ist es heute leichter als damals: Der Schock mit seiner lähmenden Wirkung war 1973 ungleich größer als heute. Wenn ich mir vorstelle, wie diese Diskussion hier Ende 1973 ausgesehen hätte, dann würden wir alle geglaubt haben, wenn daneben noch ein Klavier spielte, wir befänden uns auf der untergehenden Titanic. So war damals nämlich die Stimmung. Das ist heute gottseidank nicht der Fall.

Dann kam erst recht die falsche Reaktion: Sie ging nicht unter, Welch ein Jubel: "Wir sind mit dem blauen Auge davongekommen; es ist eh nichts passiert." Es fanden sogar noch Exportsteigerungen statt. Neben allem, was im Einzelfall richtig war - hier Kluncker, da dies oder jenes;-, erlebten wir den Kollektivirrtum der Prognostiker. Nicht zuletzt deshalb sind wir in den,, Kunstfehler" - so hast Du es genannt, Karl - der Einkommenspolitik hineingeraten. Der Schock war überwunden, die Hoffnung - unbegründet zwar - wieder da, eine gute Prognose: Warum sollte man nicht versuchen, auch die eigene Situation zu verbessern?

Und auch eine weitere falsche Reaktion, indem man nämlich meinte, die Verschiebung der Real-Einkommensverteilung, die sich im inländischen Preisniveau als "Teuerung" und nicht als "Inflation" äußerte, mit einer restriktiven Geldpolitik bekämpfen zu sollen. Die automatischen Stabilisatoren haben gewirkt, aber nicht diskretionär - eine diskretionäre Fiskalpolitik kam erst später auf das Feld.

Das alles hat sich im negativen Sinn addiert und kam zu dem deflationären Effekt der Ölpreisteuerung von nahezu 400 Prozent hinzu. Damals wußte man noch nicht, wie man das monetär bewältigen sollte - da sind wir bei allen Schwierigkeiten heute sicherlich weiter.

Daher würde ich im Hinblick auf das Jahr 1980 sagen: Das heurige Jahr war besser, als alle Prognosen vorhergesagt haben - trotz Khomeini-Effekt, und so angenehm war der ja nicht gerade;- , wenngleich gewisse Auswirkungen wohl erst im nächsten Jahr zum Tragen kommen werden, wie wir heute gehört haben. Aber immerhin. Für mein eigenes Land kann man sagen: Es war ökonomisch gesehen ein "großer Jahrgang"; deshalb kann es, nach der Wahrscheinlichkeit, eigentlich nur schlechter werden. Ob das schon rechtfertigt, eine Rezession anzunehmen, frage ich mich nach dieser Diskussion. Es könnte ja sein, daß je pessimistischer die Voraussagen ...

Was die Voraussagen angeht, so zeigt sich folgendes Bild: Die internationalen Organisationen haben die pessimistischsten Voraussagen gemacht. Die nationalen Prognoseinstitute sind schon etwas optimistischer. Am optimistischsten ist die Wirtschaft selbst, die ihre Auftragsbücher eigentlich kennen sollte - wenngleich sich Aufträge auch sehr rasch ändern können. Offenbar ist das aber der Grund, der Herrn Giersch veranlaßte zu sagen, es gibt so etwas wie eine robuste Investitionsneigung. Und wenn ich die Überlegungen von Herrn Lantzke richtig verstanden habe, dann trifft die pessimistische internationale Einschätzung am Energiesektor möglicherweise gar nicht ein.

Es könnte aber sehr leicht etwas anderes eintreten, daß nämlich das Regulativ wieder einmal der Arbeitsmarkt ist. Ich weiß schon: Arbeitskräftepotential, Arbeitsmarkt - das ist keine einheitliche Größe; das sind sehr unterschiedliche regionale und qualifikationsbezogene Teilmärkte. Aber es ist etwas, das mit der politischen Entscheidungsfähigkeit zusammenhängt. Den Basiskonsens und die sich darauf gründende politische Entscheidungsfähigkeit würde ich nicht sehr hoch veranschlagen, wenn die Arbeitslosenziffern stark ansteigen - national nicht; nicht in der EG mit 16 Millionen Arbeitslosen; und nicht weltweit mit 250 Millionen. Und man schätzt, falsch oder richtig, daß es in 20 Jahren 750 Millionen Arbeitslose sein könnten. In dieser Angabe können große Irrtümer stecken, aber daß es ein Problem ist, dürfte damit deutlich geworden sein. Das habe ich in den Beiträgen hier vermißt. Und es ist allenthalben leichter, das Entstehen eines Arbeitslosensockels zu verhindern, als ihn wieder abzubauen, wenn er erst einmal vorhanden ist.

Aber unabhängig von den Beschäftigungserfordernissen, auch wenn man das Versorgungsniveau - materiell und immateriell - betrachtet, so ist es selbst in den reichen Industriestaaten keineswegs schon überall so, daß man sagen könnte: Na ja, jetzt hat's ein Ende. Das gilt schon gar nicht für die Nord-Süd-Beziehung. Deshalb brauchen wir Wachstum - sicherlich humanes, differenziertes, qualitätsbezogenes. Herr Giersch hat darauf verwiesen, daß der Umweltaspekt schon viel mehr berücksichtigt wird, als wir rechnerisch, statistisch bereits festhalten können.

In diesem Zusammenhang will ich gar nicht bestreiten, daß es noch immer so etwas wie einen Konjunkturzyklus gibt. Es wird Leute geben, die sagen, das kapitalistische System weise bei all seiner Leistungsfähigkeit in anderen Dingen dieses Merkmal der Instabilität auf. Aber dann gibt es politisch diskretionäre Entscheidungen, die vielleicht viel gravierender sind.

Daher frage ich mich, ob wir gut beraten sind, wenn wir alles auf das Inflationsproblem reduzieren. Dabei ist gar nicht einmal entscheidend, was davon hausgemacht ist und was von außen hereinkommt aufgrund der Teuerung nicht nur beim Erdöl. Wir meinen, das alles über den Geldhahn, mit dem Zinsfuß und so weiter lösen zu können. Besteht nicht in Wahrheit, zumindest bei der Energie - aber nicht nur dort ein Engpaß? Handelt es sich also nicht vielmehr um ein Strukturproblem?

Worauf es eigentlich ankommt, ist eine Entkoppelung. Und wir haben schon sechs Jahre versäumt oder nicht optimal genutzt. Damit verbunden sein müßte ein geordneter Rückzug aus dem Erdöl. Dazu gehört auch - es muß ein wenig frivol klingen, wenn ein Österreicher das sagt - die Option zur Kernenergie. Denn ich sehe hier eine weltweite soziale Frage und nicht nur ein Problem, mit dem sich reiche Industriestaaten intern beschäftigen können, so groß die Schwierigkeiten auch sein mögen.

Die Energiekrise ist tatsächlich eine Krise. Herr Giersch wollte ja zu Recht das Wort Krise etwas aus dem Sprachgebrauch ziehen. Solange es sich nämlich um Probleme handelt, die man lösen kann, ist es keine Krise. Wir neigen in Europa seit geraumer Zeit ohnehin allzusehr dazu, jedes Problem mit dem zum Fatalismus führenden Wort Krise zu belegen. Aber bei der Energie ist es berechtigt, von Krise zu sprechen.

Hier ginge es darum zu substituieren; das war mit dem Stichwort Energieproduktivität angesprochen. Dafür sind Investitionen notwendig. Da liegt aber zugleich unser größtes Beschäftigungs- und Innovationspotential. Wir haben schon viel Zeit verloren, um so wichtiger wäre es, sie jetzt zu nutzen.

In dem Zusammenhang eine Bemerkung zur Frage Finanzierung oder Adjustierung. Ich meine beides; denn wir dürfen auch den Zeitfaktor nicht außer acht lassen. Gelegentlich braucht man die Finanzierung, damit man die Voraussetzungen schafft, um einen Adjustierungsprozeß in Gang zu setzen.

Nehmen wir die beiden monetären Niveaus, das nationale und das internationale. Am nationalen wird allenthalben restriktiv vorgegangen, und am internationalen haben wir es mit riesiger Liquiditätssteigerung von hundert Milliarden zu Beginn dieses Jahrzehnts auf 500, 600, 700, 800 Milliarden zu Ende des Jahrzehnts zu tun.

Der kleine Kaufmann um die Ecke und der Klein- und Mittelbetrieb werden von der nationalen Politik getroffen. Das Großunternehmen dagegen kann disponieren. Das hat den negativen Struktureffekt, den man in einigen Ländern zumindest in der Bauwirtschaft feststellen kann. Das ist inzwischen aber auch zu einer Quelle hausgemachter Inflation geworden.

Ich kehre zum Ausgangspunkt zurück. National und über die Grenzen hinweg brauchen wir einen Basiskonsens, was die Beurteilung der Probleme angeht. Hinzukommen muß eine größere politische Entschlossenheit, die Dinge zu lösen. Was immer man dem EWS aus technischen Gründen an Skepsis entgegenbringen kann, mein Eindruck ist, daß diese politische Überlegung zumindest ein positiver Schritt in die richtige Richtung war.

### **Riese**

Mich würde interessieren, Herr Androsch, wie Österreich eigentlich die Reduktion der Inflationsrate geschafft hat, die Mitte der 70er Jahre noch höher war als in der Bundesrepublik und die jetzt unter der der Bundesrepublik liegt? Offenbar ist dies nur um den Preis zumindest vorübergehender Realeinkommensverluste möglich gewesen. Dann liegt in der Tat - wenn es bewußt geschieht, in Abstimmung mit den Gewerkschaften zum Beispiel - eine Art von Basiskonsens vor, der eine Schocktherapie im Sinne einer Kreation von Arbeitslosigkeit, wie sie in der Bundesrepublik notwendig war, überflüssig macht.

### **Androsch**

Wie haben wir das geschafft? Mit einer Hartwährungspolitik, die nach den Textbüchern angesichts der gegebenen Situation gar nicht erlaubt war, nämlich mit einem tendenziell oder strukturell mehr oder minder großen Leistungsbilanzdefizit. Insofern haben Sie recht, daß wir das in einer überschaubaren Größenordnung fremdfinanziert, also extern finanziert haben. Hinzu kam, daß unsere Haupthandelspartner, die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz, Stabilität produziert haben und infolge des Basiskonsens die Möglichkeit bestand, das in die Binnenwirtschaft zu transmittieren. Dazu kommt die moderate Einkommenspolitik. Der Abschluß für 1980 beträgt deutlich unter fünf Prozent.

### **Schiller**

Felix Austria.

### **Androsch**

1975 passierte der Kunstfehler in der Einkommenspolitik mit einer gleichzeitigen Verschlechterung - das ist unsere Schwachstelle - der außenwirtschaftlichen Flanke. 1976/77 eine nicht vertretbare Verschlechterung in Richtung Leistungsbilanz bis vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts. 1977 fand dann eine Kurskorrektur statt. Inzwischen ist das Leistungsbilanzdefizit negligable, und einen Überschuß wollen wir gar nicht, solange das Land in einem Aufholprozeß begriffen ist.

### **Dingwort-Nusseck**

Sie trafen die Feststellung, Herr Androsch, die wir natürlich teilen und ebenso wie Sie bedauern, daß die nationale Geldpolitik durch Euromärkte partiell unterlaufen werden kann - für uns das "Loch im Westen". Sie wiesen darauf hin, daß es zum Beispiel große Wirtschaftsunternehmen gibt, die sich auf diese Weise den Einwirkungen der nationalen Geldpolitik entziehen können. Ziehen Sie daraus die Folgerung, daß an die Stelle einer globalen nationalen Geldpolitik etwa eine nach Sektoren oder Regionen differenzierte Geldpolitik treten sollte?

### **Androsch**



Nein.

### **Schneider**

Das ist beruhigend.

### **Brunet**

Wenn wir allmählich zu dem Ergebnis gelangen, daß es 1980 keine "Maxirezession" - so wie 1974/75;- , sondern allenfalls eine "Minirezession" oder vielleicht gar keine geben wird, so bin ich darüber natürlich hoch erfreut. Damit dieses wünschenswerte Ergebnis eintreten kann, müssen allerdings einige Voraussetzungen erfüllt sein. Die wichtigste Voraussetzung ist selbstverständlich, daß sich die politische Lage, besonders im Nahen Osten, nicht verschlechtert.

Eine weitere Voraussetzung ist, daß der Fall des Dollars zumindest gebremst wird. Wir Franzosen befürchten nämlich, daß dies nicht geschehen wird. Wir bezweifeln beispielsweise, daß die Amerikaner in einem Wahljahr die hohen Zinssätze, die sie jetzt haben, noch für mehrere Monate oder auch sogar für ein Jahr aufrechterhalten werden. Hoffentlich irren wir uns in diesem Punkt.

### **Rothschild**

Mitunter entsteht hier der Eindruck, als sei die Erdölfrage Schuld an der Rezession. Das ist aber nicht der Fall; denn die Rezession hat schon einige Zeit früher eingesetzt. Und selbst als der reale Erdölpreis nicht mehr gestiegen, sondern eher gefallen ist, ging die Rezession weiter.

Ich würde deshalb so argumentieren: Weil wir in eine rezessive Periode hineingeraten sind, ist die Erdölproblematik noch viel schwerer zu verkraften. In einigen Ländern waren erste Anzeichen schon in der ersten Hälfte von 1973 erkennbar. Das gilt nicht für Österreich und auch nicht für Deutschland.

Ich möchte außerdem betonen, daß viele Prozesse, die uns heute stören, bereits seit längerem im Gange sind. Herr Giersch hat ja darauf hingewiesen, daß wir große Strukturprobleme verkraften mußten. Wir haben schon in den 50er Jahren Beschaffungsschwierigkeiten gehabt und andere Dinge mehr. Alle diese Probleme sind aber schwerer lösbar geworden, seit wir in eine rezessive Periode hineingeraten sind. Es ist nicht so entscheidend, ob das Wachstum im Jahre 1980 ein oder zwei Prozent betragen wird, weit wichtiger ist, daß wir nicht wissen, ob wir in eine Periode hineinkommen, in der die Rezessionen länger und die Aufschwünge kürzer sein werden. Hat also wirklich so etwas wie eine Zeitenwende stattgefunden, wie jetzt immer zu hören ist?

Wenn das der Fall sein sollte, dann sehe ich folgende Problematik: Wir sprechen immer nur vom Brechen der Inflationserwartungen und verlassen uns auf eine robuste Investitionsneigung. Wir dürfen dabei nicht vergessen: Wenn wir langanhaltende rezessive Tendenzen bekommen - und rezessiv heißt schwaches Wachstum, anhaltende Arbeitslosigkeit;- , können Erwartungen entstehen, die sich auf die Investitionsentscheidungen negativ auswirken, und dann ist es mit der Robustheit nicht mehr so weit her.

Sie sagen, Herr Giersch, die Früchte der angebotsorientierten Politik seien irgendwann aufgegangen. Darüber könnte man streiten. Das, was Sie als Erfolg anführen, hat Amerika die ganze Zeit über gehabt. In den USA sind seit 1973 ständig neue Arbeitsplätze geschaffen worden, und zwar in einem gewaltigen Ausmaß. In Zeiten einer wachsenden Arbeitsbevölkerung kann man eben beides beweisen, sowohl eine expansionistische Entwicklung aufgrund wachsender Beschäftigung als auch eine Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit.

### **Giersch**

Das kann man leicht aufklären.

### **Rothschild**

Ich wiederhole: Es ist nicht entscheidend, ob wir uns gegenwärtig wieder einmal auf eine Rezession zubewegen. Für viel wichtiger halte ich, ob wir langfristig in eine schwierige Phase geraten sind. In diesem Falle kommt es darauf an, in der Wirtschaftspolitik sehr flexibel zu sein. Wenn Sie sagen, Herr Giersch, Sie seien langfristig optimistisch, dann sind Sie eben vielleicht ein falscher Optimist.

Sie haben gesagt, Sie sind optimistisch, wenn die wirtschaftliche Entwicklung über Preise und nicht über Bürokratie gesteuert wird; Sie wandten sich gegen Protektionismus. Nun, das sind allgemeine Regeln für gute, aber nicht für schwierige Zeiten. Es kommen große Probleme auf uns zu, und wir

werden mit unvollkommenen Märkten und mit Bürokratie leben müssen. Da kann man nicht so einfach argumentieren. In dieser Hinsicht schien mir wichtig, was Herr Oppenheimer sagte. Wir sind alle gegen Protektionismus - welcher Ökonom ist das nicht;- , aber was nützt uns so eine allgemeine Regel: "Keine protektionistischen Maßnahmen" in einer Zeit, wo sehr massive Probleme auf uns zukommen und wo die Länder heute schon versteckt Protektionismus betreiben.

Es ist ja vieles, was jetzt geschieht, protektionistische Politik. Ich halte das auch für richtig; denn wenn Probleme uns zu plötzlich überfallen, geraten wir in ökonomische Schwierigkeiten, die dazu führen, daß der Protektionismus wild wächst, statt daß wir im Rahmen internationaler Abmachungen bewußt sagen: Hier müssen wir ein wenig bremsen; hier mußt Du einsehen, daß wir ohne gewisse Anpassungen in größere Schwierigkeiten geraten. Das kann beraten werden; gerade so wie Sie mit den Ölstaaten reden wollen. Wenn wir das nicht machen, kommen wir entweder wieder in einen wilden Protektionismus hinein, der sich hinter dem GATT abspielt, oder wir geraten in politische Schwierigkeiten, weil die notwendigen Anpassungsprozesse nicht verkräftbar sind. Da reicht es nicht aus, die Dinge nur von der Geldpolitik her steuern zu wollen - Deflation haben wir in den 30er Jahren gehabt; wir wissen, was das politisch bedeuten kann.

Das sollte man also alles bedenken. Wenn Herr Donges sagt: "Lassen wir den Preis spielen", dann muß man sich klarmachen, daß der Preismechanismus für kleine Änderungen gut ist. Sehr starke und plötzliche Strukturänderungen indes sind über das Preissystem nicht zu bewältigen.

### **Schneider**

Ich würde sagen, das letzte ist ein Vor-Urteil.

### **Giersch**

Wenn Sie meinen, es geht mit Protektionismus besser nun ja, ich glaube es nicht, aber bitte.

### **Rothschild**

Ich habe nicht gesagt, daß es mit Protektionismus besser geht, sondern daß wir in diesem Punkt nicht dogmatisch sein sollten. Wir brauchen beides: Preismechanismus und protektionistische Maßnahmen.

### **Giersch**

Ich komme zurück auf Ihr Amerika-Beispiel, Herr Rothschild. In den USA sind in der Tat viele neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Das war ein Teil des Umbaus der amerikanischen Wirtschaftsstruktur. Die Amerikaner haben ihre Importlücke durch Importsubstitution schließen müssen und können, nachdem die Überbewertung des Dollars beendet war. Das Gegenteil hat bei uns in Europa stattgefunden, wo insbesondere in der Bundesrepublik eine Million industrieller Arbeitsplätze verlorengegangen ist. Alles, was seither an neuen Arbeitsplätzen geschaffen wurde, ist im tertiären Sektor entstanden.

Infolgedessen haben die USA bei der Schaffung von Arbeitsplätzen jenen Vorteil gehabt, den die Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren gehabt hatte. Ich stimme Ihnen zu, daß für die Bundesrepublik und für Europa in Zukunft die Schaffung von Arbeitsplätzen schwerer sein wird. Wir haben eine angebotsorientierte Politik in Gang gesetzt, weil wir meinten, das sei jetzt vorrangig, so wie in den 50er Jahren schon einmal die Schaffung von Arbeitsplätzen an die Stelle einer einfachen Aufblähung der Nachfrage gesetzt wurde. Damals hatten uns die Amerikaner geraten - Hansen und andere, die 1946/47 nach Deutschland kamen;- , wir sollten keynesianische Politik treiben. Darauf haben wir geantwortet: "Nein, wir müssen Arbeitsplätze schaffen, das ist ein Problem des Kapitalmangels." So haben wir es auch in den letzten Jahren angefaßt, und so hat es sich bewährt.

Das eine ist eine bewußt angebotsorientierte Politik, und das andere in Amerika ist ein ganz natürlicher Prozeß der Korrektur eines strukturellen Ungleichgewichts, das sich als transatlantisches Ungleichgewicht in den 60er Jahren herausgebildet hatte.

Vielleicht kann man sagen, daß es jetzt für Europa besonders schwierig ist, nachdem wir auf das amerikanische Lohnniveau und den amerikanischen Lebensstandard hinaufkatapultiert worden sind und uns nicht mehr ausrichten können an dem, was in den 60er Jahren die amerikanische Herausforderung hieß. Damals konnten wir amerikanische Technologien importieren; jetzt müssen wir das meiste selber erfinden. Deswegen ist Angebotspolitik, insbesondere Innovationspolitik, hier und heute besonders wichtig, wenn wir die Nase vorn haben wollen.

### **Schiller**

Sie sagen, Herr Rothschild, die Marktwirtschaft sei nur in der Lage, die kleinen Umstellungen zu bewältigen, aber nicht die großen. Ich gebe Ihnen drei Gegenbeispiele. In Deutschland ist die Kernenergie profitabel zu gegebenen Preisen. Sie ist bisher nur durch politische und judikative Faktoren gebremst; vielleicht fällt der politische Faktor jetzt weg. Auf jeden Fall hat der Marktprozeß hier nicht versagt, sondern er ist einfach angehalten worden.

### **Roth**

Und die Sicherheitskosten werden sozialisiert.

### **Schiller**

Aber offenbar ist die Sache marktwirtschaftlich rentabel.

Zweitens: Wir haben noch eine Fülle von steuerlichen Begünstigungen des Ölverbrauchs, die wir alle abschaffen könnten. Dann würden wir auch von dieser Seite die Nachfrage nach Öl eingrenzen - da sind sich offenbar jetzt die diversen Räte, die wissenschaftlichen Beiräte und so weiter einig.

Drittes Beispiel: Wir haben bei der deutschen Kohle ein falsches Subventionssystem. Wir könnten dieses System sehr leicht dadurch ändern, daß die Einfuhren liberalisiert werden - das ist ja auch vorgeschlagen worden - und das Ganze in eine Produzentensubvention für die Ruhrkohle und für die Saarkohle verwandelt wird. In allen drei Fällen würde die Marktwirtschaft in der richtigen Richtung wirken.

### **Caspari**

Es wurde hier der Eindruck erweckt, als ob die Ölpreiserhöhungen seit dem letzten Jahr eng mit der konjunkturellen Entwicklung verbunden seien. Diese Ansicht teile ich so nicht. Noch im Frühsommer des Jahres 1978 lagen die tatsächlichen Ölpreise unter dem offiziellen OPEC-Preis. Es hat später keine konjunkturelle Entwicklung stattgefunden, die den Ölpreisanstieg rein konjunkturell gerechtfertigt hätte. Es waren die Ereignisse im Iran mit der statistischen Verknappung, die die Preise getrieben und die verstärkte Vorratshaltung ausgelöst haben. Die Preise haben gewissermaßen die Preise getrieben. Niemand hat es mehr kontrollieren können, während früher die multinationalen Ölgesellschaften alles unter Kontrolle hatten.

Ich teile dann voll die Auffassung, daß wir uns gegenwärtig vor allem in Deutschland, zum Teil auch in anderen Ländern, wirtschaftlich in einer wesentlich besseren Situation befinden als im Jahre 1974. Noch niemals seit 1970 sind so viele neue Arbeitsplätze geschaffen worden wie in den letzten Jahren. Und man überlegt es sich heute ganz genau, wenn man Arbeitsplätze schafft mit all den sozialen Bedingungen, die daran hängen. Das weist auf einen längerfristigen Trend des Aufschwunges hin, während wir 1974 einen Trend des Abschwunges hatten. Zumindest für die Bundesrepublik sieht es also binnenwirtschaftlich wesentlich besser aus.

Was sich verschlechtert hat, sind außenwirtschaftliche Aspekte. So sind die Daten, die wir aus einigen uns umgebenden Ländern, zum Beispiel England, hören, sehr eindrucksvoll. Was uns vielleicht nicht für 1980, aber für die langfristige Stabilisierung der Konjunktur mehr Sorge bereiten wird, ist die Lage einer größeren Gruppe von Entwicklungsländern, insbesondere der mittleren bis Schwellenländer. Das Recycling wird wohl in der Tat nicht mehr so gut funktionieren wie beim letzten Mal. Diese Ländergruppe wird im nächsten Jahr ein Defizit von ungefähr 50 Milliarden Dollar aufweisen; sie sind zum Teil schon sehr hoch verschuldet, wie etwa Brasilien. Der Schuldendienst Brasiliens macht bereits 50 Prozent seiner Exporterlöse aus. Wenn eines dieser Länder notleidend wird, hat das nicht nur Auswirkungen auf das betreffende Land, sondern weit darüber hinaus.

Diese Länder werden häufig bei uns abgestempelt als diejenigen, die unsere Industrien mit billigen Importen kaputtmachen. Wenn Sie sich die Statistik ansehen, sehen Sie, daß diese Behauptung schlicht falsch ist. Es gibt vielleicht da und dort einmal einen Industriezweig, der davon bedroht wird, aber wenn man unsere Exporte zu ihnen und deren Exporte zu uns vergleicht, dann leben wir mehr von ihnen als sie von uns. Wenn diese Ländergruppe jetzt im Wachstum ausfällt und von da eine Tendenz des Pessimismus ausgeht, wird das langfristig bedenkliche Wirkungen haben, auch politisch. Wir werden ein neues Aufflammen der Nord-Süd-Spannungen erleben, die ja in der Zwischenzeit weitgehend eingeschlafen sind. Wir müssen uns überlegen, wie wir diese Ländergruppe mit mittelfristigen Krediten versorgen können; denn sie haben zur Zeit keine Möglichkeit, derartige Kredite aufzunehmen.

Ich bin außerdem besorgt, daß wir im nächsten Jahr in eine Welle von Protektionismus hineinkommen, die diese Ländergruppe besonders treffen wird. Wir wissen, daß in den Vereinigten

Staaten zur Zeit die Schuhindustrie und die Stahlindustrie starken Druck auf die Regierung ausüben, um das Zusammenfallen von schlechter Konjunktur, Ölverteuerung und Vorwahlperiode zur Durchsetzung massiver Importbeschränkungen auszunutzen. Wir wissen, daß in Europa, auch in der Bundesrepublik, starke protektionistische Tendenzen gerade in den Bereichen zu verzeichnen sind, die langfristig gar nicht in Europa bleiben dürften und die gerade deswegen so stark nach Protektionismus drängen. Das ist die Textilindustrie, wo der Schutz noch weiter ausgedehnt werden soll, das ist die Schuhindustrie und andere mehr.

Die GATT-Verhandlungen, die bisher immer ein Schutzschild waren - bis jetzt hat man immer gesagt: "Wir können das nicht tun, weil wir die Ergebnisse der GATT-Verhandlungen abwarten müssen";-, sind zu Ende gegangen. Wenn jetzt von den Vereinigten Staaten aufgrund ihrer besonderen politischen und ökonomischen Situation ein Signal gesetzt wird für verstärkten Protektionismus, dann weiß ich nicht, wie wir das in Europa bremsen können, zumal wenn Japan im nächsten Jahr mit einer neuen Exportoffensive antritt. Das heißt, mit dem Protektionismus wird es sehr viel schlimmer werden, als man es sich bis jetzt vorstellen kann.

Was kann man den OPEC-Staaten anbieten, damit sie mehr Öl produzieren? Das Nächstliegende wäre zu sagen: "Ihr solltet einen Teil Eurer Ölgelder dazu verwenden, um dauerhafte Industrien aufzubauen: ölnahe Industrien, Raffinerien, Aluminiumindustrie, Chemieindustrie. Unglücklicherweise haben alle Erfahrungen gezeigt, wie schweres ist, in Ländern wie Saudi-Arabien zu investieren. Selbst als sie ein Aluminiumwerk aufbauten, waren sie auf dem innerarabischen Markt mit Aluminium nicht konkurrenzfähig. Als die Iraner darangingen, massiv - auch arbeitsintensive - Industrien aufzubauen, haben wir ihnen in den Verhandlungen von vornherein gesagt: "Seid vorsichtig, denn Euer Wechselkurs ist durch das Öl bestimmt, und Ihr werdet Eure Produkte nicht verkaufen können." Genau das ist eingetreten. Wir müssen uns überlegen, ob wir nicht Mittel und Wege finden, damit diese Staaten solche Industrien aufbauen können, bei denen sie keine allzu großen natürlichen Kostennachteile haben. Wir dürfen uns dann allerdings nicht zu sehr gegen Produkte aus diesen Ländern schützen. Diese Dinge sind wichtig, um uns das Vertrauen in den OPEC-Staaten zu sichern.

### **Burchard**

Sie erwähnten Förderung des Baues von Raffinerien in OPEC-Ländern mit anschließenden Verarbeitungsanlagen, Herr Caspari; Sie nannten Petrochemie und Aluminiumindustrie. Das ist im Prinzip sicherlich eine richtige Entwicklung. Ich möchte jedoch einen politischen Aspekt einfügen. Bei der Rohölversorgung ist noch eine gewisse Flexibilität möglich, wenn man von Produktimporten abhängig ist, wird es politisch sehr viel prekärer.

### **Caspari**

Das kann nur in Maßen der Fall sein.

### **Schuster**

In einem Punkt scheint in diesem Kreis ziemliche Einigkeit zu bestehen, daß wir nämlich auf unbestimmte Zeit mit einem verminderten Wachstum rechnen müssen, ob man das nun "Minirezession" oder anders nennt. Meine Frage ist: Wie beurteilen wir die Folgen dieses verringerten Wachstums? Es geht dabei ja nicht nur um ökonomische Fragen, zum Beispiel um Beschäftigungsprobleme, sondern in hohem Maße um psychologische und politische Fragen.

Es wurde das verhängnisvolle Jahr 1974 erwähnt - Streik im öffentlichen Dienst; Kanzlerwechsel. Damals gingen ungeheure Ängste in der veröffentlichten und öffentlichen Meinung um über die angebliche Unregierbarkeit westlicher Demokratien; man sprach von einer Legitimationskrise des Systems.

Ein anderes Beispiel ist das Anwachsen der sogenannten Alternativbewegungen. Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, daß in einer Veröffentlichung des Instituts der Deutschen Wirtschaft ein Modell zur Diskussion gestellt wurde mit dem Thema: "Ist ein konstruktives Evolutionsmodell der Marktwirtschaft möglich?" Da heißt es unter anderem: "Anthropologisch nahe Produktion, wie Lebensmittelveredelung, Bekleidungsfertigung, Wohnungsbau, Reparaturgewerbe, die sich bereits heute durch einen hohen Anteil an Schwarzarbeit auszeichnen, werden aus der Besteuerung ausgenommen und als soziale Sicherung angerechnet. Es handelt sich um eine Legalisierung der Schwarzarbeit. Durch die Verlagerung von Einkommen können die Soziallasten der Betriebe entlastet, kann die Wettbewerbsfähigkeit nach außen gesteigert werden."

Ich fand es sehr interessant, daß dies zur Diskussion gestellt wird in dem offenbar recht pluralistischen Institut der Deutschen Wirtschaft. Das nur als Beispiel für politische und psychologische Wirkungen, die man nicht unterschätzen darf und die auch heute wieder, wenn man sich die Parteienlandschaft ansieht, eine bedeutende Rolle spielen.

Die Frage nach den Folgen eines möglicherweise halbierten Wachstums ist übrigens vor kurzem in ähnlicher Form in der Haushaltsdebatte von Kurt Biedenkopf gestellt worden. Aber da hatte er offenbar ein gefährliches Tabu angestoßen; denn Graf Lambsdorff reagierte sofort mit großem Mißfallen darauf und meinte, schon die Fragestellung, drücke einen solchen Pessimismus aus, daß man sie lieber unterlassen sollte, weil damit die Wachstumschancen noch mehr gefährdet werden können.

Also Skepsis oder Optimismus - was ist pädagogisch, psychologisch günstiger? Wie sollen wir uns verhalten? Ist es sinnvoll, apokalyptische Bilder an die Wand zu malen, oder soll man sich bemühen zu begründen, daß auf mittlere oder auf lange Sicht vermindertes Wachstum vielleicht gar nicht so schlecht ist, sondern für die Menschen sogar gewisse Vorteile bringen kann? Ist Pessimismus etwas typisch Bundesrepublikanisches im Vergleich etwa zur größeren Gelassenheit der Engländer in jenem für sie ja viel schwierigerem Jahr 1974?

### **Fjodorow**

Hier sind angesehene Fachleute zusammengekommen, die langfristig strategisch denken. Meine Frage ist: Wenn es wirklich zu einer Weltrezession kommt, was soll dann getan werden? Gibt es dafür irgendwelche Vorstellungen?

Im Juni 1967 wurde in der Bundesrepublik bekanntlich ein Stabilitätsgesetz eingeführt, und natürlich ist seitdem die Entwicklung des wirtschaftlichen Abwehrsystems nicht stehengeblieben, zumindest macht man sich Gedanken darüber. Wie sehen die neuen ökonomischen Verteidigungskonzeptionen aus?

Die Rolle des Staates im wirtschaftlichen Leben ist im Westen umstritten, obwohl nicht zu verkennen ist, daß diese Rolle an Gewicht gewinnt. Wenn es zu einer Rezession kommt, ist dann mit einem steigenden Einfluß des Staates zu rechnen? Ist die Bundesrepublik wissenschaftlich darauf vorbereitet? Interessanterweise wird darüber wenig diskutiert.

### **Herlt**

Wir haben hier bisher so getan, als müßten wir die Ölsituation, so wie wir sie vorfinden, als gegeben hinnehmen. Wir haben gefragt: Welche Schwierigkeiten ergeben sich für unsere Volkswirtschaften aus dem Engpaß Öl? Wir haben aber noch nicht überlegt: Wie können wir uns aus der Abhängigkeit von diesem Engpaß befreien? Wir wissen alle, daß der Übergang vom Öl auf andere Energieträger nicht so einfach zu schaffen ist. Da gibt es ökonomische Hindernisse; da gibt es aber auch enorme politische Hindernisse, etwa bei der Kernenergie. Was muß also politisch geschehen, damit wir den Übergang schneller schaffen, um uns aus der Abhängigkeit vom Öl zu befreien, die uns offensichtlich so viele Sorgen bereitet?

### **Häfele**

Wir haben in dieser Diskussion die 80er Jahre bisher größtenteils nur von vorne betrachtet. Wir sollten uns jetzt die 80er Jahre einmal von hinten ansehen, das heißt uns die längerfristigen Tendenzen vor Augen halten, um uns dann die Frage vorzulegen, ob die kürzerfristigen Schwierigkeiten, denen wir uns gegenübersehen, unter anderem auch der Ölpreis, nicht erste Zeichen einer längerfristigen Problematik sind. Dann würden sie vielleicht nicht ausschließlich mit kurzfristigen Mitteln oder unter kurzfristigen Perspektiven behandelt.

Für mich beispielsweise - wir haben in Laxenburg bei unseren Arbeiten einen besonders langfristigen Horizont sind die 300 Milliarden Dollar pro Jahr, die wir an die Olländer bezahlen oder das besondere Problem, jetzt zusätzlich 50 bis 100 Milliarden Dollar unterzubringen, im Grunde eine geopolitische Strukturproblematik. Wenn wir, global gesehen, innerhalb von 10 oder 15 Jahren einen substantiellen Anteil des billigen Öls aus der Erde herausholen, dann wundert es mich nicht, daß heute Ölpreis und Ölmengen eine rein politische Frage geworden sind und dem Gebot von Angebot und Nachfrage des Marktes nicht mehr folgen. Der Marktmechanismus setzt ja unausdrücklich voraus, daß wir Energie in einer unendlichen Welt betrachten, während es heute darum geht, Energie in einer endlichen Welt zu sehen.

Machen wir uns einmal klar, was es bedeuten könnte, Energie in einer endlichen Welt zu betrachten. Eine Zahl, die zu merken sich lohnt, heißt: ein Watt für einen Dollar pro Jahr. Das heißt, wir brauchen ein Watt nicht elektrischer, sondern kalorischer Leistung, um einen Dollar pro Jahr Bruttosozialprodukt zu erzeugen. Übersetzt in mehr ingenieurmäßige Kategorien bedeutet das, daß ein Faß Öl 200 Dollar Bruttosozialprodukt erzeugt; demnächst werden es 300 und 400 Dollar sein. Aus einer solchen Perspektive wirft mich dann ein Energiepreis von 20,30 und mehr Dollar noch nicht um. Als Ingenieur würde ich sagen, es ist immer noch eine gute "Maschine"; wenn ich mit 20 bis 30 Dollar Energiepreis 200,300 und vielleicht 400 Dollar an Bruttosozialprodukt mache, lohnt sich das Verfahren immer noch.

Was in Wirklichkeit ansteht, sind makroskopische Veränderungen der Struktur innerhalb der Maschine, wenn sich das Verhältnis von Energie zu Arbeit und zu Kapital ändert. Wenn von den 200 Dollar, deren Erarbeitung dem Öl zuzuordnen ist, praeter propter etwa nur 150 bis 160 Dollar in Lohn- und Kapitalkosten gehen, dann heißt das: Von den 200 Dollar geht ein größerer Anteil als früher in die Öllieferländer, während ein entsprechend kleinerer Anteil im eigenen Land verbleibt. Infolgedessen sind es sowohl interne als auch externe Strukturwandlungen der Wirtschaft, die hier zur Debatte stehen.

Als Ingenieur frage ich nach den Zeitkonstanten, unter denen solche Wandlungen zu sehen sind. Hier komme ich auf die Energieinfrastruktur zu sprechen. Ein großes Problem, dem wir uns nicht erst heute gegenübersehen, ist, daß der Aufbau und die Adaption einer Energieinfrastruktur größeren Zeitkonstanten folgt als der normale wirtschaftliche Vorgang. Da besteht ein Mißverhältnis.

Die 50 oder 60 Milliarden Dollar pro Jahr sind also erstens unter einer globalen Perspektive zu sehen: Energie in einer endlichen Welt, und gleichzeitig ist die Frage zu stellen, wie man das zum Aufbau einer Energieinfrastruktur benutzen kann, die längerfristig tragfähig ist.

Da müßte mit erster Priorität die Kernenergie ausgebaut werden. Aber es gibt ja auch noch andere Energieträger, wenn ich zum Beispiel an den Aufbau der Sonnenenergie unter akzeptablen Bedingungen und unter langfristigen Perspektiven etwa im Süden Europas denke. Ein sehr großes Potential hat das Gas, jedenfalls für eine begrenzte, aber doch signifikant lange Zeit. Da stehen ebenfalls große Kapitalinvestitionen an - Stichworte: Kanada, aber auch Sibirien. So wie wir uns beim Öl heute schon einer geopolitischen Situation gegenübersehen, die eine globale Betrachtung unerlässlich macht, werden wir uns das auch für die anderen Energieträger angewöhnen müssen. In dem Zusammenhang stellt sich dann erneut die Kapitalfrage.

Wenn wir so vorgehen, würden wir zu einer Konzeption kommen, die nicht nur kurze, sondern auch mittel- und langfristige Perspektiven hat. In unserem Institut sprechen wir hier von "Energiestrategie" und „Investitionsstrategie“. In der Festschrift für Herrn Körber hat Herr Bombach beispielsweise das Konsumgehalt einem Investitionsgehalt gegenübergestellt. Es sind solche Gedankengänge, die nach meinem Dafürhalten expliziter als bisher zu verfolgen sind.

Eine letzte Bemerkung. Wenn man versucht, diese Dinge in den Griff zu bekommen, stehen wir immer wieder vor einem methodologischen Problem. Ich kenne eine ganze Reihe von Methoden, wie man kürzerfristige Wirtschaftsprobleme behandeln kann. Längerfristige Wirtschaftsprobleme mit einem Zeithorizont von 20 oder 30 Jahren sind ungleich schwieriger zu behandeln. Hier sind also sehr wohl auch noch Grundlagenfragen zu lösen, ohne daß ich damit sagen will, wir sollten zunächst warten, bis die gelöst sind. Das muß eben unter anderem auch noch aufgegriffen werden.

## **Burchard**

Ich schließe gleich an Herrn Häfele an.

Erstens Umlenkung auf andere Energien - Stichwort: Weg vom Öl. Das erfordert erhebliche Investitionen auf der Bereitstellungsseite. Herr Häfele nannte als erste Priorität Kernkraftwerke. Ich teile diese Meinung. Das erfordert an zweiter Stelle Investitionen auf der Erdgasseite: Erdgastransportsysteme, Verflüssigung und so weiter. Das erfordert drittens Investitionen auf der Kohleseite und da nicht zuletzt, wenn wir an die weltweite Kohlesituation denken, in Infrastrukturmaßnahmen; denn wir haben weltweit keine Infrastruktur, um größere Mengen Kohle zu transportieren. Es erfordert aber auch Investitionen in Kohlevergasung, Kohleverflüssigung. Sie nannten schließlich Sonnenenergie. Das alles ist auf der Bereitstellungsseite zu investieren. Auf der Verwendungsseite sind entsprechend andere Aggregate erforderlich als die, die wir heute haben. Wir müssen dort Umstellungen vornehmen und neue Aggregate schaffen.

Bei dem Umfang, um den es geht, ist der Zeitfaktor ganz entscheidend: In welchem Zeitablauf sind bestimmte technische Entwicklungen möglich; in welchem Zeitablauf sind die erheblichen Investitionen durchführbar - technisch, kapazitätsmäßig, finanziell und so weiter?

In dem Zusammenhang stellt sich dann die weitere Frage: Wohin wird sich der Preis der anderen Energien entwickeln, wenn sich die Nachfrage nach diesen Energien erhöht? Das bringt natürlich auch politische Aspekte mit sich, einerseits das politische Wollen bei uns und andererseits die politische Bereitschaft in den Ländern, in denen andere Energien verfügbar sind.

Der zweite Komplex ist, energieeffizientere Aggregate und Anlagen zu schaffen sowie Umstrukturierungen, neue Produktionsverfahren und so weiter in Gang zu setzen. Auch das erfordert erhebliche Investitionen; auch da gibt es einen Zeitfaktor, wenn wir zum Beispiel an die Grenzen der Kapazitäten denken, die bei wärmedämmenden Anlagen vorhanden sind. Das Installationsgewerbe ist ja heute nicht mehr in der Lage, der Nachfrage zu entsprechen. Vielleicht ist das nur eine vorübergehende Erscheinung - aber auch da gibt es einen Zeitfaktor.

Das führt mich zu einem dritten Punkt: Für beide Komplexe brauchen wir eine Klärung der Finanzierung. Wir müssen uns mit der Frage befassen, ob die Preise, die derzeit für Energie zu zahlen sind, hoch genug sind, um solche Vorgänge ablaufen zu lassen, und wir müssen uns fragen, welche sonstigen Incentives gegebenenfalls notwendig wären.

### Grüner

Ich möchte auf die großen Chancen aufmerksam machen, die dieser von der Ölpreiserhöhung uns aufgezwungene Strukturwandel für uns bedeutet. Und ich sehe einen großen Nachteil in der öffentlichen Diskussion bei uns darin, daß wir diesen Strukturwandel auch ökonomisch nur als eine Last und nicht als eine Chance begreifen. Ich bin überzeugt, daß hier eine technologische Revolution in Gang kommt, die uns Wachstumschancen beschert, von denen wir heute nur träumen können. Noch vor drei, vier Jahren haben wir uns krampfhaft Gedanken darüber gemacht, woher denn das künftige Wachstum kommen soll, weil wir keine neuen technologischen Entwicklungen mehr sahen.

Ich halte es für sehr wichtig, daß wir dies auch in der öffentlichen Diskussion an konkreten Beispielen technisch möglicher Entwicklungen deutlich machen. Ich denke etwa an das Energiedach, das ja eine enorme Primärenergieeinsparung in den privaten Haushalten mit der großen Chance verbindet, der Umweltverschmutzung, der Luftverschmutzung, Herr zu werden - natürlich in langen Zeiträumen. Das ist aber eine heute schon mögliche technische Vision und Utopie, die wir ins Bewußtsein rücken müssen, weil ich es in diesem Punkt mit Ludwig Erhard halte, daß 50 Prozent der Wirtschaftspolitik Psychologie sind - vielleicht ist das etwas hochgegriffen, Herr Schiller. Ich sehe jedenfalls die große Gefahr, daß wir mit unserem Pessimismus, der sicher bei all den vorgelegten Zahlen zunächst berechtigt erscheint, den Blick dafür verlieren, daß die Marktwirtschaft vom Strukturwandel lebt und wir unseren Fortschritt und unser Wachstum immer aus dem Strukturwandel bezogen haben, obwohl wir in der Tagespolitik vor allem erklären, wie wir diesen Strukturwandel verhindern würden, um ja keine negativen Folgen entstehen zu lassen.

Das andere ist: Wir brauchen Strategien. Ich knüpfe an das an, was Herr Roth sagte: Wir können mit diesen Problemen ohne den sozialen Konsens nicht fertig werden. Die Marktwirtschaft funktioniert nicht, wenn Öl und Gas zu Ende gehen und - vor dem Hintergrund der Endlichkeit dieser Reserven - als politische Waffe benutzt werden.

Ich verkürze und vereinfache jetzt. Wir brauchen im Inland diese Strategien; aber wir brauchen sie, das ist deutlich geworden, auch international. Wir müssen das Ziel anstreben, das schwer zu erreichen ist - darum bemüht sich die Internationale Energie-Agentur, darum bemühen wir uns alle;-, das Kartell der OPEC-Länder beziehungsweise der Ölförderländer in eine vertragliche Vereinbarung mit den Ölverbrauchern einzubeziehen. Wir müssen uns bemühen, einen Konsens über die Mengen zu erreichen, die zur Verfügung gestellt werden, und über eine möglichst stetige und gleichmäßige Preiserhöhung. Wir sind gerade rechtzeitig durch die Preiserhöhungen auf die Endlichkeit von Öl und Gas aufmerksam geworden. Möglicherweise haben wir dadurch noch rechtzeitig die Chance erhalten, daß uns die Zeit bleibt, um den Umstrukturierungsprozeß zustande zu bringen.

Wir brauchen aber auch eine Strategie, damit die multinationalen Unternehmen aus dem Geschäft nicht herausgeboxt werden. So wie die multinationalen Unternehmen im Augenblick handeln, besteht diese Gefahr. Sie sind sich ihrer gesellschaftlichen und politischen Verantwortung nicht bewußt, beziehungsweise sie sind nicht handlungsfähig in dieser Hinsicht.

Ich konzentriere diese Frage einmal auf die Bundesrepublik: Bei uns ist die Frage der Gewinne der Mineralölgesellschaften zu einem vordringlichen Thema im Deutschen Bundestag geworden. Das bewegt die Gemüter an den Stammtischen. Angesichts der Herausforderung, vor der wir stehen, beherrscht die lächerliche Frage, ob die Ölgesellschaften vier Pfennige oder zwei Pfennige pro Liter

verarbeiteten Rohöls verdienen, die öffentliche Diskussion und lenkt die Politiker, die öffentliche Meinung und die Bürger von dem ab, was sich an Dramatik auf diesem Gebiet ereignet.

In dieser Lage, so meine ich, müßten die Konzerne bereit sein, mit gläsernen Taschen zu arbeiten, um an der Größenordnung ihrer Gewinne einmal deutlich zu machen, wie gering der Spielraum ist, der über eine Gewinnreduktion einen Beitrag für Preissenkungen leisten würde.

Noch viel wichtiger erscheint mir, daß wir eine internationale Kartellpolitik erreichen mit den maßgeblichen Ländern: England, natürlich Amerika, Japan und die EG insgesamt, um Transparenz im Verhalten der internationalen Konzerne zu schaffen, damit diese Konzerne das Vertrauen erreichen, das sie meiner Ansicht nach in ihrer wirtschaftlichen Funktion verdienen. Denn die größte Gefahr, die uns droht, ist die Nationalisierung dieser Konzerne und damit die Politisierung der Verteilung. Solange solche Konzerne privatwirtschaftlich betrieben werden, ist die Chance wesentlich größer, daß wir ohne Versorgungsstörungen über die Runden kommen.

Ich meine also, daß hier eine Strategie zu einer internationalen Kartellpolitik unbedingt notwendig ist und daß das auch mit zu den Aufgaben gehört, die wir als eine wichtige Komponente der internationalen Politik betrachten müssen.

Wir sollten weiter uns darüber klar sein, daß wir für die Erdölförderländer - das ist in der Diskussion sehr deutlich geworden - sinnvolle Anlagemöglichkeiten finden müssen. Dafür ist sicherlich sehr viel mehr Phantasie nötig, als wir bisher entwickelt haben. Und da müssen wir auch in langen Zeiträumen rechnen. Gerade in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland, das riesige Investitionen vor sich hat, um in der Zukunft Energieeinsparungen zu ermöglichen - wenn ich etwa an Stadtsanierung und sinnvolle Energieeinsparungssysteme in den Häusern denke;- sind hohe Milliardeninvestitionen notwendig und rentabel. Wenn es also gelingen würde, in diesem Bereich die Ölförderländer an den Investitionen in unserem Lande oder in anderen Industrieländern zu interessieren, könnte das ein Beitrag sein.

Ich erwähne das nur als ein Beispiel, um deutlich zu machen, daß es nicht genügt zu sagen, wir müssen ... , sondern daß es darauf ankommt, konkrete Angebote zu entwickeln und auch Gesprächspartner zu stellen, die diese Angebote an die Ölförderländer in einem sicher langen Prozeß der Vertrauensbildung tatsächlich verwirklichen.

### **Burchard**

Herr Grüner, daß Sie die Frage der gläsernen Taschen in dieser Form darstellen, macht mich betroffen. Ich möchte Sie wirklich fragen: Welche Regierung hat von jeder einzelnen auf ihrem Gebiet tätigen Mineralölgesellschaft seit fünfzehn Jahren so viele ins Detail gehende Zahlen erhalten wie die der Bundesrepublik?

### **Grüner**

Sie wissen, daß wir zugesagt haben, diese Zahlen nicht zu veröffentlichen. Was wir wollen ist, daß Sie sagen, so und so viele Pfennige am Liter öl - ich vereinfache jetzt verdienen wir, und daß Sie das nachprüfen lassen.

### **Burchard**

Das wird doch gesagt.

### **Grüner**

Nein, das wird nicht in einer Form gesagt, die als Thema im Deutschen Bundestag diskutiert werden kann. Wir können nur sagen, wir kennen die Zahlen, aber wir dürfen von diesen Zahlen keinen Gebrauch machen.

Das ist zugegebenermaßen ein kleines Beispiel, Herr Burchard. Aber es berührt mich deshalb so stark, weil ich merke, daß die politische Diskussion über Energiefragen bei uns fehlgeleitet wird. Wir tun so, als ob die internationalen Konzerne an allem schuld und für die Preise allein verantwortlich sind. Das ist die Fehlleitung des öffentlichen Bewußtseins, und dazu müßten Sie einen Beitrag leisten mehr als ein Beitrag kann es nicht sein;- damit das Augenmerk auf die wirklichen Probleme gelenkt wird.

### **Burchard**



Dem stimme ich zu, und wir werden sicherlich mit Ihrer Hilfe in Kürze auch einen Weg finden, was die Veröffentlichung der Ihrem Haus vorliegenden Zahlen in geeigneter Weise angeht.

### **Altmann**

Meine Zustimmung zum ersten Teil der Ausführungen von Herrn Grüner muß mit dem Zusatz versehen werden, daß die Bundesregierung selbst, der er angehört, kein seriöses Energieprogramm besitzt und daß es dringend notwendig wäre, ein solches zu schaffen..

### **Fischer**

Ich knüpfe ebenfalls an den ersten Teil der Ausführungen von Herrn Grüner an. Als Wirtschaftshistoriker bin ich sozusagen zuständig für die rückwärtsgewandte Prophetie. Ich will damit keinen Mißbrauch treiben, aber zwei der Probleme, die hier behandelt worden sind, fordern geradezu historische Vergleiche heraus, und zwar einen negativen und einen positiven.

Das eine betrifft das Ungleichgewicht in den Zahlungsbilanzen. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hatten wir aufgrund der politisch bedingten Schulden ein ähnliches Problem, das in den Dimensionen sehr viel kleiner war als heute und das nicht gelöst werden konnte - mit erheblichen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen, wie Sie alle wissen. Daraus kann man die Folgerung ziehen, daß wir in dieser Hinsicht bisher gar nicht so schlecht gefahren sind, was das "Recycling" von Kapital angeht.

Mein zweiter Punkt ist: Unsere Gesellschaften waren ja schon einmal mit der Situation eines Energieengpasses konfrontiert, nämlich im 18. Jahrhundert. Jener Engpaß ist behoben worden, allerdings nicht über Nacht, sondern in jahrzehntelanger Anstrengung, durch die Kohle. Bei der Einführung der Kohle haben sicher viele Dinge eine Rolle gespielt, daß aber die Dampfmaschine in England zuerst angewandt wurde, ist größtenteils darauf zurückzuführen, daß der Energieengpaß in England sehr viel bedrohlicher war als auf dem Kontinent; denn es hatte keine Wälder mehr. Es hat Jahrzehnte gebraucht, bis die längst vorhandene Dampfmaschine dann auf dem Kontinent angewandt wurde. In Frankreich beispielsweise hat die Textilindustrie jahrzehntelang noch mit Wasserrädern und -turbinen statt mit Dampfmaschinen gearbeitet, weil es billiger war.

Strukturveränderungen brauchen also Zeit; man kann nicht erwarten, sie in wenigen Jahren zu bewältigen.

### **Schneider**

Zwei Dinge waren für die Entstehung der Kohlewirtschaft in Großbritannien entscheidend: Erstens mußte eine neue Technologie für die Anwendung der (bekannten) Kohle und für den Bergbau entwickelt werden, und zweitens war eine Ideologie zu überwinden, nämlich die Lehre des Agricola.

### **Fischer**

Meine Folgerung für unsere derzeitige Situation ist, daß im Augenblick der Engpaß offenbar noch gar nicht dringend genug ist, um das Problem schon jetzt ernsthaft anzugehen.

Hinzu kommt noch folgende Überlegung: Der Engpaß ist wahrscheinlich in Japan und dann in Westeuropa am größten; die Region aber, die alternative Ressourcen in reichem Maße zur Verfügung hat, ist Nordamerika. Dort wäre also am leichtesten die Umstellung der Energieprobleme möglich, wenn der Engpaß groß genug wird.

Eine letzte Bemerkung zu Herrn Giersch. Sein mittel- und längerfristiger Optimismus beruht ja auf einer anthropologischen Hypothese, daß nämlich Unsere Gesellschaften flexibel genug sind, um in einer offenen und effizienten Weise auf die Herausforderungen zu reagieren. Wenn diese Hypothese sich als falsch herausstellen sollte, würde auch seinem Optimismus die Basis entzogen. Ich selbst gehe jedoch von der gleichen Hypothese aus.

### **Lantzke**

Wo stehen wir politisch in der Energieproblematik?

Die möglichen Konzepte sind bekannt und im Grunde von den Regierungen akzeptiert. Wie wir von Herrn Androsch gehört haben, würde er selbst für Österreich unterschreiben, daß Kernenergie eine unausweichliche Notwendigkeit ist.

Aber - und das ist der zweite Punkt - es gibt sehr reale Implementierungsschwierigkeiten. Ich würde zum Beispiel ein negatives Volksbegehren als so ein reales Hindernis bezeichnen. Ähnlich ist es mit der Heranbringung an die Marktpreise. Daß Marktpreise ihre Funktion haben, daß Wettbewerb sein muß, ist von allen 20 Regierungen der Energie-Agentur anerkannt. Nur wird im Kongreß der Vereinigten Staaten leidenschaftlich darüber diskutiert, wer die ökonomische Rente haben soll, die dabei entsteht. Ein solches Problem in der Praxis zu überwinden, braucht auch im Entscheidungsablauf seine Zeit. Nachdem wir das Preisproblem mit den USA zwei Jahre in der Agentur diskutiert hatten, waren wir sehr froh, daß bei dem Bonner Gipfel schließlich die Zustimmung des amerikanischen Präsidenten erfolgte.

Das ist die eigentliche Schwierigkeit, vor der die Energiepolitik heute steht: Die Übersetzung des als richtig Erkannten in die praktisch-politische Wirklichkeit. Hier sind Fortschritte gemacht worden. Ich würde auch nicht sagen, Herr Androsch, daß wir sechs Jahre verloren haben, wir haben sie nur nicht optimal genutzt. Es sind mehr Fortschritte gemacht worden, als sich in harter Statistik schon niederschlägt: Ich nenne die Wärmepumpe und alle Stichworte, die im Zusammenhang mit der Energiepolitik heute diskutiert werden.

Und wenn ich mir die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesrepublik im internationalen Vergleich ansehe, Herr Altmann, würde ich sie wenigstens in die Reihe der ersten fünf Industrieländer einreihen. Das ist kein schlechtes Ergebnis; denn alle Länder haben gleiche oder ähnliche Schwierigkeiten.

Der einzige Punkt, den ich im Zeitablauf ein wenig kritisch sehe, ist unsere Kohleimportpolitik. Über die Form, in der heute eine Schutzpolitik zugunsten der deutschen Kohle erfolgt, müßte sehr viel nachgedacht werden.

Erhebliche Schwierigkeiten bereitet uns die unangemessene Reaktion der Öffentlichkeit auf diesen ganzen Fragenkomplex. Auf der einen Seite zieht die Öffentlichkeit nur allzuleicht den Schluß: Es gibt gar kein Problem, und deshalb braucht auch nichts zu geschehen. Auf der anderen Seite fällt sie in Panik.

Wir haben es dagegen als sehr hilfreich empfunden, daß seit einem Jahr - das ist auch hier wieder deutlich geworden - die Makroökonomik das Problem nunmehr deutlich sieht. Es ist erkannt als ein Problem, das unabhängig von makroökonomischen Instrumenten das Wirtschaftswachstum beeinflussen kann. Deshalb bedarf es von der Wissenschaft her der Unterstützung für eine Verstärkung der Energiepolitik, die bei den Implementierungsfragen zweifellos helfen wird.

Ein Wort noch zu der in diesem Jahr so in Mode gekommenen Methode der Zielvorgaben. Wir betrachten das als ein willkommenes Hilfsmittel bei der Implementierung. Wenn die Zielvorstellungen ernstgenommen werden, können sie auch bei der Durchsetzung von Maßnahmen helfen, weil sie einen Druck auf die einzelnen Regierungen ausüben, sich im Rahmen dieser Zielvorstellungen zu halten. Man darf sie nicht als unbewegliche Größen ansehen; aber als Maßstab bei der Durchsetzung der Energiepolitik sind sie sicher nützlich.

Es ist auch hier wieder die Frage diskutiert worden: Soll in der Bundesrepublik das Marktsystem, verbunden mit einem funktionierenden Preis- und Wettbewerbssystem die Lösung bringen, oder sollen wir eine Administrierung der Energiepolitik bevorzugen? Das ist für mich keine Alternative. Natürlich muß der Marktmechanismus voll entwickelt werden. Das ist heute ja allgemein anerkannt. Aber ebenso ist es doch eine Realität, insbesondere angesichts der langen Vorlaufzeiten, daß der Marktmechanismus allein es nicht schaffen wird, rechtzeitig und ohne Friktionen das Problem zu lösen.

Auch in der deutschen Energiepolitik hat es weder unter Ludwig Erhard noch unter Karl Schiller eine interventionsfreie Energiepolitik gegeben. Es ging immer nur darum, die Interventionen so zu gestalten, daß sie den Marktmechanismus unterstützten und ihm nicht zuwiderliefen.

### **Gutowski**

Was tun? Angebotspolitik ist erwähnt worden, ohne daß näher spezifiziert wurde, was das eigentlich ist. Ich bin hinter vorgehaltener Hand oft danach gefragt worden, weil dieser Begriff im Ausland nicht so gängige Münze ist. Angebotspolitik konkret, das sind alle möglichen Einzelmaßnahmen wie Abschreibungserleichterungen, Verlustvortrag und so weiter.

Auch Forschungsförderung und dergleichen ist Angebotspolitik. Nur müssen wir dabei erkennen: Angebotspolitik hat ihre Grenzen. Sie läßt sich zusammenfassen unter der Zielsetzung: Verminderung der Investitionsrisiken. Darauf läuft alles hinaus. Diese Risiken kann man zwar bis zu einem gewissen

Grade vermindern; man darf aber die privaten Investitionsrisiken nicht ganz beseitigen, wenn die Marktwirtschaft funktionieren soll.

Ein Faktor der Angebotspolitik ist die Lohnpolitik. Aber da haben wir genau das Dilemma: Auf der einen Seite haben sich die Investitionsrisiken gegenüber früher eher erhöht; das heißt, sie erfordern eigentlich ein höheres Risikoentgelt. Auf der anderen Seite wollen die Arbeitnehmer die Verschlechterung ihrer Verteilungspositionen nicht hinnehmen. Ceterum censeo, kann ich nur sagen - ein alter Vorschlag des Sachverständigenrates -: Auch in der Einkommenspolitik, in der Lohnpolitik ist zu überlegen, daß die Arbeitnehmer, wenn sie an den Gewinnen partizipieren wollen, sich zumindest kollektiv auch an den Risiken beteiligen müssen.

Ein weiterer Punkt sind die Entwicklungsländer. Herr Roth, ich bin ganz Ihrer Meinung, auch da geht es um die Risikoteilung. Ergo ist es das Wichtigste, etwas auf dem Gebiet der Direktinvestitionen, der Joint Ventures und ähnlichem, zu tun. Wie kann man das erreichen? Ich erinnere an das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium: Schaffung von Investitionsgarantiegemeinschaften; eher Förderung von Direktinvestitionen als andere Arten von Entwicklungshilfe.

Dann zur Energiepolitik. Ich habe vor einigen Monaten in einer "bedeutenden wissenschaftlichen Zeitschrift" - sie heißt "Quick" - noch geschrieben, daß der Ölpreis eher zu niedrig als zu hoch ist und darauf Bezug genommen, daß wir die Zeit von 1974 bis 1978 nicht gut genutzt haben, in der in Deutschland der reale Ölpreis deutlich gesunken und in anderen Ländern mindestens nicht genügend gestiegen ist. In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag des Sachverständigenrates zu sehen, die Ölpreise real konstant zu halten oder sogar leicht ansteigen zu lassen. Nur, gegenwärtig zögere ich, diesen Vorschlag noch aufrechtzuerhalten; denn wir erleben gerade eine drastische Ölpreiserhöhung, und möglicherweise ist der Ölpreis im Augenblick tatsächlich hoch genug. Die OPEC-Länder haben uns also sozusagen diese Sorge abgenommen.

Die Frage ist: Wie nutzen wir diese Situation? Wir sollten sie dadurch nutzen - da stimme ich Ihnen zu, Herr Lantzke;- , daß wir das Marktsystem so weit wie möglich durchwirken lassen. Aber wir könnten natürlich auch einiges zusätzlich beim gegebenen Ölpreis tun; Herr Schiller hat darauf hingewiesen. Wir können - das ist alles nicht sonderlich populär - eine Reihe von Preisvergünstigungen abbauen, etwa die beim Luftverkehr, bei der Binnenschifffahrt, bei der Landwirtschaft und möglicherweise sogar beim Heizen. Die sozialen Probleme, die dabei auftauchen, könnten wir eher über direkte Subventionen lösen. Das wird billiger, und zudem hätten wir einen geringeren Energieverbrauch. Auch eine Liberalisierung der Einfuhr von Kohle bei gleichzeitigem Schutz der deutschen Kohle durch Subventionen - würde uns sicher weiterbringen.

Das alles wären erfolgversprechende Maßnahmen, die rascher an das Ziel heranzuführen könnten - wenn nicht die wirklich große Krise kommt. Ich meine die Krise, die entstünde, wenn aus politischen Gründen der Ölhahn in einem bedeutenden Lieferland, etwa in Saudi-Arabien, wirklich zuge dreht würde. Dafür sind wir nicht gerüstet. Ohne mich zu den allgemein politischen Fragen hier äußern zu wollen, eines kann man auch als Ökonom sagen: Wir sollten möglichst alles tun, damit diese Art der Krise unwahrscheinlicher wird. Das ist auch mit ökonomischen Mitteln möglich, etwa dadurch, daß wir versuchen, Ölländer in das System westlicher internationaler Wirtschaftsvereinigungen einzubinden und zu einem Konsens über gegenseitige Interessen zu kommen. Dazu gehört auch eine Verminderung des Risikos, das die Ölländer eingehen, wenn sie ihr Öl aus dem Boden holen, ohne die Gewißheit zu haben, daß sie mit den Erlösen ihre eigene Zukunft mindestens ebenso gut sichern können, wie wenn sie das Öl im Boden beließen.

So komme ich wieder auf den Vorschlag zurück, der hier wiederholt gemacht wurde. Attraktive Anlagemöglichkeiten für die Überschüsse der Ölländer zu schaffen. Natürlich können wir das nicht in Deutschland allein durchsetzen; das muß international gelöst werden. Jedenfalls geht es darum, den Ölländern Anleihen zu geben, die eine garantierte, wenn auch niedrige reale Verzinsung bringen. Das kann praktisch in jeder Währung geschehen.

### **Oppenheimer**

Ich stimme Herrn Fischer und Herrn Lantzke zu, daß der Strukturwandel langfristiger Natur ist und nicht so schnell vonstatten geht. Außerdem geht es hierbei kurz- und mittelfristig nicht nur um ein ökonomisches, sondern auch um ein politisches Problem. Der jetzige Ölpreis liegt wohl noch erheblich unter dem monopolistischen Gleichgewichtspreis, und wenn dies nicht der Fall wäre (oder ist), dann wäre (oder ist) der Preis vom Standpunkt der Investitionslenkung aus wahrscheinlich zu hoch, da das OPEC-Monopol langfristig gesehen bestimmt verschwinden wird.

Herr Donges hat darauf hingewiesen, wenn Saudi-Arabien einen moderierenden Einfluß auf die OPEC-Partner ausüben soll, dann muß es eine gewisse Überschußkapazität haben. Welche westliche Politik könnte aber kurz- und mittelfristig besser als Rationierung dazu beitragen, eine solche Überschußkapazität zu schaffen? Ich fand es in diesem Zusammenhang sehr interessant, von Herrn Schiller und von Herrn Gutowski zu hören, daß es sogar in der Bundesrepublik Deutschland schwierig ist, gewisse steuerliche Begünstigungen des Ölverbrauchs abzubauen. Warum ist ein solcher Abbau nicht schon längst geschehen? Auch hier, bei der Marktpreisbestimmung, gibt es offenbar politische Hindernisse. Das heißt, wenn man diese Begünstigungen abbauen will, dann muß man gewissen Bevölkerungsschichten, den Rentnern beispielsweise, wieder staatliche Unterstützungen zukommen lassen.

Es ist also nicht so leicht, einfach nach Preiserhöhungen zu rufen. Man sollte schon etwas differenzierter fragen, ob nicht gewisse quantitative Regelungen manchmal am Platze sind.

### **Schneider**

Wie will man entscheiden, ob quantitative Regelungen, wie sie Herr Oppenheimer nennt, besser sind? Ich räume ein, daß es in der Öffentlichkeit oft leichter gelingt, Verständnis für quantitative Eingriffe zu gewinnen; ihre Zweckmäßigkeit liegt scheinbar auf der Hand. Dabei können die Kosten für die Volkswirtschaft jedoch außerordentlich hoch sein. Läßt man das Preissystem spielen, so sieht man wenigstens deutlich, wo die zu lösenden Aufgaben sind - und man kann auch ziemlich sicher sein, daß sich jemand findet, der sie in Angriff nimmt.

### **Riese**

Ich greife die Frage von Herrn Gutowski nach dem Inhalt einer angebotsorientierten Politik noch einmal auf und behaupte, daß eine solche Politik sehr genau abgrenzbar ist, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen als Modernisierungspolitik - da scheint sie mir völlig unbestritten zu sein. Wir haben sie ja gehabt, seit es die Bundesrepublik gibt, zum Beispiel in den 50er Jahren als Investitionsförderungspolitik mit Hilfe des Investitionshilfegesetzes und des § 7 EStG als Unterstützung, in den 60er Jahren als Infrastrukturpolitik zur Sicherung und in den 70er Jahren als Technologie- und Arbeitsmarktförderungspolitik zur Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums. Herr Grüner und Herr Fischer haben zugleich die Tendenzen für die 80er Jahre angedeutet.

Die zweite Möglichkeit, eine angebotsorientierte Politik zu interpretieren, wird offenbar darin gesehen, sie als Mittel einer Stabilisierungspolitik einzusetzen, wie es in den letzten Jahren vor allem der Sachverständigenrat, aber auch verschiedene Institute - das Kieler sicherlich etwas vorsichtiger-propagiert haben. Da scheint mir nun sehr viel mehr Skepsis am Platz zu sein. Bei dieser Art von Politik begnügt man sich mit einer Geldmengensteuerung, unterstützt durch eine ruhige Lohnpolitik; alles andere wird dem Marktmechanismus überlassen.

Und da bleibt meine These, Herr Giersch, daß Sie durch Ihr Bekenntnis zum Konjunkturzyklus von dieser Politik abgerückt sind und notwendigerweise abrücken mußten. Das gilt meines Erachtens, Herr Gutowski, nicht zuletzt auch für die Lohnpolitik. Denn Sie können die Lohnpolitik ja nur dann aus dem Markt herausnehmen und sie unter die Einkommenspolitik subsumieren - und wenn Sie sie unter die Einkommenspolitik subsumieren, so nehmen Sie die Lohnpolitik aus dem Arbeitsmarkt heraus;- , wenn keine Vollbeschäftigung herrscht oder eine industrielle Reservearmee vorhanden ist.

### **Körber**

Wenn ich die Antworten dieses Gesprächs auf die Frage „Weltrezession 1980?“ zusammenfasse, dann haben sich optimistische und pessimistische Aussagen durchaus die Waage gehalten. Dabei stand die Energie-, insbesondere die Ölproblematik naturgemäß im Vordergrund. Seit der Ölkrise von 1973/74 ist klargeworden, daß die Probleme der Energieversorgung die Welt vor die schwerste wirtschaftliche und soziale Belastungsprobe seit Ende des zweiten Weltkrieges stellen. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Viel wird für die Zukunft unserer Länder davon abhängen, wie wir auf diese Herausforderung reagieren.

Ich halte dazu aus unserer heutigen Diskussion folgende fünf Punkte fest:

1. Die Unwägbarkeiten möglicher politischer Turbulenzen in einigen wichtigen Olförderländern - Saudi-Arabien wurde hier vor allem erwähnt - stellen den größten und am schwersten zu kalkulierenden Risikofaktor dar. Dieser Risikofaktor läßt sich in keiner ökonomischen Prognose berücksichtigen. Wie wir von Herrn Schiller gehört haben, gibt es kein Szenario für den Ausfall eines Landes wie

insbesondere Saudi-Arabien. Die Ereignisse im Iran haben gezeigt, wie rasch sich eine als stabil eingeschätzte Lage grundlegend ändern kann.

2. Einigkeit bestand in diesem Kreis, daß auch in Zukunft mit periodischen Ölpreiserhöhungen seitens der Förderländer gerechnet werden muß. Der jetzige Durchschnittspreis von 27,50 Dollar pro Barrel wird in absehbarer Zeit die 30-Dollar-Marke erreicht haben und dabei sicher nicht haltmachen. Diese Tatsache hat schwerwiegende Konsequenzen für die Abnehmerländer und trifft vor allem die Entwicklungsländer, die heute schon stark verschuldet sind und zukünftig immer weniger in der Lage sein werden, die für ihre Entwicklung notwendigen Ölimporte zu bezahlen. Die Industrieländer sind in den letzten Jahren mit der Ölverteuerung erstaunlich gut fertig geworden. Dies darf uns aber keineswegs in Sicherheit wiegen.

3. Es droht ebenfalls eine Ölmengekrise, das heißt, die Förderländer sind entweder nicht in der Lage oder nicht bereit, einer weiter zunehmenden Nachfrage nach Öl durch steigende Förderleistungen Rechnung zu tragen. Die Ölförderung hat, wie Herr Brunet sagte, ihr Maximum bereits erreicht.

4. Damit die Ölländer veranlaßt werden, ihre Produktion zumindest in dem jetzigen Umfang weiterzuführen, müssen wir diesen Ländern sichere und lukrative Anlagemöglichkeiten für ihre Zahlungsbilanzüberschüsse bieten. Damit tun sich die Industrieländer offenbar schwer. Wir haben zwar einige Anregungen in dieser Richtung vernommen - zum Beispiel von Herrn Pöhl und Herrn Schiller;- , aber mit der Realisierung solcher wertbeständigen Investments oder mit einer langfristigen Anleihe der USA in konvertier Währung scheint es noch nicht weit her zu sein.

5. Deshalb stimme ich der Forderung von Herrn Androsch nach einem "geordneten Rückzug aus dem Öl" zu. Wir sind uns alle bewußt, welche Schwierigkeiten hinter dieser einfachen Formel stecken. Da eine weltweite Einschränkung des Energieverbrauchs derzeit selbst ansatzweise nicht erkennbar ist, bleiben zwei Strategien, um den Rückzug aus dem Öl anzutreten. Erstens die Förderung von Alternativenenergien; Kohle, Atomkraft, Erdgas und auch Sonnenenergie sind erwähnt worden. Wir wissen, daß es kurzfristig nicht möglich ist, eine umfassende Änderung unserer Energiestruktur zu erreichen, ganz zu schweigen davon, daß auch mit den anderen Energieträgern erhebliche Probleme verbunden sind. Ich denke nur an die Widerstände gegen den Einsatz der Atomenergie und die Umweltbelastungen bei einer Umstellung der Energieversorgung auf die Kohle.

Zweitens forcierte Anstrengungen zur Energieeinsparung. Ich stimme Herrn Grüner und anderen zu, daß auf diesem Feld große Möglichkeiten und enorme Investitionschancen vorhanden sind. Da bin ich ebenfalls optimistisch.

Weder Alternativenenergien noch Energieeinsparungen können jedoch kurzfristig eine spürbare Entlastung unserer Energiesituation bringen. Was wir brauchen sind, und darauf kommt es vor allem an, politische Entscheidungen in der richtigen Richtung. Um so wichtiger ist es jetzt - das gilt für die Bundesrepublik trotz Wahlkampf;- , unser energiepolitisches Konzept zu überdenken.

Wenn ich mittel- und langfristig dennoch den Optimismus von Herrn Giersch teile, so deshalb, weil ich davon überzeugt bin, daß angesichts der vielfältigen Herausforderungen, vor denen wir stehen, diejenigen Kräfte mobilisiert werden, die uns in die Lage versetzen, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden.